

**Innenausschuss**  
**Protokoll**  
42. Sitzung

**Bandabschrift**

**Öffentliche Anhörung**

**am 20. September 2004, 11.00 Uhr**  
**10117 Berlin, Nordallee/Schiffbauerdamm**

**Sitzungssaal: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Raum 3.101**

**Vorsitz: Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, MdB**

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum Thema

**„Islamistische Einflüsse auf die Gesellschaft und ihre  
Auswirkungen auf Integration und Sicherheit“**

	<u>Seite</u>
<b>I.      <b>Gemeinsamer Fragenkatalog der Fraktionen des Deutschen Bundestages</b></b>	3
<b>II.     <b>Anwesenheitsliste</b></b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Mitglieder des Deutschen Bundestages</li><li>• Bundesregierung, Bundesrat, Fraktionen</li></ul>	4
<b>III.    <b>Sachverständigenliste</b></b>	6
<b>IV.    <b>Sprechregister der Sachverständigen und Abgeordneten</b></b>	7
<b>V.     <b>Protokollierung der Anhörung</b></b> Bandabschrift	8
 <b>Anlage</b>	
a)   Folienvorführung	99
b)   Stellungnahmen und weitere Materialien der Sachverständigen - Ausschussdrucksachen Nr. 15(4)134 ...-	
<b>Prof. Dr. Tilman Nagel</b> Universität Göttingen – 15(4)134	103
<b>Prof. Dr. Werner Schiffauer</b> Europa-Universität Viadrina – 15(4)134 A	106
<b>Dr. Johannes Kandel</b> Friedrich-Ebert-Stiftung – 15(4)134 B	111
<b>Claudia Dantschke</b> Zentrum Demokratische Kultur (Berlin) – 15(4)134 C	125

## **I. Gemeinsamer Fragenkatalog der Fraktionen des Deutschen Bundestages**

### **Themenkreis 1: Grundsätzliches zu islamistischen Vereinigungen**

- Was ist Islamismus? - Abgrenzung zu religiös-fundamentalistischen Gruppen
- Einstellung zur Demokratie und rechtsstaatlichen Prinzipien (z.B. Gleichberechtigung von Mann und Frau)
- Bereitschaft zum Dialog
- Islamismus und Antisemitismus
- Einfluss auf integrationsbereite Muslime in Deutschland

### **Themenkreis 2: Islamistischer Einfluss auf Bildungseinrichtungen in Deutschland**

- Islamistische Bildungsangebote (z.B. in Koranschulen, Kulturzentren, bei der Imam-Ausbildung) in Deutschland
- Finanzierung islamistischer Bildungseinrichtungen
- Kontrollmöglichkeiten der Einflussnahme auf Lehrpläne und außerschulische Bildungsaktivitäten durch deutsche Aufsichtsbehörden
- Konsequenzen für den künftigen Umgang mit islamistischen Bildungseinrichtungen/denkable Alternativen
- Einflussnahme islamistischer Gruppen auf Bildungseinrichtungen, Schüler und Lehrer
- Gefahr des Entstehens von Parallelgesellschaften durch eigene Bildungseinrichtungen und Jugendarbeit
- Islamistische Aktivitäten an deutschen Hochschulen
- Reaktion von Muslimen auf Extremismus innerhalb der islamischen Gemeinden und Umgang mit extremistischen und fundamentalistischen Moslems auch im Hinblick auf die deutsche Öffentlichkeit

### **Themenkreis 3: Bedeutung von Moscheevereinen und anderen religiösen Einrichtungen**

- Wachsender Fundamentalismus von Moscheegemeinden
- Auslegung der Scharia durch islamistische Vereinigungen in Deutschland
- Bedeutung von islamistischen Netzwerken auf regionaler Ebene, Einfluss auf das wirtschaftliche und kulturelle Leben
- Aktivitäten im Umfeld von Gebetsräumen
- Bedeutung islamistischer Kräfte in Asylbewerber- und sonstigen Ausländerunterkünften
- Auswahl der Imame

## **II. Anwesenheitsliste Mitglieder des Deutschen Bundestages**

**Bundesregierung**

**Bundesrat**

**Fraktionen und Gruppen**



#### **IV. Sprechregister der Sachverständigen und Abgeordneten**

##### **Sprechregister der Sachverständigen**

##### **Seite**

<b>Heinz Fromm</b>	10, 41, 42, 47, 77, 97
<b>Claudia Dantschke</b>	11, 36, 48, 57, 69, 84, 94
<b>Dr. Johannes Kandel</b>	15, 34, 50, 84, 93
<b>Prof. Dr. Tilman Nagel</b>	17, 33, 52, 72, 92
<b>Prof. Dr. Werner Schiffauer</b>	19, 31, 55, 80, 91
<b>Ahmet Senyurt</b>	22, 30, 58, 78, 80, 90
<b>Prof. Dr. Udo Steinbach</b>	24, 29, 60, 88, 90

##### **Sprechregister der Abgeordneten**

<b>Vors. Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast</b>	8, 11, 14, 17, 22, 26, 28, 29, 33, 36, 43, 46, 47, 57, 64, 65, 69, 80, 84, 86, 88, 98
<b>Dr. Lale Akgün</b>	26, 68, 87
<b>Reinhard Grindel</b>	26, 65, 76, 87
<b>Josef Philip Winkler</b>	28, 42, 64, 65, 76, 77
<b>Kristina Köhler (Wiesbaden)</b>	43, 68
<b>Dr. Max Stadler</b>	44
<b>Norbert Geis</b>	45
<b>Roland Gewalt</b>	46
<b>Hartmut Koschyk</b>	66
<b>Gerold Reichenbach</b>	69
<b>Dr. Ole Schröder</b>	88

## **V. Protokollierung der Anhörung (unkorrigierte Bandabschrift)**

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte hiermit die 42. Sitzung des Innenausschusses eröffnen und sie gleichzeitig sehr herzlich begrüßen. Ich bin Cornelia Sonntag-Wolgast, die Vorsitzende des Innenausschusses und werde diese Anhörung leiten. Ich danke Ihnen, Frau Dantschke, meine Herren Sachverständigen, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind, um die Fragen unserer Kolleginnen und Kollegen aus dem Innenausschuss aber auch aus weiteren interessierten Ausschüssen zu diesem Thema zu beantworten. Die Ergebnisse dieser Anhörung können dazu dienen, Beratungen zu dieser Thematik zu unterstützen. Uns ist natürlich klar, dass wir es mit einer sehr diffizilen Problematik zu tun haben, die auch einen Grenzbereich der föderalistischen Zuständigkeit der Länder betrifft, aber wir halten die Thematik für so gravierend und aktuell, dass wir uns als Bundestagsabgeordnete bemüßigt fühlten, dieses Thema zum Gegenstand einer Anhörung zu machen.

Für die Bundesregierung darf ich die Parlamentarische Staatssekretärin und Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Frau Marieluise Beck, begrüßen. Weiter möchte ich auch alle anwesenden Gäste und Zuhörer begrüßen, sowie die Vertreter der Medien, die durch ihre Anwesenheit das öffentliche Interesse an diesem Thema dokumentieren. Im Übrigen wird die Anhörung auch live im Hauskanal des Deutschen Bundestages übertragen.

Meine Damen und Herren Sachverständigen, auf Vorschlag der Berichterstatter, die die Anhörung vorbereitet haben, hat der Ausschuss einvernehmlich einen gemeinsamen Themenkatalog der Fraktionen für die Anhörung zugrunde gelegt. Wir hatten Ihnen auch mitgeteilt, dass die Fraktionen zwar für eine vorläufige schriftliche Stellungnahme dankbar wären, dass dies aber nicht zwingend so sein müsste. Für eingegangene Stellungnahmen bedanke ich mich ausdrücklich. Sie sind an die Mitglieder des Innenausschusses und der interessierten Ausschüsse verteilt worden und werden dem Protokoll über die Anhörung beigelegt. Wir gehen davon aus, dass Ihr Einverständnis zur öffentlichen Durchführung der Anhörung auch die Aufnahme dieser Stellungnahmen in eine Gesamtdrucksache umfasst.



Von der heutigen Anhörung wird, wie immer, eine Bandabschrift gefertigt und deshalb bitte ich Sie, vor Ihrem Redebeitrag jeweils Ihren Namen zu nennen, auch wenn Sie schon einmal vorher gesprochen haben, damit die Äußerungen richtig zugeordnet werden können. Dieses Protokoll wird Ihnen zur Korrektur übersandt, im Anschreiben werden Ihnen dazu Details zur Behandlung mitgeteilt. Die Gesamtdrucksache, bestehend aus Protokoll und schriftlichen Stellungnahmen, wird im Übrigen auch in das Internet eingestellt.

Zum organisatorischen Ablauf möchte ich sagen, dass insgesamt eine Zeit von 11.00 Uhr bis 16.00 Uhr vorgesehen ist. Ich konnte bis jetzt nicht feststellen, ob jemand zeitliche Probleme mit dem Ende haben sollte, wir nehmen uns also 16.00 Uhr als Ende vor. Eine halbstündige Pause ist gegen 13.00 Uhr beabsichtigt.

Ich freue mich auch über die Teilnahme des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der zugesagt hat, zu Beginn der Anhörung in einem Einführungsstatement die begrifflichen Definitionen und Abgrenzungskriterien im Hinblick auf islamistische Vereinigungen und religiös-fundamentalistische Gruppierungen vorzutragen. In der Fachsprache sagen wir, wenn ein Sachverständiger die Einführung hält, er ist außerhalb der Klammer, also der proportionalen Zuordnung der Parteien, die ihre einzelnen Sachverständigen benennen können. Somit ist er außerhalb der Konkurrenz derjenige, der in die Thematik einführt. Danach möchte ich in alphabetischer Reihenfolge jedem Sachverständigen die Gelegenheit geben, in einer kurzen Erklärung von jeweils bitte nicht länger als fünf Minuten Kernaussagen akzentuiert darzustellen, wobei es jedem Sachverständigen freisteht, sich grundsätzlich zum Anhörungsgegenstand zu äußern oder sich schon auf einen Schwerpunkt der Fragestellung zu konzentrieren. Danach würden wir mit der Befragung durch die Berichterstatter und die weiteren Abgeordneten zu den einzelnen Themenkomplexen beginnen.

Vorstellbar ist, um eine grobe Übersicht über die Behandlung der Themen zu geben, dass wir vor der Mittagspause gegen 13.00 Uhr den Themenkomplex 1 abgehandelt und mit Themenkomplex 2 schon begonnen haben. Dessen Beratung würde gegen 13.30 Uhr fortgesetzt. Wir könnten dann ggf. ab 14.45 / 15.00 Uhr zum

Themenkomplex 3 kommen. Wenn Sie damit einverstanden sind, machen wir es so. Es ist offenbar der Fall und ich bedanke mich dafür. Ich würde deshalb zunächst den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herrn Heinz Fromm, um ein Einführungsstatement bitten, um dann in alphabetischer Reihenfolge bei der Worterteilung fortzufahren. Bitte schön, Herr Fromm.

**SV Heinz Fromm** (Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe verstanden, dass ich fünf Minuten habe, vielleicht auch ein wenig mehr. Ich möchte mich an diese Zeitvorgabe halten und bin dann selbstverständlich bereit, zu den anderen Fragen Stellung zu nehmen, soweit das gewünscht ist. Außerdem bedanke ich mich dafür, dass ich der einzige Nichtwissenschaftler bin, der hier eingeladen worden ist. Ich muss als Ausdruck amtlicher Bescheidenheit sagen, dass auch das Amt, das ich leite, kein wissenschaftliches, nicht einmal ein islam-wissenschaftliches Institut ist, sondern dass wir uns mit der Thematik zu befassen haben auf der Basis des Bundesverfassungsschutzgesetzes und dass Sie das, was ich zu Begriffen ausführen möchte, vor diesem Hintergrund sehen.

Ich will vorausschicken, dass für uns nicht der Islam als Religion bzw. die Muslime Gegenstand der Befassung oder Beobachtung sind. Der persönliche Glaube der Muslime und ihre religiöse Praxis sind selbstverständlich durch das in Art. 4 GG verbrieft Grundrecht auf Religionsfreiheit geschützt. Daher orientieren sich die Verfassungsschutzbehörden an einer begrifflichen Unterscheidung von Islam und Islamismus bzw. von Muslimen und Islamisten. In unserem Sprachgebrauch bezeichnet der Begriff Islamismus in Abgrenzung zum Islam eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. Islamisten bzw. islamistische Organisationen sehen in den Schriften und Geboten des Islam nicht nur Weisungen für die Beziehungen zwischen Mensch und Gott, sondern auch zwingende politische Handlungsanweisungen, häufig auch die Befugnis, als islamisch definierte politische Ziele auch mit Gewalt zu verfolgen. Hergeleitet wird der Begriff Islamismus von der unter Vertretern dieser ideologischen Ausrichtung gebräuchlichen Selbstbezeichnung als Islamisten. Der in der Öffentlichkeit häufig bedeutungsgleich gebrauchte Begriff islamischer Fundamentalismus wird demgegenüber lediglich als Ausrichtung des persönlichen Lebens nach islamischen Glaubensfundamenten in einer strikten bzw.

orthodoxen Auslegung verstanden. Die Grenze zum Extremismus, hier dem Islamismus, ist dann überschritten, wenn zu den fundamentalistischen individuellen Überzeugungen politisch bestimmte Verhaltensweisen hinzutreten, die auf die vollständige oder teilweise Verwirklichung einer angeblich vom Islam vorgegebenen Gesellschaftsordnung gerichtet sind. Relevant sind dabei Verhaltensweisen, die geeignet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland oder ein anderes der in § 3 Abs. 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes bezeichneten Schutzgüter zu beeinträchtigen. Des Weiteren müssen tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen. Das heißt, reine Vermutungen oder Spekulationen reichen nicht aus, um tätig zu werden.

Zum Schluss möchte ich ganz kurz auf einen Begriff eingehen, der sich weiter hinten im Fragenkatalog beim Themenkreis 3 befindet. Da wird von islamistischen Netzwerken gesprochen. Auch hier möchte ich vorsorglich darauf hinweisen, dass der Verfassungsschutz diesen Begriff „islamistische Netzwerke“ ausschließlich auf terroristische Gruppierungen bezieht. Das ist nicht gesetzlich vorgegeben, sondern ist ein Arbeitsbegriff, den wir verwenden. Ich möchte das vorab kundtun, damit es keine Missverständnisse gibt. Vielen Dank!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Vielen Dank für Ihre kurze Einführung und natürlich auch für Ihre Bereitschaft, zu Fragen, die über diese Einführung und Begriffsdefinition hinausgehen, Stellung zu beziehen. Ich gebe weiter an Frau Dantschke.

SV **Claudia Dantschke** (Zentrum Demokratische Kultur – ZKD): Ich möchte gerne eine kleine Folie zur Vorführung einlegen, wenn es technisch nicht zu aufwendig ist, damit ein wenig Differenzierung in der Begriffsbestimmung Islamismus deutlich wird.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Wir dachten, Sie wollten es erst später vorführen, aber es geht auch gleich am Anfang. Wir bemühen uns.

SV **Claudia Dantschke**: Ich versuche mich auch zunächst auf die Begrifflichkeiten zu konzentrieren. Zunächst einmal, das ist schon gesagt worden, Islam als Religionsauffassung. Wir haben im Bereich der Muslime in Deutschland immer sehr

fiktive Zahlen, wir wissen relativ wenig über Quantitäten. Man kann sagen, dass der Islam als Religion eine wesentlich stärkere Rolle spielt und Bedeutung hat bei Menschen muslimischer Sozialisation, als die Religion bei vergleichsweise westlich-christlich sozialisierten Gesellschaften. Es gibt Schätzungen, dass bei den 3,3 Mio. Muslimen, wenn man sie befragen würde, ob sie sich als gläubig definieren, durchaus der Anteil zwischen 70 und 75 v. H. liegt. Bei Vergleichsschätzungen in der deutschen Bevölkerung mit christlicher Sozialisation würde so eine Befragung eine Zahl von ungefähr 30 v. H. ergeben. Das zeigt erst einmal die Bedeutung der Religion Islam für die Menschen. Damit möchte ich auch gleich beginnen. Wir reden sehr stark von dem Islam. Er gestaltet sich aber hier in Deutschland sehr vielfältig und sehr unterschiedlich, und auch untereinander abgrenzend. Nicht nur die Einteilung zwischen Sunniten, Schiiten und noch die Sondergruppe der Aleviten, sondern es ist wesentlich differenzierter und detaillierter. Wichtig ist vor allem der große Bereich an türkischen Muslimen, die eine sog. türkisch-islamische Synthese verfolgen, d. h. eine Verbindung zwischen dem Islam als Religion und dem ethnisch definierten Türkentum. Dann haben wir als richtig große Gemeinschaften pan-islamische Gruppierungen, wo die Identität als Muslim – als Angehöriger der Weltgemeinschaft der Muslime, der sog. Ummah – im Vordergrund steht. Entscheidendes Kriterium in der Islaminterpretation oder vorherrschendes Kriterium in Deutschland ist der Tauhid-Gedanke, auf türkisch Tevhid, d. h. das Verständnis, dass der Islam die gesellschaftlichen Bedingungen und Lebensweisen vorschreibt und der Muslim diese auch im aktuellen Leben umsetzen muss. Das ist nicht nur die individuelle Beziehung zu Gott, sondern das ist das Verständnis von „din wa daula“, also Staat und Religion als Einheit. Es ist das Verständnis des islamischen Monotheismus, d. h. Souveränität und Autorität liegen bei Allah und an die Menschen wurde nur die Autorität übergeben. Da liegt auch der Kern des Widerspruches des islamistischen Gesellschaftskonzeptes zu den anderen Gesellschaftskonzepten. Der Islamismus ist das Konzept einer Gesellschaftsideologie für die Zukunft auf rein religiöser Basis. Auf der Basis von Koran und Sunna wird eine Gesellschaftsordnung prophezeit oder anvisiert, die sich in wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und juristischen Aspekten komplett auf die Religion stützt, während die anderen Gesellschaftsideologien, also das sozialistisch-kommunistische oder das kapitalistisch-westliche Modell, auf der Souveränität und Autorität des Volkes basieren und somit Gesellschaftskonzepte auf rein menschlicher Basis sind. Aus

dieser Antagonie heraus wird im Kontext des Islamismus auch eine Auf- und Abwertung geschaffen, denn der Mensch ist faktisch in seinem menschlichen Wesen fehlerhaft, während ein göttliches System natürlich unfehlbar ist und insofern wird das islamistische Gesellschaftskonzept als die positive Zukunftsalternative gesehen. Vor dem Hintergrund der fehlenden Säkularisierung, der fehlenden theologischen Aufklärung, ist die Propagierung dieses islamistischen Gesellschaftskonzeptes in die muslimischen Gemeinschaften hinein möglich. Der Kern, die Säkularisierung, die noch nicht stattgefunden hat, ermöglicht es also islamistischen Ideologen, ihr Gesellschaftskonzept auch an breite Kreise der Muslime als Zukunftsvision heranzutragen, wobei diese Zukunftsvision keine Utopie darstellt, sondern man greift zurück auf die bereits in der Vorstellungswelt existierende Urgemeinschaft zu Zeiten von Mohammed dem Propheten und der vier „Rechtgeleiteten Kalifen“. Das heißt, faktisch gab es diese Idealgesellschaft schon einmal, man nennt es „das Jahrhundert der Glückseligkeit“ und suggeriert insofern, es wäre keine Utopie, sondern es wäre machbar. Wichtig sind in diesem Kontext als Kernpunkt die französische Revolution und die Aufklärung, die als der Ursprung des Auseinandertrifftens dieser beiden Gesellschaftsideologien gesehen werden. In diesem Kernpunkt spielen Juden eine ganz wichtige Rolle, denn Antisemitismus zieht sich durch alle islamistischen Strömungen hindurch. Zur Aufwertung der eigenen Ideologie wird in der Trennung von Staat und Religion nicht nur der Aspekt hervorgerufen, dass daraus sämtliche Negativerscheinungen wie Ausbeutung, Kolonialismus, Dekadenz und Drogenkonsum resultieren, sondern es wird auch weiterhin versucht, Säkularisierung und Aufklärung zu diskreditieren, indem dahinter eine sog. jüdisch-freimaurische Verschwörung gesehen wird. Man greift also zurück auf bestimmte christliche antisemitische Stereotype aus dem 19. Jahrhundert, die instrumentalisiert werden, um faktisch genau dieser Säkularisierung oder diesem Diskurs der Säkularisierung Einhalt zu gebieten.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Sie könnten die Folien jetzt vorführen. Ich würde sie nur bitten, an die Zeit zu denken.

**SV Claudia Dantschke:** *Folienvorführung – technische Probleme*

Es tut mir leid, die Technik. Aber worum es mir als wichtige Unterscheidung geht, ist dass Islamismus sich teilt. ...

*Folienvorführung (s. Anlage Seite 99 – 102)*

Ich habe eine Aufteilung versucht, in den sog. legalistischen Bereich und in den militaristischen, der sich dann noch einmal unterscheidet in einen sog. revolutionären und einen terroristischen Bereich. Der entscheidende Aspekt, mit dem wir in Deutschland zu tun haben, ist nicht so sehr der militaristische, sondern eher der legalistische Bereich. Kurz zusammengefasst geht es im gewaltlosen Ansatz darum, dass auf der Grundlage der religiösen Vorschriften im Gesamtgesellschaftskontext Freiräume geschaffen werden. Bestimmte Organisationen, die zu diesem Bereich gehören, schaffen sich ihre Inseln in der Mehrheitsgesellschaft und gehen gleichzeitig dann aber auch in die Gesellschaft über Bildung und Erziehung hinein. Bildung ist ein sehr wichtiger Aspekt in all diesen Strömungen. Dann wird versucht, die eigenen Werte als die besseren in die Gesellschaft hinein zu thematisieren, mit dem sehr langfristig angelegten Aspekt der Transformation, also über eine Art von Propagierung das eigene Gesellschaftskonzept langfristig zu etablieren. So genannte revolutionäre Islamisten propagieren sehr stark radikal plakativ in ihre Gemeinschaft hinein ihre Botschaft und versuchen zielgerichtet auf die islamischen Länder, eine Basis für ihre Revolution zu schaffen, um dann auch gewaltsam die Macht zu ergreifen. Der terroristische Bereich versucht dies durch Destabilisierung der Gesellschaften, wo ihre Hauptgegner sind, das sind drei Hauptgruppen: die USA, Israel und die Regierungen als Marionetten der sog. westlichen Welt, also Regierungen in den islamischen Ländern.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Vielen Dank! Das war Frau Dantschke vom Zentrum für Demokratische Kultur. Ich möchte dem Kollegen- und Zuhörerkreis noch sagen, dass dieses etwas unangenehme Geräusch, was man im Ohr hat, nicht etwa Tinnitus ist, Sie hören das alle. Es hat mit den laufenden Bauarbeiten zu tun. Wir haben uns sehr bemüht, dafür zu sorgen, dass wir mehr Ruhe haben, weil wir es in der Vergangenheit schon sehr viel heftiger erlebt haben. Ich finde es gerade noch erträglich, frage aber doch noch einmal, ob es als so störend empfunden wird, dass auch die Konzentrationsfähigkeit darunter leidet. Ich höre, dass es gerade noch so geht, sollte aber nicht schlimmer werden. Wir versuchen es deshalb weiter. Als Nächster bitte Dr. Johannes Kandel von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bitte schön!

SV **Dr. Johannes Kandel** (Friedrich-Ebert-Stiftung): Schönen Dank Frau Vorsitzende. Meine Damen und Herren, ich möchte in meinem Eingangsstatement sehr grundsätzlich zu dem Gesamtkomplex Stellung nehmen. In einer immer pluralistischer werdenden Gesellschaft wird das Management of Diversity, d. h. die Gestaltung ethnischer, religiöser und kultureller Differenzen zur Lebensaufgabe von Demokratie und Zivilgesellschaft. Diesen Herausforderungen zu begegnen heißt, diesen wachsenden gesellschaftlichen Pluralismus nüchtern zu analysieren und die Faktoren herauszuarbeiten, die gesellschaftliche Integration fördern und solche zu zeigen, die sie behindern. Integrationspolitik hat den offensichtlichen Bedeutungszuwachs von Religion, nicht nur von Migranten, stärker zu berücksichtigen. Es besteht kein Zweifel daran, dass in den Wahrnehmungen der Bevölkerung und der Politik bestimmte religiös-politische Ideen, Richtungen, Strömungen und Bewegungen im Islam sowohl in der islamischen Welt als auch bei uns ganz offensichtlich als gravierendes gesellschaftliches Problem gesehen werden. Das ist sicherlich durch die Ereignisse des 11. September forciert worden, wenn ich auch der bisweilen geäußerten These widersprechen möchte, wir hätten vor dem 11. September gewissermaßen im Land des seligen Dialogs gelebt und wären danach im Verhältnis zu den Muslimen in eine neue Phase der Barbarei eingetreten. Die These vom Feindbild Islam, genährt durch bisweilen alarmistische Medienberichterstattung und Umfragen, nimmt inzwischen inflationäre Züge an. Die These vom Feindbild Islam scheint sowohl bei Muslimen als auch bei Nicht-Muslimen zu einer self-fulfilling prophecy zu werden. Trotz der erschreckenden Ergebnisse einer am 15. September veröffentlichten Allensbach-Umfrage, wonach 93 v. H. der Befragten Islam mit Unterdrückung der Frau und 83 v. H. mit Terror verbinden. Auch vor dem Hintergrund antiislamischer, fremdenfeindlicher Vorfälle nach dem 11. September 2001 kann ich kein nachhaltiges, tief sitzendes Feindbild Islam bei der Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung entdecken. Ich verweise hier auf die Studien von Wilhelm Heitmeyer. Die Gestalt des Islam in Deutschland ist überaus heterogen und facettenreich, das ist schon gesagt worden, und es bedarf solider Recherchen, um den Islam in seinen Differenzierungen wahrzunehmen. Die Berliner Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer hat einmal formuliert, ich zitiere: "Islam ist weitgehend das, was Muslime an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit als islamisch definieren und praktizieren". Frau Krämer benennt mit dieser

geistreichen Überspitzung das Dilemma einer bündigen Definition von Islam. Sie mahnt den nichtmuslimischen Betrachter, den religiös-kulturellen Variantenreichtum von Islam Ernst zu nehmen. Frau Krämer spricht den Muslimen damit auch implizit die Fähigkeit zu, sich den jeweiligen Lebensumständen flexibel anzupassen, ohne ihre islamische Identität, wie immer Muslime sie definieren, preiszugeben.

Meine Damen und Herren, in meiner Beschäftigung mit Islam und Muslimen nehme ich in erster Linie organisierte Varianten von Islam in Gestalt von Moschee-Vereinen, Verbänden, Diskussionsgruppen und Dialogzirkeln wahr. Sicherlich nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was Islam in Deutschland bedeutet. Die 70 bis 80 v. H der 3,2 bis 3,3 Mio. nicht organisierten Muslime kommen kaum in den Blick, wir wissen über sie relativ wenig. Es wäre aber von zentraler Bedeutung, ihre Einstellungen und Orientierungen in religiöser, kultureller und politischer Perspektive besser zu kennen. Einige Forschungsdesiderate habe ich in meinem Papier, das Ihnen als Hintergrundmaterial zugegangen ist, benannt. Ich versuche, in dem Papier einige Grundtendenzen des organisierten Islam in Deutschland zu beschreiben. Es ist nur eine Momentaufnahme in einem Entwicklungsprozess. Ich habe eine Reihe kritischer Anmerkungen zum gegenwärtigen Zustand und zu religiös-politischen Zielen des organisierten Islam formuliert. Es ist schon gesagt worden, Islam in Deutschland ist ein höchst differenziertes Phänomen, ich habe das in These 3 beschrieben. Das, was wir als Fundamentalismus oder Islamismus bezeichnen, ist auch nur ein Ausschnitt aus der Welt des organisierten Islam in Deutschland. Das sind jene 3,3 Mio. Menschen mit ihren jeweiligen ethnischen, religiösen, kulturellen oder auch sozialen Hintergründen. In einem zweiten Papier habe ich einige Grundthesen zum Begriff des Islamismus als Ideologie und Bewegung formuliert. Ich halte die Verwendung des Begriffs Islamismus, bezogen auf religiös-fundamentalistische Grundorientierungen und politisch-extremistische Ideen, Organisationen, Bewegungen, Milieus, Einstellungsmuster und Verhalten für durchaus treffend und gerechtfertigt. Ich möchte auch auf eine vermeintliche Binsenweisheit verweisen, die Richard Hertzinger in der Zeit so formuliert hat: „Islam ohne Islamismus ist denkbar, ein Islamismus ohne Islam nicht“. Ich sage das, weil aus Kreisen muslimischer Verbände und Vereine häufig, insbesondere nach Terroranschlägen islamistischer Extremisten, zu hören ist, das habe mit dem Islam überhaupt nichts zu tun. Oder diese Taten seien auf Nihilismus zurückzuführen, die Terroristen also keine Muslime.



Nach dieser Lesart können Muslime grundsätzlich nicht Terroristen sein. Diese Haltung, meine Damen und Herren, drückt sich vor der in der Tat sehr unangenehmen Frage, warum und mit welchen Argumenten Islamisten sich auf die so genannten Schwertstellen im Koran und Teile der Tradition berufen können und wie die friedliebende muslimische Gemeinschaft in Deutschland mit solchen militanten Interpretationen umgeht. Meine Damen und Herren, der islamistische Terrorismus hat mit Islam genauso viel zu tun, wie das Christentum mit Kreuzzügen, Inquisition und Hexenverfolgung.

Da im ersten Teil der Leitfragen auch nach Abgrenzungen gefragt worden ist, meine Vorredner haben dazu schon etwas gesagt, will ich mich zum Schluss schlagwortartig auf vier knappe Punkte beschränken:

1. Fast jeder Islamist ist religiöser Fundamentalist.
2. Es gilt aber nicht umgekehrt, nicht jeder islamische Fundamentalist ist auch Islamist.
3. Jeder Islamist ist Extremist.
4. Nicht jeder islamistische Extremist ist aber auch zwingend schon Gewalttäter oder gar Terrorist. Gewalt alleine ist für mich kein definierendes Kriterium von Islamismus.

Wie wir diese Kategorien nun auf den Islam in Deutschland beziehen können und welches Gewicht Fundamentalismus und Islamismus haben, darüber wird hier zu streiten sein. Vielen Dank!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Ich bedanke mich, das war Herr Dr. Kandel von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zwischenzeitlich möchte ich noch ein weiteres Mitglied der Bundesregierung begrüßen, nämlich den Parlamentarischen Staatssekretär Fritz Rudolf Körper. Als Nächsten bitte Herr Prof. Dr. Tilman Nagel von der Universität Göttingen. Bitte schön!

SV **Prof. Dr. Tilman Nagel** (Universität Göttingen, Seminar für Arabistik): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich habe das Glück, dass meine Vorredner schon etliches im Zusammenhang mit dem geäußert haben, was hier abzuhandeln

ist. Wenige Tage nach dem 11. September erreichte mich ein von Kollegen in Umlauf gesetztes Rundschreiben mit der Aufforderung, durch meine Unterschrift dem Inhalt zuzustimmen. Es sei zu befürchten, so war zu lesen, dass die Anschläge das Bild, das sich der Deutsche vom Islam mache, eintrüben könnte, ja, dass ein Feindbild Islam im Entstehen sei. Dem müsse man entgegenwirken. Nun konnte schwerlich bestritten werden, dass die Attentäter ihr Handeln als dasjenige guter Muslime verstanden wissen wollten und dass in weiten Teilen der islamischen Welt dies auch so gesehen wurde. Zu untersuchen, warum dies der Fall war, das wäre geboten gewesen. Stattdessen haben wir einen Versuch erlebt, eine Art Tabu aufzurichten. Islamische Grundlagen der Mobilisierbarkeit von Terroristen, der Verführbarkeit zu Gewalttaten, das durfte es per definitionem nicht geben. Islam ist Friede. Die heutige Anhörung zeigt, dass dieses Tabu nicht mehr aufrechterhalten wird. Wir müssen uns daher fragen, was in jede nüchterne Analyse der Affinität zwischen islamischen Glaubenslehren und einem religiös-politischen Dominanzstreben, das auch den Einsatz von Gewalt rechtfertigt, wenn er zum Nutzen der muslimischen Glaubensgemeinschaft erfolgt, eigentlich eingehen muss? Welche Gesichtspunkte sind dringend zu analysieren?

Ich möchte ganz kurz vier nennen: Zunächst einmal die im heute existierenden Islam mit all seinen Spielarten vorwaltende Glaubensüberzeugung, im Besitz eines von Allah empfangenen und daher unüberbietbar wahren Regelungswerkes für Denken, Reden und Handeln des Einzelnen wie der Gesellschaft als Ganzes zu sein. Zweitens: Die Selbst-Ghettoisierung jener Muslime, die sich die aus dieser genannten Glaubensüberzeugung resultierenden mentalen und lebenspraktischen Konsequenzen zu eigen machen und dadurch, z. B. in Deutschland, in einen schroffen Konflikt mit der sie umgebenden pluralistischen, säkularisierten Gesellschaft geraten. Drittens, ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt: Die Ideologisierung des allumfassenden, religiös fundierten, islamischen Lebensentwurfs zu einem Allheilmittel gegen die vermeintlichen bzw. tatsächlichen Mängel und Fehler der westlichen Zivilisation. Viertens: Die Möglichkeit der Rechtfertigung religiös-politischer Gewalt als ein Nachahmen des Lebensweges Mohammeds, wie er im Koran und in der Sunna beschrieben ist. Unmittelbar nach dem 11. September fragte mich ein ägyptischer Stipendiat, der in Göttingen seine Doktorarbeit schrieb, weswegen sich denn die Deutschen vor dem Islam fürchteten. Wie wäre es, fragte

ich zurück, wenn ihr die vielen Stellen im Koran, die zum Töten der Ungläubigen wenn nicht auffordern, so doch als verdienstvoll hinstellen, von der Geschichte überholt, für nicht mehr gültig erklärt. Ein verlegenes Lächeln, Allahs Worte und Gebote gelten ewig.

Damit komme ich zum Schluss. Aus der islamischen Gelehrsamkeit selber ist in der Moderne kein nachhaltiger Impuls zur Historisierung des Inhalts von Koran und Sunna hervorgegangen. Ob die Muslime in den islamischen Ländern in dem Ghetto, in das sie sich durch das Festhalten am Wort von Koran und Sunna einschließen, verharren wollen oder nicht, das unterliegt natürlich nicht unserem Einfluss. Von den Wortführern der Muslime hier in Deutschland aber, in einer pluralistischen Gesellschaft, ist, so meine ich, zu erwarten und zu verlangen, dass sie sich nicht nur verbal, sondern auch dem Inhalt nach zum Pluralismus bekennen und damit auch ein auf das Rituelle begrenzte Gelten von Koran und Sunna anerkennen. Also nur auf den Ritus, während ansonsten Koran und Sunna nur noch historische Zeugnisse für den Anfang der islamischen Geschichte sein können. Es muss klar werden, dass ein wesentlicher Teil der wortwörtlichen Verpflichtungen, die man herausliest, in dieser Gesellschaft, wie überhaupt in einer pluralistischen Weltgesellschaft, keine Gültigkeit mehr haben können.

In diesem Sinne hätte nach meiner Auffassung vor allem der islamische Religionsunterricht in den Schulen zu wirken. Damit zumindest in Europa Schritt für Schritt der so furchtbar leicht herzustellende Begründungszusammenhang zwischen islamischer Gläubigkeit und Gesetzestreue und politisch-radikalem Aktivismus aufgelöst wird. Ein langfristiges Programm, das von uns Stehvermögen voraussetzt und den Willen, die freiheitlich pluralistische Ordnung auch wirklich geistig zu verteidigen. Vielen Dank!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Danke schön, Herr Prof. Nagel. Als Nächster bitte Herr Prof. Schiffauer von der Europa-Universität Viadrina.

SV **Prof. Dr. Werner Schiffauer** (Europa-Universität Viadrina, Lehrstuhl für vergleichende Kultur- und Sozialanthropologie, Berlin): Vielen Dank! Ein kurzes Wort zu dem Standpunkt, von dem aus ich mich mit islamischen Gemeinden befasst habe.

Ich bin Sozialanthropologe, d. h., ich versuche mich mit der Binnensicht der Muslime aus dieser Gesellschaft auseinander zu setzen, den Standpunkt der Muslime nachzuzeichnen und sozial zu verordnen. In dem Sinne ist das Zitat, das Dr. Kandel von Frau Krämer gebracht hat, tatsächlich meine Arbeitsdevise. Es geht darum, was die Muslime tun und was sie an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit zu ihrer Praxis erheben, weniger um Textpositionen oder Textstellen. Ich sehe nun folgende Strömungen im gegenwärtigen Islam türkischer Prägung: Während eine erste Generation ihr Islamverständnis sehr weit Türkei bezogen definiert und sich mit Fragen auseinandergesetzt hat, die mit der Türkei zu tun haben, entwickelt sich jetzt bei einer zweiten Generation eine Auseinandersetzung mit Europa. Die zweite Generation ist in Europa angelangt und entwickelt einen europäischen Islam. Dieser ist aber anders als es der Stereotyp will, nicht eindimensional. Es gibt verschiedene Strömungen.

Zunächst gibt es einen werteppluralen Islam, der sich zum Islam bekennt, es aber ablehnt, den Alltag vom Islam her zu gestalten. Zum Zweiten entsteht aber auch ein recht-gläubig systematischer Islam, der ein konsequent islamisches Leben, das an Koran und Sunna ausgerichtet ist, innerhalb der europäischen säkularen Zivilgesellschaft realisieren möchte. Die Vertreter dieser Position betonen das Recht auf Differenz und auf ihre Besonderheit, und sie kämpfen für die Rechte von Muslimen in der europäischen Gesellschaft. Als dritten Flügel gibt es einen ultraorthodoxen Islam, der gelegentlich als islamistisch bezeichnet wird, mit der Kernposition, dass ein islamisches Leben nur in einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung möglich ist. Diese Position hat einen revolutionären aber nicht immer gewaltbereiten Flügel, das wurde bereits gesagt, aber auch einen Flügel, der sich auf Rückzug und religiöse Besinnung bezieht. Das wurde vorhin als Fundamentalismus eingeführt.

Ich sage das deshalb, weil wir hier im europäischen Islam ähnliche Strömungen haben wie sie sich im Judentum entwickelt haben, wo sich in der Diaspora-Situation ein liberales, ein orthodoxes und ein ultraorthodoxes Judentum entwickelt hat. Das Interesse der Mehrheitsgesellschaft liegt darin, dass Gegenpositionen zum ultraorthodoxen Islam, vor allem in seiner revolutionären Auslegung, entwickelt werden. Das kann nach übereinstimmender Meinung von Experten nur von innen,

d. h. aus dem Kreis der islamischen Gemeinden heraus gelingen, das kann die Mehrheitsgesellschaft nicht aufzwingen. Besondere Bedeutung kommt in diesem Prozess den Gemeinden zu, in denen es zu einer Überwindung ehemals islamistischer Positionen, die in den 80er und 90er Jahren Türkei bezogen vertreten wurden, gekommen ist und zwar im Zug der Entwicklung eines europäischen Islam. Das sind in der Regel die orthodoxen Gemeinden. In diesen Gemeinden, und nur in diesen Gemeinden, findet die intellektuelle Auseinandersetzung mit der Ultraorthodoxie und dem Islamismus statt. Hier werden die entscheidenden Gegenpositionen zum Islamismus entwickelt. Nämlich, dass ein konsequent islamisches Leben auch in der europäischen Zivilgesellschaft möglich ist, d. h. eine Absage an die Position, dass ein islamisches Leben nur im islamischen Staat möglich ist, und dass West und islamische Ordnung keinen Gegensatz bilden müssen, sondern dass die Heimat der Muslime also auch Europa sein kann.

In diesem Zusammenhang werden neue Positionen zur Scharia, zum Cihad, zum Glaubenskrieg und zur Frauenfrage entwickelt. Derartige Fragen stellen sich für den liberalen werteppluralistischen Islam gar nicht, weil er von vorne herein davon ausgeht, dass die säkulare Ordnung sowieso ihren eigenen Gesetzen folgt. Deswegen sind die orthodoxen Gemeinden für uns interessant.

Die gegenwärtige Islampolitik des Bundes und der Länder wird offenbar von dem Gedanken geleitet, dass orthodoxe Gemeinden „Einstieg“ in islamistisches Gedankengut ermöglichen. In diesem Zusammenhang wird gerade auf diese Gemeinden erheblicher Druck ausgeübt. Das geht von Polizeikontrollen vor Moscheen bis zur Verweigerung der Staatsbürgerschaft. Das ist zwar vor dem Hintergrund der Angst in der Bevölkerung und der Terroranschläge verständlich, wird sich aber langfristig äußerst kontraproduktiv auswirken. Diese Politik führt nämlich dazu, dass die Position der Reformen in den Gemeinden systematisch geschwächt wird. Konservativere Kreise werfen ihnen heute vor, dass sich ihre Politik der Öffnung nicht auszahlt. Befürworter einer Parallelgesellschaft gewinnen tatsächlich Gehör. Rückzug ist besser als Öffnung. Potentielle Reformen wandern ab und wenden sich enttäuscht der Ultraorthodoxie zu oder resignieren und ziehen sich verbittert zurück. Der Sicherheitslage ist langfristig besser gedient, wenn die orthodoxe Position nicht in die Ultraorthodoxie abtreibt. Hier und jetzt bekommt die

deutsche Politik eine äußerst verantwortliche Rolle. Wir stehen an einem Wendepunkt in unserer Gesellschaftspolitik.

An die Stelle einer Politik des Drucks muss eine kluge Politik der Differenz treten. Diese muss positive Entwicklungen in den Gemeinden wahrnehmen und sie unterstützen; sie muss eine Politik der Einbindung anstelle der Ausgrenzung sein und sie muss dem legitimen Bedürfnis nach dem Recht auf Differenz als Muslime in seiner Besonderheit Rechnung tragen, solange es nicht mit der Verfassung kollidiert. Danke schön!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Danke schön, Herr Prof. Schiffauer. Zwischendurch noch einmal zu der Geräuschbelästigung, wir bemühen uns sehr, diese Töne abzustellen. Wir finden es schwer erträglich, auch wenn es angeblich mit Kosten verbunden ist, aber wir müssen es akzeptieren. Ich finde allmählich aber die Atmosphäre mit den starken Geräuschen nicht mehr gut. Wir sind schon seit Freitag um Abhilfe bemüht. Als Nächster Experte bitte Herr Ahmet Senyurt, Publizist in Köln

SV **Ahmed Senyurt** (Publizist, Köln): Vielen Dank! Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, es ist schon viel gesagt worden, bitte erlauben Sie mir trotzdem, dass ich noch einmal kurz zusammenfasse und dadurch meine Position darstelle. Der Islam ist eine Religion und damit nicht gleichbedeutend mit dem Islamismus - einer politischen Ideologie. Zudem sind bei weitem nicht alle Islamisten gewaltbereit, so dass zwischen Islamismus und islamistischem Terrorismus unterschieden werden muss. Da der islamische Terrorismus aber aus dem Islamismus entstanden ist, kann diese Trennung allerdings nicht immer strikt eingehalten werden, deswegen ist es wichtig, dass wir genau hinschauen, dass wir letztendlich nicht in die Falle der Islamisten gehen und sozusagen die Homogenisierung, die sie versuchen uns aufzudrücken, zu übernehmen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich beschäftige mich nicht mit dem islamischen Terrorismus, dafür ist der Verfassungsschutz zuständig, sondern mit dem legalistischen Islamismus. Also mit dem politischen System, das hier nach den Buchstaben der Verfassung versucht, Mehrheiten innerhalb der Diaspora-Gesellschaft zu organisieren, das dürfen sie. Ich wage aber zu bezweifeln, ob sie auch nach dem Geist der Verfassung handeln. Das ist die Auseinandersetzung, die wir eigentlich mit dem Islamismus zu führen haben. Der

legalistische Islamismus hat meiner Meinung nach drei klare Forderungen. Eine Forderung ist, die geistig-moralische Erneuerung der Gesellschaft, und zwar der Gesellschaft, in der diese Kreise leben, z. B. hier bei uns. Ein Instrument dabei ist die Missionierung unter Jugendlichen. Man kann es zusammenfassen unter dem Schlagwort „aus Muslimen bessere Muslime zu machen“. Dieses hat letztes Jahr hier in der Bundeshauptstadt zu einem Skandal geführt, als bekannt wurde, dass mit Bundesmitteln letztendlich eine islamistische Jugendorganisation an Berliner Schulen Mission betreiben durfte. Das Zweite bei den legalistischen Islamisten ist die Abkehr von Gewalt, das ist ganz klar und das müssen wir berücksichtigen. Sie lehnen Gewalt ab. Das Dritte ist die Konzentration auf das Politische. Das heißt, der Versuch, über Partizipation der Mehrheitsgesellschaft ihre Ziele durchzusetzen. Das geschieht über den Dialog, denn sie finden sich in der Dialogindustrie an den wichtigen Plätzen wieder und sind sozusagen die Ansprechpartner für die Muslime in diesem Land, obwohl der organisierte Islam, wie wir vorhin schon gehört haben, keine 20 v. H. der 3,2 oder 3,4 Mio. Muslime vereint.

Islamisten fordern weiter die Einführung der Scharia. Damit meinen sie eine allumfassende Rechte- und Werteordnung, die unmittelbar auf den Texten der Offenbarung gründet. Letztendlich muss jeder Muslime, der in einem nicht-islamischen Land aufwächst, nach der Scharia leben, z. B. auch die laizistischen Türken. Wie wir nach 40 Jahren feststellen, scheint es ja auch keine Widersprüche bzw. Probleme damit zu geben.

Das Zweite ist, Islamisten erheben einen Exklusivitätsanspruch und verkünden ihre eigene Interpretation des Islam als politisches Programm.

Drittens: Positionen Andersdenkender setzen sie oft mit Unglauben gleich. Das meinte ich mit Homogenisierung nach innen. Andere Meinungen werden in diesem Kontext nicht akzeptiert.

Viertens und für mich der wichtigste Punkt: Die Opfer der Islamisten sind in der Mehrzahl die Muslime selbst, auch in Deutschland. Viele konservative Muslime befürworten die Forderung nach der Durchsetzung islamischer Werte im gesellschaftlichen Leben, ohne jedoch jahrhundertelange Rechtsnormen auf das

moderne Leben anwenden zu wollen. Was heißt das konkret? Es hat in den vergangenen Wochen mehrere islamische Konferenzen gegeben, Jahreshauptversammlungen. Interessant sind in dem Zusammenhang immer die Bücher, die dort verkauft werden. Daran kann man z. B. messen, welche Beziehungen die Organisation mit der Politik hat. Eines der Bücher, die ich am Wochenende erstanden habe, behandelt die Missverständnisse über Menschenrechte im Islam. Dieses Buch ist von Saudi-Arabien in deutscher Sprache in Massen in Deutschland in den Moscheen und bei Veranstaltungen unterwegs. Das ist genau das, was ich meine. Nach den Buchstaben der Verfassung ist dieses Buch kein Problem. Aber nach dem humanistischen Geist ist dieses Buch Rechtsbruch. Das Schlimme daran ist, niemand von der deutschen Mehrheitsseite liest es. Die sozusagen liberaleren, offeneren Muslime, die versuchen, dieses zu thematisieren, finden aber in der öffentlichen Diskussion keinen Widerhall. Warum? Weil, das kann ich als Journalist sagen, eine schlechte Meldung eine gute Nachricht ist. Das heißt, mit Gewalt, da bin ich immer auf der ersten Seite. Das ist das Problem, das wir im Zusammenhang mit Islam und Islamismus haben. Die Reduktion auf eine letztendlich oft falsche Vorstellung von der Scharia und eine Reduktion auf Gewalt, die da ist, aber für die letztendlich die Dienste zuständig sind. Danke schön!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Danke schön! Als Letzter in der ersten Runde bitte Herr Prof. Steinbach vom Orient-Institut in Hamburg.

SV **Prof. Dr. Udo Steinbach** (Direktor Deutsches Orient-Institut, Hamburg): Vielen Dank! Ich bin der Letzte in dieser Reihe und habe deswegen auch nichts vorbereitet, sondern improvisiere etwas. Ich weise Sie zugleich auf eine Publikation hin, die ich ausgelegt habe. Es ist die letzte Nummer unseres Orient-Journals, das eigentlich eine Internet-Publikation ist, die sich mit Islam und Gewaltdimensionen befasst, die eine Herausforderung darstellt und in gewisser Weise einschlägig für das ist, was wir hier diskutieren.

Meine Damen und Herren, auch ich will mich zunächst einmal auf ein allgemeines Statement beschränken. Herr Senyurt hat auf Bücher hingewiesen, die etwas über den Geisteszustand von Menschengruppierungen aussagen. Man könnte auch auf Bücher hinweisen, die in den letzten zwei Jahren bei uns in deutscher Sprache



erschienen sind, und sehr vieles aussagen über die Art der Wahrnehmung von Muslimen und Islam in dieser Gesellschaft, auch das ist bestürzend. Es ist nicht weniger wichtig, unsere eigenen Publikationen zu sehen und unsere eigene Stimmung und eigene Wahrnehmung kritisch zu hinterfragen, als den Blick auf die andere Seite zu lenken.

Damit komme ich zu einem Punkt, der hier noch gar nicht berührt ist, nämlich die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Themas, über das wir heute sprechen. Ich persönlich sehe im Islamismus, zumal dann, wenn er als militanter Islamismus auftritt, kein ganz großes Thema. Das Wichtigste scheint mir eher zu sein, das ist hier und da schon verbalisiert worden, wie gehen wir wirklich mit dem Thema Islam um? Wie gehen wir mit Muslimen um? Hier, glaube ich, sind einige kritische Rückfragen notwendig. Ich glaube, dass wir zum Teil dabei sind, Herr Senyurt hat das angedeutet, sozusagen die Islamisten zu machen. Aus Muslimen, die zugegebenermaßen in dieser Gesellschaft noch immer dabei sind, ihren Platz zu suchen, Islamisten zu machen, nicht in dem Sinne, dass sie gewalttätig werden, aber in dem Sinne, dass sie den Versuch machen, irgendwo aus der Gesellschaft auszusteigen, möglicherweise in Ghetto-Existenzen überzugehen.

Dies bringt mich zu dem Thema, das wir noch gar nicht angesprochen haben und heute auch nicht besprechen, nämlich, der militante Islamismus. Das ist eine Geisteshaltung, eine politische Haltung, die nicht in Deutschland, sondern außerhalb unserer Gesellschaft gemacht worden ist. Wir haben heute in einem nie gekannten Ausmaß Gewalt in der islamischen Welt. Eine Gewalt, die nach dem 11. September zum Teil in die islamische Welt hineingetragen worden ist. Diese Gewalttätigkeit in der islamischen Welt, die im wachsenden Maße auch außerhalb der islamischen Welt zum Vorschein kommt, denken wir an Madrid, das ist etwas, was das Bild des Islam in der deutschen Gesellschaft verdüstert. Das ist das, was als Kluft wahrgenommen wird, insbesondere von Seiten der nicht-muslimischen Mehrheit, aber auch von Seiten der muslimischen Minderheit. Ich will damit sagen, dass das Phänomen eines gewalttätigen Islamismus in erster Linie ein Phänomen ist, das in der islamischen Welt selbst zu suchen ist, und bei uns nur in äußerst begrenztem Maße herüberschwappt, das aber in der Regel nachvollziehbar ist, in dem Sinne, dass es insbesondere die Ableger von islamistischen Organisationen in der

islamischen Welt sind, die potentiell hier eine Bedrohung sein können. Ich will nicht ausschließen – und ich glaube, das ist eine Beobachtung, die wir alle machen –, dass das Verhältnis zwischen der nicht-islamischen Mehrheit und der muslimischen Minderheit schwieriger und herausfordernder geworden ist, nicht im Sinne von Gewalttätigkeit aber in dem Sinne, dass wir uns die Frage stellen, wie organisieren wir ein friedliches Nebeneinander.

Wenn es hier im einen oder anderen Fall innerhalb unserer eigenen Gesellschaft in Deutschland selbst zu Ansätzen von Gewalttätigkeit und Konfrontation kommt, dann halte ich das für ein Phänomen jener Frustration und Verzweiflung, die wir in der islamischen Welt selbst finden, die in der islamischen Welt zu jener Art von Konfrontation und Militanz führen, die wir jeden Tag erleben. Kein primäres und originäres Phänomen der deutschen Gesellschaft – sondern Muslime reagieren hier in diesem Land in einer gewissen Weise wie Muslime anderswo in der islamischen Welt auf eine weltpolitische Konfiguration.. Vielen Dank!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Ich bedanke mich für diese Einstiegsrunde bei allen Experten und rufe die Berichterstatterrunde zu Nachfragen auf. Frau Akgün beginnt und dann Herr Grindel bitte.

BE **Dr. Lale Akgün** (SPD): Ich würde gerne Frau Dantschke und Herrn Dr. Kandel bitten, noch einmal zu den Aussagen von Herrn Prof. Schiffauer Stellung zu nehmen und das, was Sie gesagt haben, in Relation zu den Aussagen von Herrn Prof. Schiffauer zu setzen.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Ich würde vorschlagen zu sammeln, um vielleicht drei Wortmeldungen zu haben. Also bitte zunächst noch Herr Grindel.

BE **Reinhard Grindel** (CDU/CSU): Ich habe mehrere Fragen, wenn es erlaubt ist. Ich würde gerne vor allem Herrn Dr. Kandel und Herrn Senyurt um Auskunft bitten. Wir stehen doch jetzt intensiv vor der Frage, mit wem sollen wir eigentlich einen Dialog führen. Ich habe verstanden, dass Herr Senyurt kritisiert, dass wir das zu sehr auf der Funktionärebene tun. Ich würde gerne wissen, ist DITIP ein Ansprechpartner und mit wem können wir politisch Verantwortlichen einen Dialog

führen? Gerade vor dem Hintergrund, das wird ja auch immer zitiert, dass Islamisten den deutschen Dialog als Mittel für die Propheten zur Verkündung und Übermittlung der Offenbarung betrachten. Es muss doch auch einen aufrichtigen Dialog geben, der auch breite Schichten der muslimischen Bevölkerung trifft.

Das Zweite: Ich würde gerne von Herrn Fromm wissen, wie er die Islamische Gemeinschaft Milli-Görüs (IGMG) aktuell einschätzt? Herr Prof. Schiffauer hat in einer für mich erstaunlichen Art und Weise gesagt, es gebe jetzt eine zweite Generation. Auch in einer Stellungnahme für ein Verfahren in Gladbeck, Herr Fromm, ich nehme an, dass Sie das kennen, sagt Herr Prof. Schiffauer, die IGMG sei auf einem sehr guten Weg, gerade durch diese zweite Generation, in Richtung demokratischer Dialog. Ich würde gerne wissen, wie Sie das beurteilen? Ob es nicht richtig ist, was mehrere Studien nachweisen, dass überall dort, wo wir eine Konzentration von IGMG-Kräften haben, gerade auch in Moschee-Vereinen, Feindseligkeiten, Abschottungstendenzen und Antisemitismus zu beobachten sind? Sie schreiben im Verfassungsschutzbericht, dass eine Nähe von den Muslimen zur Moschee verlangt wird, auch räumlich. Ich würde sogar fragen, ob Sie es für sinnvoll halten, über ein Verbot von Milli-Görüs nachzudenken?

Das Dritte, was ich gerne wüsste, betrifft vor allem den Einfluss auf integrationsbereite Muslime in Deutschland. Frau Dantschke, Herr Prof. Schiffauer hat noch einmal wiederholt, man müsse vor allem mit konservativen Gemeinden den Kontakt suchen, weil dies besonderen sozialen Zerfallstendenzen vorbeugen würde. Ich kenne es eher so, dass viele weltoffene Muslime unter Druck gesetzt und bedroht werden, auch Schulleiter an deutschen Schulen. Dort wird immer wieder gesagt, das sei sehr integrationsfeindlich, es werde versucht, die Teilnahme am Sport- und Kunstunterricht und an Klassenreisen zu unterbinden, dass hier also auch massiv weltoffene Eltern unter Druck gesetzt werden. Auch dazu würde mich die Einschätzung von Frau Dantschke und Herr Senyurt interessieren. Oder, dass wir Moscheen und Moschee-Vereine gar nicht mehr als Gotteshäuser wahrnehmen dürfen, sondern als umfassende Kulturzentren, in denen einheitlich Bildung, kulturelle Information, politische Information angeboten werden. Es wird berichtet, dass die Kinder, die am Wochenende dort gewesen sind, in die staatlichen Schulen kommen und im Grunde genommen erst einmal wieder aufgebaut werden müssen.

Die Frage, die sich für mich stellt ist, was können wir tun im Kampf gegen integrationsfeindliche Moschee-Vereine, Moscheen und wie bewerten Sie dort die Tendenzen? Wer kann uns hier helfen und kann man eine Selbstverpflichtung verlangen, oder brauchen wir nicht doch eine stärkere Kontrolle für die Videoüberwachung und was dort auch im repressiven Bereich vorgeschlagen worden ist? Vielen Dank!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Danke schön! Wir nehmen noch die Wortmeldung von Herrn Winkler, machen danach eine Antwortrunde und dann wäre Frau Köhler an der Reihe. Herr Winkler bitte.

BE **Josef Philip Winkler** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Fromm. Gehört für Sie die Auseinandersetzung über die islamistischen und antisemitischen Ideologien unter Muslimen, also die Diskussion darüber, bereits zum Bereich des Extremismus, oder sehen Sie da auch Entwicklungen, die darauf hindeuten, dass man das als einen Diskussionsprozess verstehen kann, der auch darauf hinleiten kann, dass man eine demokratiefähige Auslegung der religiösen Quellen und Traditionen durchführen kann? Zum anderen, sehen Sie die Überlegungen von Herrn Prof. Schiffauer, was die Risiken, die eine Beobachtung auf bestimmte radikale Gruppierungen mit sich bringt, auch so, oder schätzen Sie sie anders ein?

Dann noch eine Frage an die Herren Schiffauer, Steinbach und Nagel: Wo werden aus Ihrer Sicht die Grenzen noch einmal deutlich gesehen, zwischen den Bereichen der legitimen religiösen Orthodoxie und Strenggläubigkeit, die wir ja im Christentum auch häufig finden, und dann der politischen Ideologie, die unter Umständen auch noch als erträglich angesehen werden könnte und dem Versuch der Durchsetzung des einen oder anderen? Wie schätzen Sie das jeweils ein?

Eine letzte Frage an Prof. Nagel: Sie haben in Ihrer Stellungnahme auch Stellung bezogen zu dem Thema Einflussnahmen auf Bildungseinrichtungen. Allerdings haben Sie das sehr persönlich von Ihrer Warte aus geschildert. Liegen Ihnen Erkenntnisse vor, dass das bei Kollegen anderer Fakultäten ähnlich ist, oder ist das tatsächlich eine singuläre Geschichte Ihrer Erfahrung?

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich bedanke mich für diese erste Fragerunde. Da alle Experten angesprochen worden sind, können wir die Reihenfolge jetzt genau anders herum machen und ich bitte Herrn Prof. Steinbach mit den Antworten zu beginnen. Bitte schön!

SV **Prof. Dr. Udo Steinbach:** Ich will zunächst noch einmal zur Frage in Richtung IGMG Stellung beziehen. Ich glaube, dass eine Einschätzung jeweils auch eine Folge der persönlichen Erfahrung ist. Meine Erfahrungen, die ich mit IGMG gemacht habe, mit der Zentrums-Moschee, sind in erster Linie Erfahrungen aus Hamburg. Ich teile hier weitgehend die Einschätzungen von Herrn Schiffauer; wir haben in der IGMG in den fundamentalistischen, islamistischen, türkischen Kreisen einen Neubesinnungsprozess, der natürlich auch mit der Entwicklung in der Türkei selber zusammenhängt. Wenn in der Türkei selber keine politische Partei mehr existiert, jedenfalls im Augenblick nicht im Parlament, die die Wandlung des politischen Systems in Richtung auf eine islamische Ordnung betreibt, dann wird das natürlich auch unattraktiv und uninteressant für die Ablegerorganisationen in Deutschland – IGMG als Ablegerorganisation der Fundamentalisten in der Türkei in der Vergangenheit. Ich glaube, dass mit dieser neuen Regierung, die wir haben, der Regierungspartei für Gerechtigkeit und Entwicklung, auch ein neuer Ansatz gemacht wird, einen modernen Islam, aber einen gelebten Islam mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verbinden. Das ist eine Entwicklung, die durchaus auch nachzuvollziehen und erkennbar ist in bestimmten Kreisen der IGMG in Deutschland. Ich teile die Einschätzung, eine Moschee ist nicht nur eine Moschee, sondern ist auch eine Bildungsstätte. Die Frage ist, sollen wir das ausschließlich negativ sehen, oder können wir dem auch etwas Positives abgewinnen? Ich persönlich glaube auch hier aus meiner Hamburger Erfahrung, dass sich – genau weil es Probleme mit der dritten Generation von muslimischen Türken hier bei uns gibt – diese Probleme möglicherweise sogar noch zuspitzen, dass wir den Versuch machen sollten, politische, religiöse Kräfte, auch aus der IGMG, die den Versuch machen, hier bei uns den Integrationsprozess positiv zu begleiten, mit einzubeziehen. Besonders bei Problemfällen in der dritten Generation. Ich denke, da kommt der Bildung ein ganz hoher Stellenwert zu.

Was die Frage nach den Grenzen betrifft: Schnittfläche von Religion oder religiöser Orthodoxie und politischer Ideologie, so denke ich, dass wir in einer Situation in Deutschland sind, wo wir tatsächlich den Muslimen eine Chance geben. Diese Chance wird ja auch weitgehend ergriffen, hier den Islam in dieser Gesellschaft zu leben als eine Religion, eine Religion, die in ihrer Ausübung durchaus frei ist. Ich glaube, dass damit ein hohes Maß an Anziehungskraft für den Versuch eines modernen Islam in dieser Gesellschaft verbunden ist und ihn auch zu formulieren. Wenn es nicht zu jener Form von Versteifung, Konfrontation und Spannung kommt, die ich in meinem Eingangsstatement angedeutet habe, haben wir da eine große Chance, einen Islam sich entwickeln zu sehen, der auf der einen Seite tatsächlich den Stolz und das Selbstbewusstsein von Muslimen reflektiert und sich auf der anderen Seite in die bestehenden Strukturen auf der Basis des Grundgesetzes einformt. Wir sind in einer Situation, in der wir positive Weichenstellungen vornehmen können mit Blick auf die Frage, ist der Islam mit Demokratie, Laizismus, Verantwortung zu vereinbaren, oder geht es stärker in Richtung einer politischen Ideologie? Diese Frage verbindet sich natürlich auch mit der Frage nach der Zukunft der Türkei in der Europäischen Union, wie überhaupt die Zukunft der türkischen Community hier bei uns und auch der IGMG nicht zu trennen ist von der Frage der Entwicklung in der Türkei bzw. des türkisch-europäischen Verhältnisses, aber dazu komme ich später noch einmal. Ich glaube, dass eine demokratische Türkei, die sich auf der anderen Seite aber bewusst islamisch gibt, innerhalb der Europäischen Union eine große Chance ist, den Integrationsprozess, insbesondere von muslimischen Türken, zu fördern.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Ich bedanke mich. Herr Senyurt dann bitte.

SV **Ahmet Senyurt**: Bitte erlauben Sie mir vorab noch eine Bemerkung, damit das ein bisschen klarer wird, worüber wir hier eigentlich reden. Wir reden über Deutschland, wir reden nicht über die Türkei. Einer der Attentäter aus Hamburg, Ziad Jarah, wurde in Deutschland islamisiert, nicht im Libanon, nicht in Ägypten, sondern in Deutschland. Darüber müssen wir reden.

Zu Ihrer Frage: Es gibt für mich letztendlich nur zwei Möglichkeiten, entweder reden wir mit allen, die sich sozusagen dem Verbände-Staat andienen, sie organisieren

sich, schaffen die juristischen Voraussetzungen und sind dann die Ansprechpartner der Muslime, obwohl ich dann nicht weiß, über welche Muslime reden wir hier eigentlich. Reden wir über die Aleviten, über Ahmadien, über die Sunniten, oder bekommen wir einen einförmigen Islam. Ich persönlich bin gegen den einförmigen Islam. Ich möchte versuchen, dass sich der Islam so widerspiegelt, wie er tatsächlich in seiner Tradition ist. Wenn wir den Weg der Verbände gehen, der Ansprechpartner, des Zentralrats, des Islamrats oder der DITIP, dann bekommen wir einen uniformen Islam, einen ganz bestimmten, einen türkischen, einen arabischen, einen saudischen. Und dagegen bin ich. Deswegen ist meine Position im Grunde genau wie beim Rechtsextremismus: Wir müssten eigentlich die Führer isolieren und versuchen, an der Basis mit den Menschen in den Bezirken und Vierteln ins Gespräch zu kommen. Da spielt es keine Rolle, ob Ahmad oder wer auch immer dort dann ein Milli-Görüs-Funktionär ist, sondern er wird ganz konkret in seinem Bezirk an seiner Arbeit gemessen. Nur so ist meiner Meinung nach der Weg. Die Diskussion oder der Dialog mit den Spitzenfunktionären bringt uns nicht weiter, denn das tun wir schon seit 15 Jahren und wir sind letztlich immer noch in der Dialog-Sackgasse.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Danke schön! Herr Prof. Schiffauer bitte.

SV **Prof. Dr. Werner Schiffauer**: Zunächst einmal, weil ich wiederholt als Einzelkämpfer genannt wurde, das bin ich gar nicht. Wenn Sie die Sozialwissenschaftler ansehen, die über die Gemeinden arbeiten, werden Sie feststellen, dass ich nicht für mich allein rede und Herr Steinbach auch nicht für sich alleine. Die Wissenschaftler, die Sozialwissenschaftler, d. h. diejenigen, die hinsehen, was die Muslime tun, die nicht ausschließlich Textanalysen betreiben, vertreten ein ziemlich klares Bild. Ich kann Frau Jonker, Frau Nökel nennen und eine ganze Reihe von Leuten, die qualitativ und wissenschaftlich zu diesen Fragen gearbeitet haben. Es stimmt also nicht, was Herr Kandel sagt, dass das Thema nicht unerforscht ist. Wir wissen ziemlich genau, was mit dem Islam in Deutschland los ist. Die Fakten liegen auf der Hand. Es ist nicht, dass wir nicht Wissenslücken haben, aber wir wissen genügend, um zu sehen, welche Prozesse bei den Muslimen der zweiten Generation passieren.

Die Frage an mich war, wo ziehe ich die Grenzen. Die Grenzen zieht das Strafrecht und zwar eindeutig. Ich habe große Probleme mit dem Begriff des legalistischen Islam, den Herr Senyurt eingeführt hat, den aber auch der Verfassungsschutz benutzt. Legalistischer Islam heißt ja, innerhalb der Gesetze auf dem Boden der Verfassung arbeiten. Wenn man sagt, das verstößt gegen den Geist der Verfassung, stellt sich für mich die Frage: Wer definiert den Geist der Verfassung? Hier sehe ich einen ziemlichen Wildwuchs bei den Versuchen, verfassungsfeindliche Tendenzen festzumachen. Man beginnt bei den Ausnahmen für Schulunterricht, beim Kopftuch, und endet beim bekenntnisneutralen Schulgebiet, der Willkür sind Tor und Tür geöffnet. Hier wird es sehr unscharf und bei den Muslimen stellt sich der Verdacht ein, dass hier Assimilation gepredigt wird und nicht Integration. Ich kann das nachvollziehen. Es muss in einer pluralen Gesellschaft die Möglichkeit geben, religiöse Symbole zeigen zu können, ohne des Fundamentalismus verdächtigt zu werden. Wir beziehen uns hier in dieser Diskussion immer auf Frankreich, warum sehen wir nicht in die USA, auf Großbritannien oder auf die Niederlande, um zu sehen, wie dort versucht wird, durch eine größere Wahrnehmung von Differenz, die Luft, den Druck herauszunehmen. Das ist die entscheidende Position einer klugen Islampolitik. Dabei geht es darum, sich nicht in symbolische Kämpfe zu verstricken. Symbolische Kämpfe, dass Muslime das Gefühl haben, sie stehen unter Assimilationsdruck, führen nur dazu, dass der öffentliche Druck weiter gegeben wird. Hier kommt es zu unschönen Erscheinungen, wie sie Abg. Grindel zu Recht angesprochen hat. Dann hat eine Minderheit das Gefühl, sie muss sich verteidigen. Dann verlangt sie Loyalität von ihren Angehörigen und sagt, ein Abweichen schwächt unsere Position. Wenn wir in der Gesellschaft so weit kommen, produzieren wir das mit, was wir vermeiden wollen. Eine kluge Politik der Differenz versucht, den Druck herauszunehmen. Hier sind Prozesse, an denen eine kluge Politik der Differenz anknüpfen kann. Wenn eine ehemalig islamistische Vereinigung, eine Fraktion, die die Führungsspitze in dieser Gemeinde vertritt, sich heute zu einem europäischen Islam bekennt, dann verstehe ich die Politik nicht, die das nicht als großartige Chance annimmt. Ich verstehe nicht, dass hier ein Überführungsdiskurs gemacht wird und gesagt wird, gut, hier sind noch alte Islamisten am Werk, hier habe ich jenes Zitat, hier habe ich diese Äußerung aus der Umgebung von Erbakan. Damit werden Reformansätze zerstört. Damit vereiteln Sie, dass die Ansätze lebenswirklich werden, dass sie sich in der Gemeinde durchsetzen und



unten ein Leben entfalten. Das ist das, was wir brauchen. Wir können den Islamismus nur von innen überwinden und nicht durch Druck von außen erzwingen. Danke schön!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Danke schön! Ich finde, dass die Verfassung mit das Größe ist, auf das man sich nun wirklich berufen und verlassen kann und die nicht zu unscharfen Auslegungen animiert, es sei denn, es sind bestimmte Einzelfragen. Die Anmerkung von mir zwischendurch. Als Nächster bitte Herr Prof. Nagel.

SV **Prof. Dr. Tilman Nagel**: Ich bin zunächst nach der Abgrenzung und der Definition der einzelnen Personengruppen oder Haltungen gefragt worden. Diese Abgrenzungen sind, das müssen wir uns vor Augen führen, Hilfskonstruktionen, die wir uns zurechtlegen. Man kann aber sagen, dass die Grenzen unter zwei Voraussetzungen fließend sind, zwei Dinge, die wir hier nicht betrachtet haben und die auf dem Studium der Texte beruhen, was ja nicht ganz uninteressant ist. Man kann zunächst einmal beobachten, dass wir auf Deutsch und auch auf Englisch mittlerweile sehr viel Material vorliegen haben, das sich ganz dezidiert die Herabwürdigung der Werte der deutschen oder europäischen Gesellschaft vornimmt. Als Beispiel, ins Englische übersetzt, die Koran-Kommentare von Sajjid Kutb, die überall zu haben sind und die auch gelesen werden.

Ein zweiter Gesichtspunkt, der die Muslime vor 30 Jahren in Deutschland überhaupt noch nicht tangierte, ist die außerordentlich leichte Zugänglichkeit des gesamten fest religiösfundierten tradierten Schrifttums, das heute über Internet u. ä. leicht abgerufen und durchgesehen werden kann und das nach meiner Beobachtung in der Tat in den Moschee-Gemeinden auch genutzt wird. Diese Punkte führen dazu, dass selbstverständlich unter den Menschen, die in diese Moschee-Gemeinden gehen, eine Verschärfung des Bewusstseins ihrer besondern Ausnahmestellung innerhalb dieser Gesellschaft eintritt. Das ist eine Entwicklung, die wir vor 20 / 30 Jahren nicht hatten, die aber heute so ist. Man kann sehen, dass auch Deutsche, die zum Islam übertreten, relativ leicht in diese Zusammenhänge hineingezogen werden, wobei ich mich dazu sehr vorsichtig ausdrücken will.

Ich wurde noch nach der Einflussnahme auf Bildungseinrichtungen des Akademischen Unterrichts gefragt. Ich kann nur Beispiele nennen, die ich selber erlebt habe, weil ich anderes nur vom Hörensagen kenne und das deshalb nicht erwähnen möchte. Es gibt aber eine solche Diskussion. Das muss hier genügen. Damit bin ich zunächst am Ende meiner Stellungnahme. Danke schön!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich bedanke mich. Als Nächster bitte Herr Dr. Kandel.

SV **Dr. Johannes Kandel:** Eine Politik der klugen Differenz wird hier im Saal keiner bestreiten. Ich denke, dass die Integrationspolitik, die wir machen, auch schon eine solche Politik der klugen Differenz ist. Ich verweise auf eine Fülle von Dialoginitiativen, die es in diesem Land gibt, was aber immer wieder vergessen wird. Ich hatte von dem „Feindbild“ Islam gesprochen, das ich nicht sehe. Es wird zu wenig zur Kenntnis genommen, dass es von Nichtregierungs-Organisationen und vielen anderen ein großes Bemühen im interreligiösen Dialog gibt, gerade auch von den Kirchen, die man hier ausdrücklich nennen muss. Sie versuchen, im Dialog mit den verschiedensten muslimischen Organisationen, aber auch mit den Muslimen vor Ort, etwa in der Nachbarschaft einer Moschee, Fragen kritisch zu diskutieren. Ich denke, dass wir da schon auf dem richtigen Weg sind. Aber eine Politik der klugen Differenz findet wirklich ihre Schranken in den fundamentalen Verfassungsprinzipien unseres Staates und einer politischen Basiskultur, die rechtsethisch verlangt, dass die Grundlagen dieses Staates, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, und auch die zivilgesellschaftliche Perspektive akzeptiert werden. Hier habe ich in der Tat meine Schwierigkeit, wenn ich die Verlautbarungen von muslimischen Vereinen und Verbänden sehe, das ist nicht flächendeckend gemeint, ich habe bestimmte im Blick. Da sehe ich nicht, dass dieser Prozess der rechtsethischen Verinnerlichung und des Bekenntnisses zu den Grundwerten der Demokratie schon Platz gegriffen hat. Es gibt eine Fülle von Verlautbarungen, wir könnten uns hier intensiv über die islamische Charta unterhalten, oder auch über andere Grundsatzdokumente, die hier meines Erachtens Ansätze sind, die aber auch schwere Mängel erkennen lassen.

Dann ist mir nicht ganz klar, Herr Schiffauer kann das vielleicht noch einmal erläutern, was er hier unter rechtgläubig-systematischem Islam versteht. Was ist der

Inhalt dessen? Ferner die Frage, wie sind diese drei Kategorien, die er hier benannt hat, quantitativ zu bewerten? Ich sage einmal etwas platt: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer“. Auch ich kenne aus einzelnen Verbänden und Vereinen immer wieder einzelne Muslime, mit denen ich gut diskutieren kann, auch über die Fragen Säkularisierung, Säkularismus und Säkularität. Aber wie breit ist diese Bewegung verankert? Welchen Einfluss hat sie tatsächlich innerverbandlich? Sie haben noch auf einige Studien verwiesen, in der Tat, es gibt einige Studien, ich habe das auch in meinem Papier genannt. Nur, zu sagen, das sei dann schon erforscht, wir wüssten wirklich über die Muslime Bescheid, das halte ich für ausgesprochen verwegen. Dies sind qualitative Studien, die sich auf kleine Datenmengen beziehen und auch auf kleine Samples, die bestimmte Zielgruppen von Muslimen im Auge haben und beforschen und das muss man auch berücksichtigen. Also das große Bild und die große Sicherheit, die Herr Schiffauer hier offensichtlich zu erwecken versucht, die meine ich, haben wir nicht.

Eine andere Bemerkung. Wenn wir in die islamische Welt blicken, dann wissen wir, das wissen alle Experten gut, dass es in verschiedenen islamischen Ländern eine breit gestreute Diskussion, auch eine sehr substantielle Diskussion, gibt, über genau die Fragen, über die wir hier streiten – Menschenrechte, Säkularität des Staates, Demokratie. Ich frage mich, wo kommt diese Diskussion, die wirklich substantiell ist, eigentlich bei unseren Muslimen und den muslimischen Verbänden hier an und wo schlägt sich das nieder?

Eine andere Bemerkung dazu. Es wurde auch die Studie von Frau Jonker genannt, ich weiß nicht, auf welche Sie sich beziehen ...

*Antwort Prof. Schiffauer ohne Mikrofon: „Eine Wellenlänge zu Gott“*

**SV Dr. Johannes Kandel:** Also „Eine Wellenlänge zu Gott“. Wenn ich diese Studie nehme, dann kommt Frau Jonker, zumindest wenn ich das politisch werte, zu dem Schluss, dass es sich hier um eine Gruppierung handelt, den Verband islamischer Kulturzentren, der genau den Weg geht, Sie mögen das vielleicht ultraorthodoxen Islam nennen, den Weg hinaus aus dem Dialog, den Weg zurück in das Ghetto. Sie

kommt durchaus am Schluss ihrer Untersuchung zu einer sehr bestürzenden Erkenntnis.

Mit wem sollen wir Dialog führen? Ich stimme im Kern Herrn Senyurt zu, wenn ich auch vielleicht einige Verbände nicht so scharf beurteile wie er. Ich sehe schon eine Chance, vor dem Hintergrund von Prozessen, die auch in der Türkei in der Religionsbehörde dort, in der Diyanet, gelaufen sind, möglicherweise mit DITIB stärker ins Gespräch zu kommen. Es gibt eine ganze Reihe von Anzeichen, die sehr positiv sind und die sollten wir in der Tat nutzen.

Ein weiterer Punkt: Ich denke, es wäre naiv anzunehmen, dass wir nun gänzlich um Vereine und Verbände herumkommen. Nein, sie sind schon Mittler und wir müssen auch mit ihnen reden. Als Beispiel: Islamischer Religionsunterricht, Herr Nagel hat es erwähnt. Da ist es schon wichtig, die Initiativen, die von diesen Verbänden kommen, mit aufzugreifen und zu versuchen, darüber zu diskutieren, wie man einen islamischen Religionsunterricht in den verschiedenen Bundesländern so organisieren kann, dass der deutschen Rechtsordnung Genüge getan wird. Damit der Staat einen legitimierte Ansprechpartner hat, um einen Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 GG zu erteilen. Es gibt eine ganze Reihe von positiven Ansätzen, wobei auch Muslime einbezogen worden sind. Wenn es sich auch bei diesen Ansätzen und Versuchen noch nicht um Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 GG handelt, so sehe ich doch positive Ansätze in Nordrhein-Westfalen – islamische Unterweisung. Auch in Bremen und in Niedersachsen gibt es ein neues Modell und möglicherweise kommen wir selbst hier in Berlin einmal zu einer vernünftigen Regelung des Religionsunterrichts.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Danke schön! Wir gleiten schon ein bisschen in den zweiten Themenkomplex, das finde ich aber in Ordnung. Ich würde auch bitten, wenn die nächste Fragerunde kommt, dass sie in Richtung unseres Hauptthemas, nämlich Einfluss auf Bildungseinrichtungen kommt, so spannend diese Diskussion über Begriffsdefinitionen auch sein mag. Frau Dantschke bitte.

SV **Claudia Dantschke**: Ich bin zunächst gebeten worden, zu bestimmten Thesen Stellung zu nehmen, die von Herrn Schiffauer geäußert worden sind. Ich möchte ihm

erst einmal kurz zustimmen, es findet ein intensiver Diskurs statt in verschiedenen Gruppierungen, zu denen ich als relevanteste Gruppierung die Milli-Görüs zählen würde, aber auch die anderen Netzwerke, die man unter dem Schlagwort „Muslim-Bruderschaft oder multinationale Gruppierung“ bezeichnen kann. Interessant ist dabei, was diskutiert wird. Es wird eine Modernisierung des Islamismus diskutiert als eine modernistische Ideologie, die es aufgeklärten Muslimen und bildungsnahen Kreisen von Muslimen ermöglicht, sich dort wieder zu finden. Was fehlt, ist der Kern der Diskussion, die findet nicht statt. Das, was ich in meinem Eingangsstatement gesagt habe, die Trennung von Staat und Religion. Ich selbst bin seit über 11 Jahren als Journalistin tätig bei dem deutsch-türkischen Sender AYPA-TV und maße mir an, dass ich deshalb eine Binnensicht habe und nicht eine Textanalyse allein die Basis meiner Erkenntnisse ist. Insofern würde ich vorschlagen, dass wir diese Binnensicht einfach zur Kenntnis nehmen. Ich habe ein Video mitgebracht, es ist ein Beispiel von Milli-Görüs, ich möchte es aber nicht auf Milli-Görüs reduzieren, in dem es darum geht, dass wir bestimmte Kreise in der Spitze von Milli-Görüs haben, die im Diskurs Aspekte aufführen, die Herr Schiffauer benannt hat. Für mich relevant ist die Frage, welche Referenten mit welchen Positionen werden eingeladen für Massenveranstaltungen mit der Milli-Görüs Jugend oder Milli-Görüs Anhängern. Ich habe einen dieser Referenten, er heißt Münib Engin Noyan, in einer Milli-Görüs Moschee bei einer islamischen Buchmesse im Jahre 2003 interviewt. Die Zeitung Milli Gazette habe ich hier als Beleg dafür, dass Münib Engin Noyan, den sie gleich auf Deutsch hören werden, von der Islamischen Gemeinschaft Milli-Görüs - Landesverband Baden-Württemberg dort auf ihrer Islam-Messe im Juni 2004 mit Großkonferenzen auch angekündigt wird, d. h., er reist durch die Lande mit der Position, die Sie auf der Videoeinspielung hören können.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Sind wir darauf vorbereitet?

*kurze technische Probleme*

SV **Claudia Dantschke**: Solange das Video noch nicht anfängt, gehe ich noch kurz auf den Aspekt ein, dass ich Herrn Schiffauer auf alle Fälle in der Position zustimmen würde, dass eine Veränderung nur gemeinsam miteinander, also nur aus den Gemeinschaften heraus, nicht nur von außen, eintreten kann. In diesem Punkt sind

wir überhaupt nicht im Dissens. Wir müssen uns aber mit diesen Positionen, die jetzt zu hören sein werden, auseinander setzen.

*Videovorführung (Textübernahme)*

**Münib Engin Noyan:** *“Diese Religion, der Islam, verlangt von dem Menschen, dass der Mensch seine Einstellung zum Leben, mit allem Drum und Dran, sozial, ökonomisch, psychologisch, politisch, alles mögliche, was mit dem Leben zusammenzudenken ist, dass ein Mensch, ein Muslim, jetzt seinen Standpunkt total von Grund genommen ändert, jetzt alles anders auffasst. Dann muss eben ein Mensch, ein Muslim, wenn er sagt, ich bin ein Muslim oder eine Muslima, sein ganzes Leben nach dem Islam, dem Islam entsprechend von neuem aufbauen, und so gestalten und so weiterführen. Es gibt keinen anderen Ausweg. Man kann nicht sagen, der Islam ist nicht säkular. Man kann nicht einfach sagen: ‚Okay, das ist mein Glauben, und das ist mein tagtägliches Leben‘, das geht nicht. Der Islam ist nicht so. Allah Te'ala greift in jedes Gebiet des Lebens ein. Allah Te'ala bestimmt, was ich esse, was ich trinke, wie ich mich verhalte, Allah Te'ala sozusagen, es ist ein gewagter Ausdruck, aber ich wage es einfach zu sagen, mischt sich ein, wie ich meine Ökonomie mache, mein Handels, mischt sich in die Juristik ein, mischt sich sogar in das sexuelle Leben mit meiner Frau ein. Ich kann das nicht separieren, das geht nicht anders, wenn ich Muslim bin oder Muslima bin. Ich muss das in die Praktik meines Lebens hinein einbauen und mein Leben dem entsprechend gestalten. Es gibt keinen anderen Ausweg. Aber etwas ist sehr wichtig, warum jetzt, wenn die Muslime auf der Welt jetzt in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts der Hijra, in dem wir jetzt leben, oder nach christlicher Jahresrechnung 2003, wir sind ja im 1424 jetzt, dass die Muslime, die von sich selber behaupten, dass sie dem letzten Spruch Gottes entsprechend leben, dass sie jetzt in einer totalen Krise sind, dass sie immer die Unterdrückten und die immer am Schlechtesten dran sind, das deckt sich einfach nicht. Da haben wir ein riesen Problem, dass wir zu lösen haben, warum es so ist. Das muss man herausfinden.“*

**Claudia Dantschke:** „Ihre Darstellung jetzt, was es bedeutet, Muslim zu sein, auch für das alltägliche Leben und vor allem was Sie auch gesagt haben für die Rechtssprechung, für die Wirtschaft, das einmal weitergesponnen führt eigentlich dazu, dass Muslime letztendlich zumindest nicht aktiv in einer Gesellschaft leben können, dürften, müssten, die auf ganz anderen Grundlagen aufgebaut ist. Wie soll das sonst funktionieren?“

**Münib Engin Noyan:** “Eben. Nein, die sollen das einfach nicht. Das sollen sie auch nicht. Ein Muslim kann soziale, ökonomische Beziehungen mit Nichtmuslimen aufnehmen, das geht. Aber ein Muslim kann nicht ohne weiteres in einem Land leben, wo nicht Gesetze, die nach dem Koran, die entsprechend dem Koran aufgestellt sind, in dem Land kann ein Muslim nicht als Muslim leben, das geht gar nicht. Wie soll er das machen? Das ist doch gar nicht möglich. Natürlich muss ein Muslim in einem Land, oder in einem Milieu leben, wo die Gesetze Allahs gültig sind und nicht die Gesetze von irgendeinem Soziologen oder einem Juristen. Das geht einfach nicht.“

(Ende der Videoeinspielung)

SV **Claudia Dantschke:** Ich denke, hier ist ziemlich viel deutlich geworden und diese Diskussion muss geführt werden. Die Diskussion geht um Modernisierung, d. h. man diskutiert, ob die archaischen Strafen noch zeitgemäß sind, also Huddudstrafen wie Steinigung oder Hand abhacken. Also bestimmte Aspekte des traditionellen Islam und wie ich sagen würde, des orthodoxen Islam, die sich in der Tradition überlebt haben, dass z. B. Frauen dem absoluten patriarchalischen Diktat des Mannes unterworfen werden. Da gibt es neue Interpretationen, wo man sich islamisch interpretierend darauf einigt, unter bestimmten Voraussetzungen – wenn sie bestimmte ethische moralische Werte einhalten, wozu auch die Kleidung gehört –, dass sie sich natürlich bilden sollen, dass sie natürlich ein Teil der Bewegung sind. Ähnliche Diskurse haben wir in anderen Spektren, ohne dass ich das gleichsetzen will. Wir haben im rechtsextremen Spektrum ähnliche Diskurse gehabt, wo das archaisch-tradierte Frauenbild aufgehoben worden ist, weil man die Hälfte der Bewegung damit auf das Haus reduziert hat. Das heißt, in der Diskussion ist noch viel Bringe-Schuld. Es sind noch harte Aspekte anzugehen, um zu schauen, wie weit bestimmte Führungskräfte, die nach außen hin ein Bild bieten, das sich so zeigt, als

ob hier an den Kern der Diskussion gegangen wird, d. h. man will aus einem religiösen Verständnis an der Gesellschaft teilhaben, aber die Gesellschaft nicht nach diesem religiösen Verständnis umgestalten, die Frage ist, wie weit geht das in die Gemeinden hinein? Da würde ich Herrn Senyurt zustimmen, das kann faktisch nur vor Ort diskutiert werden. Wichtig ist – und das ist genau die Schwierigkeit – zu unterscheiden. Auch bei Milli-Görüs und bei den anderen Kreisen haben wir in der Mitgliederschaft einen großen Anteil von orthodox Gläubigen, die ich nicht in der Masse als Islamisten bezeichnen würde. Damit komme ich auf die Frage von Abg. Grindel, es geht darum, dass es Ängste gibt. Es gibt Ängste vor anderen Lebensentwürfen, d. h. es gibt gerade in der Großstadt eine stark individualistische Gesellschaft und es gibt Verführung für Jugendliche. Es gibt auch Drogenmissbrauch, Kriminalität, Alltagserscheinungen, vor denen konservative orthodox-gläubige Menschen Angst haben, ganz einfach Angst haben und ihre Kinder schützen wollen und auch aus diesem religiös-traditionellen Verständnis heraus, von ihren Werten, die sie tradiert mitbekommen haben, durchaus auch in der Schule Forderungen stellen. Nicht jedes Elternteil, das in der Schule die Forderung aufstellt, dass das Kind nicht zur Klassenreise mit darf, dass das Kind nicht am koedukativen Sportunterricht mitmachen darf, ist eine Art Vorbote von islamistischen Organisationen. Wir haben ein Milieu, in dem diese Weltansichten sehr stark verbreitet sind, wo auch Ängste in der Elternschaft vorhanden sind. Da kommen als erschwerender Aspekt bestimmte Organisationen hinzu, die diese Ängste aufgreifen, weil es ein Defizit gibt. Es gibt ein Defizit, da andere Kreise diese Ängste nicht aufgreifen, nicht diskutieren, also die Zivilgesellschaft, zu der die Muslime dazugehören. Wenn ich von Zivilgesellschaft und von anderen Kreisen spreche, meine ich natürlich damit nicht „die Deutschen“, es geht vielmehr um den Schulkontext, Elternkonferenz, Milieu. Es gibt andere Organisationen, muslimische Organisationen. Man muss im Kontakt „die Spreu vom Weizen trennen“. Es gibt nicht die große Linie wie „die Christen“, „die Muslime“, „die Deutschen“, „die Migranten“ oder „die organisierten Moschee-Gemeinden“ und mehr. Es lässt sich nur im Einzelfall, im direkten Kontext klären. Fakt ist, dass diese Defizite, die Werte und das Menschenbild, auf das sich diese Gesellschaft geeinigt hat, nicht diskutiert werden. Nicht, dass die Verfassung neu diskutiert werden muss, sondern es sind universelle Werte, auf die sich diese Gesellschaft festgelegt hat, die hier nicht verhandelbar sind. Schule z. B. als Ort oder Kommune als Ort im gemeinsamen Diskurs, um sich kundig



zu machen und an die Mitgliederschaft heranzugehen, wo es oft ein breites Spektrum gibt von orthodoxer Gläubigkeit und Ängsten, schon um damit diesen ganzen Statements den Boden zu entziehen.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Vielen Dank! Bitte Herr Präsident Fromm zu den an Sie gerichteten Fragen.

**SV Heinz Fromm**: Ich bin gebeten worden, etwas zu der Stellungnahme von Herrn Prof. Schiffauer zu sagen. Im Ergebnis lässt sich sagen, dass wir dem Reiz, der von seinem Modell und seinen Gedanken ausgeht, beim Verfassungsschutz noch nicht erlegen sind. Das liegt daran, dass wir nach wie vor bei der IGMG tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen sehen und dass wir den Optimismus nicht teilen, der bei Herrn Schiffauer sympathischerweise zu erkennen ist, indem er sagt, Integration durch Opposition z. B. , oder auch der Druck, der da ist, verhindere den Reformprozess. Das beurteilen wir jedenfalls im Moment anders, weil wir sehen, dass nach wie vor die Organisation IGMG sehr stark bestimmt ist von „konservativen Kräften“, also von Kräften, die eher dem alten Denken verhaftet sind. Daran ändert unseres Erachtens auch nichts die Versicherung, die Werteordnung des Grundgesetzes anzuerkennen. Wir sehen nach wie vor Probleme. Beispiel: Art. 3 GG, Gleichberechtigung von Mann und Frau, hier spricht die Organisation von „Gleichwertigkeit“ von Mann und Frau, das ist etwas anderes. Man muss da sehr genau hinschauen und hinhören. Wir können noch nicht erkennen, dass hier eine wirkliche Abkehr von islamistischen Positionen stattfindet. Die Jugend- und Bildungsarbeit ist, soweit wir das erkennen können, nach wie vor sehr stark darauf ausgerichtet, in dieser Gesellschaft sich einen Freiraum zu schaffen oder zu erhalten, in dem islamische Vorstellung und islamisches Recht – die Scharia – gelten, soweit das in unserem System geht. Solange wir das erkennen, auch das muss ich klarstellend anfügen, ist die Beobachtung weiterhin erforderlich, auch wenn es sich um eine sog. legalistische Organisation handelt. Legalistisch meint nichts anderes, als dass die Organisation bzw. ihre Mitglieder bei ihrer Betätigung nicht gegen Strafgesetze verstoßen. Die IGMG ist eine solche legalistische Organisation. Gleichwohl sind die Tatbestände des Bundesverfassungsschutzgesetzes erfüllt, ich hatte es eingangs erwähnt, es sind tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen bei der IGMG zu erkennen.

Von Herrn Abg. Winkler bin ich gefragt worden, wie es sich mit dem Antisemitismus im Islamismus verhält. Habe ich das richtig verstanden?...

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Herr Winkler bitte noch einmal kurz zur Präzisierung.

BE **Josef Philip Winkler:** Die Frage war, ob der Diskurs, der offensichtlich stattfindet, aus Ihrer Sicht auch dazu führen kann, dass es eine positive Entwicklung hin zum demokratiefähigen Islam gibt, oder ob Sie diese Entwicklung nicht so sehen, dass Sie eher eine Verschärfung oder eine schlimmere Entwicklung voraussehen. Natürlich nach Ihren Erkenntnissen.

SV **Heinz Fromm:** In Bezug auf Antisemitismus?

BE **Josef Philip Winkler:** Ja, unter anderem auch.

SV **Heinz Fromm:** Dafür ist sicher nach unserem Erkenntnisstand die IGMG durchaus ein Beispiel, dass eine Entwicklung stattfindet, die wir auch gar nicht bestreiten. Wenn Sie die Ausführungen in den Verfassungsschutzberichten aus den 90er Jahren nachlesen und diese mit dem vergleichen, was wir heute schreiben, dann können Sie schon daran erkennen, dass wir die Entwicklung wahrnehmen. Es gibt eine Entwicklung, die darauf beruht, darauf ist auch schon vielfach hingewiesen worden, dass die Anhängerschaft der Organisation heute aus anderen Personen besteht als noch von 10,15 oder 20 Jahren. Es hat ein Generationenwechsel stattgefunden und ein solcher Wechsel gibt natürlich auch die Hoffnung, dass sich etwas im positiven Sinne ändert. Ich kann es nicht abschätzen, ich kann nur sagen welche Entwicklung wir in der Vergangenheit gesehen haben. Wenn Sie es am Thema Antisemitismus festmachen, dann ist zumindest festzustellen, dass die IGMG seit Mitte der 90er Jahre auf ausdrückliche Bekundung antisemitischer Positionen verzichtet – offiziell. Wie weit Antisemitismus in der Organisation und bei der Anhängerschaft noch eine bedeutende Rolle spielt, das ist eine andere Sache. Jedenfalls hören wir antisemitische Äußerungen bei dieser Organisation in den letzten Jahren nicht mehr. Das ist ein Teil eines Anpassungsprozesses. Aus Einsicht

oder mehr aus Opportunismus, das will ich nicht bewerten, es ist aber feststellbar. Es ist in jedem Fall positiv zu bewerten, dass dies jetzt nicht mehr praktiziert wird, ganz gleich, welche Motivation dahinter steht.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Ich bedanke mich. Es ist 12.50 Uhr und ich mache deshalb den Vorschlag, dass wir noch die Fragen der Kollegen für die nächste Runde zulassen und Sie sich bitte ein paar Notizen machen. Danach würden wir in die Mittagspause gehen und somit im Zeitplan bleiben und um 13.30 Uhr wieder anfangen könnten. Ich bitte auch die Kollegen, die sich zu Wort melden, ein bisschen gezielt auf das Thema „Einfluss auf Bildungseinrichtungen“ zu gehen. Als Nächste dann bitte Frau Köhler.

BE **Kristina Köhler (Wiesbaden)** (CDU/CSU): Herzlichen Dank Frau Vorsitzende. Frau Dantschke, zuerst einmal eine kurze Bemerkung zu dem Video, das wir gerade gesehen haben. Ich glaube, das entscheidende Wort war „total“. Ich glaube, wir haben es hier mit einer neuen Form von Totalitarismus zu tun, mit einer totalitaristischen Ideologie, so ist mein Eindruck.

Ich möchte erst einmal kurz zu einer These kommen. Es scheint mir ein gemeinsamer Nenner der meisten Ihrer Aussagen zu sein, dass Sie einen bestimmten Mechanismus beschreiben. Sie sagen alle, man muss differenzieren. Natürlich! Man muss zwischen Islam und Islamismus differenzieren und man muss beim Islamismus differenzieren zwischen einem legalistischen und einem gewaltbereiten Flügel. Dann, zumindest bei Herrn Nagel und Herrn Kandel, kam auch die These vom Feindbild Islam. Ich glaube, dass der Mechanismus der ist, dass, wenn wir differenzieren zwischen Islam und Islamismus, wir uns dann aber auch selbstbewusst gegen den Vorwurf wehren müssen, wir würden „alle in einen Topf werfen“. Das ist ein ganz beliebter Vorwurf, um die, die den Islamismus kritisieren mundtot zu machen, indem man ihnen vorwirft, ihr kritisiert den ganzen Islam und damit ist das eine Form von Rassismus. Ich glaube, dass wir uns genau dagegen wehren müssen, gegen diese These vom Feindbild Islam und sagen müssen, differenzieren natürlich, aber aus dieser Differenzierung heraus kritisieren wir den Islamismus ganz entscheidend und zwar sowohl den legalistischen als auch den gewaltbereiten. Ich habe das Gefühl, dass der legalistische Islam von uns

unterschätzt wird. Ich würde fast sagen, er ist gefährlicher als der gewaltbereite, denn es ist der Islam, der zumindest bei uns eine Art von Anerkennung findet. Sie haben hier die IGMG zitiert. Herr Nagel, Herr Senyurt und auch Frau Dantschke, ich frage Sie, ob Sie auch dazurechnen den Zentralrat der Muslime, denn man muss ja auch sagen, der Zentralrat der Muslime in Deutschland ist ein geschickter Name, der quasi eine Analogie zum Zentralrat der Juden suggeriert. Was teilweise auch dazu führt, dass die beiden nebeneinander in Talkshows sitzen. Es würde mich interessieren, welchen Gang empfehlen Sie mit dem legalistischen Flügel und vor allem, wie bewerten Sie den Dialog, der doch von so vielen Seiten gefordert wird?

Eine dritte Frage zu dem Thema aufgeklärter oder säkularer Islam. Herr Nagel, Sie haben sehr eindrucksvoll beschrieben, dass der Islam ganz grundsätzlich einen Wahrheitsanspruch erhebt und zwar einen totalen Wahrheitsanspruch. Das lässt bei mir die Befürchtung aufblühen, dass es gewissermaßen einen aufgeklärten oder einen säkularen Islam zumindest nicht als Strömung gibt, sondern wenn, dann überhaupt nur bei einzelnen Individuen. Das frage ich Sie. Oder würden Sie doch sagen, nein, so schlimm ist es nicht. Es gibt auch einen aufgeklärten Islam als Strömung. Außerdem, wie können wir das hier in Deutschland als Politiker stützen? Wie können wir als Politik innerhalb des Islams in Deutschland „einen Aufstand der Anständigen“ provozieren? Was müssen wir dafür tun? Meine Frage ging an Herrn Nagel, Herrn Senyurt und Frau Dantschke.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Danke schön! Das war Frau Köhler von der CDU/CSU-Fraktion. Als Nächster bitte Herr Dr. Stadler von der FDP-Fraktion.

BE **Dr. Max Stadler** (FDP): Ich möchte mich an Prof. Steinbach und Prof. Schiffauer wenden. Sie haben beide die These vertreten, dass man sozusagen die Chancen nutzen muss, innere Reformen zu induzieren um die Weichen, wie Herr Steinbach sagte, in die richtige Richtung zu stellen. Ich habe auch ein wenig die Sorge bei Ihnen herausgehört, dass die Politik den richtigen Augenblick oder die günstige Gelegenheit versäumen könnte. Ich glaube, das ist, was man auf altgriechisch Kairos nennen könnte. Herr Prof. Steinbach, eine konkrete Frage dazu: Sie haben aus Ihrer Grundthese abgeleitet, dass man die dritte Generation von IGMG in den Dialog einbeziehen sollte und Sie sagten, insbesondere was den Bildungsbereich

anbelangt. Meine Frage an Sie wäre, wie man das konkret organisieren könnte, was Sie damit ganz konkret gemeint haben?

Herr Prof. Schiffauer, Sie haben gesagt, wenn man Druck erzeugt, etwa durch polizeiliche Kontrollen und ähnliches, dann gibt man den weiter und man verbaut sozusagen Reformchancen. Das ist ein einleuchtender Gedanke, aber auf Druck zu verzichten, bedeutet zugleich auch, ein Risiko einzugehen. In Ihren schriftlichen Darlegungen haben Sie geschrieben, der Druck, das seien z. B. Polizeikontrollen vor Moscheen oder Verweigerung der Staatsangehörigkeit. Wie kann uns aus Ihrem Grundgedanken heraus eine praktische Trennungslinie gegeben werden, wie viel Risiko man als Staat eingehen kann, etwa durch Zuerkennung einer Staatsangehörigkeit, und wo dies in Ihrem Sinne kontraproduktiv ist?

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Ich bedanke mich. Als Nächster bitte Kollege Geis von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Norbert Geis** (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren. Eine Vorbemerkung, Herr Schiffauer und Herr Steinbach, keiner von uns will den Kampf der Kulturen, das wäre das Letzte, was wir anstreben können. Deswegen haben Sie vollkommen Recht, wenn Sie ausführen, dass wir ins Gespräch kommen, dass wir Strukturen finden und aufrichten müssen, die es uns ermöglichen, mit den Muslimen in unserer Gesellschaft ins Gespräch zu kommen. Dass dies Gespräche auf unterer Ebene sein müssen und dass man nur sehr schlecht mit Organisationen reden kann, das ist auch ausgeführt worden.

Ich habe zwei Fragen an Herrn Senyurt, Herrn Kandel und Herrn Fromm. Sie, Herr Senyurt, sagten etwas, was bei uns Lächeln hervorgerufen hat, vom Geist der Verfassung. Sie haben aber damit wahrscheinlich genau das Richtige gemeint, nämlich die Verfassungsgrundsätze, so sagen es die Juristen, nur Sie haben es Geist der Verfassung genannt. Einer der wichtigsten Verfassungsgrundsätze ist die Neutralität des Staates. Wir haben die Trennung von Staat und Kirche, aber nicht nur das, das haben wir schon seit dem Investiturstreit, und wir haben die Trennung auch von Staat und Religion. Das haben wir seit der Reformation bis hin zur Aufklärung. Darauf basiert als wichtiger Verfassungsgrundsatz unsere Verfassung. Nun sagt

aber der Islam, wir – und das ist Auftrag des Propheten – wir wollen, dass die Muslime den Islam auf der ganzen Welt als Weltherrschaft, nicht nur als Religionsgemeinschaft, sondern als Weltherrschaft errichten und überall muss die Scharia herrschen. Die anderen Religionen dürfen zwar noch existieren, aber sie haben letztendlich nur die zweite oder dritte Geige zu spielen. Meine Frage: Ist dieser Grundansatz des Islam im Grunde genommen nicht, Herr Kandel, Herr Senyurt, ganz konkret verfassungswidrig? Verstößt er nicht gegen elementare Grundsätze unseres Grundgesetzes?

Die zweite Frage stelle ich an Herrn Fromm: Sie haben richtig ausgeführt, dass Terrorismus nicht ganz losgelöst betrachtet werden kann von dem Islam und dem Islamismus – ich differenziere natürlich dabei auch zwischen Terrorismus, Islam, Islamisten und Islamismus. Ist aber vielleicht nicht doch der Terrorismus letztendlich auch eine Form des Auftrags des Propheten, auch mit dem Schwert, also mit Gewalt, den Islam in dieser Welt auszubreiten und aufzurichten?

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Vielen Dank! Als Letzter in der Vormittagsrunde ist der Kollege Gewalt von der CDU/CSU-Fraktion. Herr Winkler, wir müssen dann erst einmal die Pause machen, ich bitte um Verständnis.

Abg. **Roland Gewalt** (CDU/CSU): Ich habe zwei kurze Fragen. In Berlin wird gegenwärtig versucht, von einigen gemäßigten Muslimen, ähnlich wie das in Frankreich nach der Entführung der Journalisten im Irak geschehen ist, eine öffentlich bekundete Abgrenzung zu gewaltbereiten Islamisten herzustellen und dieses auch öffentlich zu machen und nicht, wie das in der Vergangenheit geschehen ist, unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das geschieht zwar gegenwärtig, aber es ist außerordentlich schwierig und nach meinem Eindruck noch nicht von Erfolg gekrönt. Meine Frage an Sie, Herr Senyurt: Liegt das eher an Ängsten, die dort bestehen, Angst vor Repressalien im islamischen Bereich, oder an der fehlenden Überzeugung? Das ist für mich noch nicht klar erkennbar. Letzteres wäre natürlich weitaus dramatischer.

Eine zweite Frage: In einigen Bundesländern wird gegenwärtig lebhaft über die Form des Islamunterrichts an den Schulen diskutiert – kontrolliert, stark oder gar nicht

kontrolliert. Dazu würde mich die Meinung von Herrn Prof. Nagel und von Herrn Senyurt interessieren. Wie soll der Islamunterricht an den Schulen aussehen? Dass es ihn geben muss, ist meine feste Überzeugung. Man darf das nicht den Hinterhof-Koranschulen überlassen. Wie soll aber dieser Unterricht aussehen?

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich bedanke mich und bitte alle Experten, das eben Gefragte in Erinnerung zu behalten. Wir machen jetzt eine Pause. Weil wir aber sehr gut besetzte Zuschauerränge haben, dazu eine Bitte: Ich bitte ganz herzlich, dass die Sachverständigen und Abgeordneten, die danach gleich wieder ihrer Pflicht nachkommen müssen, Vortritt an den Essensständen haben. Es ist keine Privilegierung der Abgeordneten, aber sie haben eingeladen und müssen pünktlich wieder hier sein. Ich bitte um Verständnis. Guten Appetit.

### *Mittagspause*

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich darf Sie nach der Mittagspause alle wieder hier begrüßen und schlage vor, dass wir erst einmal die Antworten auf die gestellten Fragen hören und danach gab es noch Wortmeldungen. Anschließend sollten wir mit unserem zweiten Komplex, nämlich „Islamistischer Einfluss auf Bildungseinrichtungen in Deutschland“ beginnen, wobei ich sagen muss, damit es keine Missverständnisse gibt, dass wir dabei sofort in die Frage- und Antwortrunde einsteigen.

Es waren wieder alle Sachverständigen angesprochen. Herrn Präsidenten Fromm bitte ich deshalb den Einstieg zur Beantwortung der an Sie gerichteten Fragen zu machen. Bitte schön!

SV **Heinz Fromm:** Vielen Dank! Ich kann mich ganz kurz fassen. Herr Abgeordneter Geis, Sie haben gefragt, ob sich die Terroristen sozusagen durch den Propheten beauftragt fühlen, jedenfalls habe ich Sie so verstanden. Das ist ganz klar ein religiöser Auftrag, er wird so interpretiert. Die ganz große Zahl der Muslime interpretiert das nicht so, aber die terroristischen Gruppierungen verstehen das exakt so. Es ist eine religiös-motivierte Gewaltausübung. Darüber kann kein Zweifel

bestehen. Es ist eine Form Extremismus, die religiös-motiviert ist und ihrer ganz extremen Form gewalttätig-terroristisch.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich bedanke mich. Frau Dantschke, an Sie speziell die Fragen zum Umgang mit dem legalistischen Flügel.

SV **Claudia Dantschke:** Hier ist auch noch ganz speziell die Organisation Zentralrat der Muslime angefragt worden und wie es sich da verhält. Ich möchte eine Person zitieren, die im Kontext Zentralrat der Muslime sehr stark als Referent und Ehrenmitglied auf Konferenzen zu der Gemeinschaft spricht. Außerdem ist zurzeit auf der Homepage vom Zentralrat der Muslime ein Interview mit ihm veröffentlicht. Der Name dieser Person ist Murat Wilfried Hofmann, ehemaliger deutscher Botschafter a. D. und zum Islam konvertiert. Er hat, wenn wir jetzt darüber sprechen, was bedeutet legalistischer Islamismus – als Zukunftsvision – zwei programmatische Bücher geschrieben, die weit verbreitet sind. Einmal das Buch „Islam als Alternative“ und „Islam im 3. Jahrtausend“. Ein kurzes Zitat aus dem aktuellen Interview vom 30. August 2004 mit Islam.de, also der Homepage vom Zentralrat. Da sagt Dr. Hofmann: „Als eine Ideologie können wir uns mit Demokratie nicht anfreunden, aber als ein Mechanismus zur Verhinderung von Machtmissbrauch ist Demokratie nicht nur mit dem Islam kompatibel, sondern jeder anderen Regierungsform überlegen, denn nur Demokratie garantiert hinreichend, dass auch die Kontrolleure kontrolliert werden“ ... usw. Aktionsrahmen Demokratie, das kennen wir auch von einem islamistischen Philosophen, Maududi, der von einer Theo-Demokratie spricht, d. h. man geht nicht in den Kern. Allerdings ist zum Unterschied zur Diktatur, Monarchie und Willkürherrschaft das demokratische Modell als Aktionsrahmen zu begrüßen, aber nicht der Kern der Demokratie. Entscheidend ist in diesem ganzen Kontext Zentralrat der Muslime – ich möchte das auch nicht so formaljuristisch sehen, ob das alles Mitgliedsorganisationen sind, sondern es geht darum, welche Kreise werden von diesem multinationalen Netzwerk angesprochen – also innerhalb des Zentralrats der Muslime ist die Islamische Gemeinschaft Deutschland die relevante Organisation, wenn es um jugendliche Muslime, bildungsnahe Kreise, Mädchen und Jungen geht. Dann ist diese Organisation wichtig und es gibt da auch entsprechende deutsche Konvertiten, die diesen jungen Muslimen einen Fokus und eine Bedeutsamkeit in Richtung Europa, Leben in Deutschland geben. Das ist ganz



wichtig, denn es heißt, dass junge Menschen muslimischen Glaubens, die entweder nichtdeutscher oder auch bi-kultureller Herkunft sind, diesen ganz normalen Prozess der Identitätsfindung durchlaufen, wie jeder junge Mensch, der sich orientiert. Diesen jungen Menschen wird eine Bedeutsamkeit, eine Identität gegeben, also eine Identität, die sagt, es ist normal, dass du in Deutschland und in Europa lebst, du sollst dich hier engagieren, denn das Bedeutsame ist, Europa ist faktisch, was den Islam betrifft, ein jungfräuliches Gebiet und ihr seid hier, um das Wort Allahs zu verbreiten. Ihr seid hier, den Islam bekannt zu machen. Das gibt diesen jungen Menschen nicht nur eine klare Identität und ein klares Selbstverständnis, es gibt ihnen auch Selbstbewusstsein, eine Aufwertung und eine Aufgabe. Das sind alles positive Aspekte, die für junge Menschen sehr bedeutsam sind. Das ganze wird Ihnen komplett auch als eine positive Gesellschaftsalternative vermittelt, es wird an die sozialen Aspekte appelliert, die der Islam natürlich hat, z. B. Gerechtigkeit. Also alle Aspekte, die für junge Menschen wichtig sind, die sich für etwas Positives engagieren, werden mit hinein gegeben. Herr von Denffer, der vorhin da war, aber jetzt schon wieder weg ist, hat einen programmatischen Text dazu geschrieben, was das Thema der letzten Jahreskonferenz der Islamischen Gemeinde Deutschlands war – „Integration statt Ghetto“, wo die Vertreterin der muslimischen Jugend das dann in ihrem Statement umgesetzt hat: nämlich „Integration“ als „Heilemachen“ – „Saubermachen“, also abgeleitet von integer. Herr Denffer hat geschrieben, die Muslime sollten Integration nicht als „Teil werden“ oder „Teil sein“ der Gesellschaft verstehen, sondern als „sich beteiligen an der Gesellschaft“, also von einer passiven zu einer aktiven Rolle finden. „Wenn die Muslime ihre eigentliche Aufgabe wahrnehmen, nämlich ihren Mitmenschen hierzulande das Wort Allahs nahe zu bringen und den Menschen zu nützen, dann wird all das, worum man sich ansonsten so sehr bemüht, sich eigentlich von selbst erledigen.“ Das gibt den Jugendlichen eine ganz klare Aufgabe. Sie kommen auch weg von der ersten Generation, die in einer Art Opfermentalität stecken geblieben ist, die jungen Menschen sind selbstbewusst, sie wollen agieren. Wenn Riem Hawi – sie ist die Rednerin der muslimischen Jugend – auf der Jahresveranstaltung letztes Jahr das mit Bezug auf Ahmed von Denffer in einer Art und Weise formuliert und als Botschaft in die Gemeinde hinein postulierte: „Es ist jetzt die Jugend, die am Ruder ist und wir sind Teil dieser Gesellschaft“, und dann den Brückenschlag macht zu den Prophetengefährten: „Genau wie die Prophetengefährten, auch sie waren Teil ihrer Gesellschaft, und nur weil sie Teil ihrer

Gesellschaften gewesen sind, konnten sie diese Gesellschaften zum Besseren ändern. Auch das wollen wir, diese Gesellschaft sauber, heile machen“. Das sind hier die Kontexte. Mit diesem Bezug auf die Prophetengefährten wird es relativ deutlich, worum es geht. Wenn sie sich dann im gleichen Statement gegen Muslime wendet, die in ihrer Jugend den Islam anders interpretiert haben, so dass sie Schwierigkeiten hatte gegenüber Nicht-Muslimen zu begründen, warum sie koedukativen Unterricht ablehnt, dann geht es genau in diesen Punkt, der von Herrn Senyurt schon erwähnt wurde, also in diese Homogenität. Ich könnte hier noch mehr Zitate vorlesen, wo es auch wieder um Murat Hofmann geht, der die Trennung von Staat und Religion zur Ursache stigmatisiert für Kriminalität, Drogenkonsum, exzessive Homosexualität, aggressiven Internetautismus, wo also sämtliche Negativerscheinungen in ihrer radikalsten Form zusammengefasst und dargestellt werden. „Die gibt es nur, weil sich diese Gesellschaft von der Religion entfernt hat, weil diese Gesellschaft die Trennung von Staat und Religion durchgesetzt hat“, das sind die Botschaften, die in die Gemeinschaft hineingehen. Was wir nicht wissen ist, wie viele Jugendliche diese Botschaften in ihrer Reinform, wie ich sie geschildert habe, dann auch wirklich umsetzen. Das ist eine sehr große Grauzone. Danke schön!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Vielen Dank! Herr Dr. Kandel bitte.

SV **Dr. Johannes Kandel**: Ich möchte zu der Frage von Herrn Geis Stellung nehmen, der hier plakativ und drastisch gefragt hat, ist der Islam verfassungswidrig, weil er einen totalen Anspruch erhebt? Ich denke, jede Religion erhebt einen Wahrheitsanspruch und darin gleichen sich die Religionen. Das mag einem beim Islam mitunter besonders triumphalistisch daherkommen, der Islam als die „siegreiche Religion“ und im Dialog mag es auch befremden, wenn gesagt wird, der Islam habe Christentum und Judentum überboten und sei sozusagen die Erfüllung dieser beiden andern, es ist aber natürlich nicht verfassungswidrig. Das Erheben eines Wahrheitsanspruches in einem Staat, der die Religionsfreiheit als Grundrecht dokumentiert, das ist nicht verfassungswidrig! Religion ist eine öffentliche Angelegenheit, nicht nur eine private. Natürlich ist jede Religionsgemeinschaft ausdrücklich befugt, wir kennen die einschlägigen Bundesverfassungsgerichtsurteile, dazu auch in der Öffentlichkeit Mission zu betreiben. Das ist sicherlich alles von der

Verfassung gedeckt. Aber die Grenze der Religionsfreiheit wird da überschritten, wenn aus einem Wahrheitsanspruch ein politischer Gestaltungsanspruch wird und zwar ein totaler politischer Gestaltungsanspruch. Wenn genau das verhindert wird, was wir hier angesprochen haben, eben Respekt vor Differenz. Wenn die Gleichberechtigung der Religionen im säkularen Staat in Frage gestellt wird. Wenn die Trennung von Staat und Religion in Frage gestellt wird. Wenn, um es etwas anders zu formulieren, Säkularität als das friedensverbürgende Rechtsprinzip für den Frieden der Religionen und Kulturen in Frage gestellt wird. Wenn dies von einer Religion postuliert wird, wenn ein solcher politischer umfassender Gestaltungsanspruch erhoben wird, dann ist für mich die Grenze der Religionsfreiheit erreicht. Oder, wenn etwa eine Religion den Religionswechsel in Frage stellt. Wenn man von einer Religion in die andere nicht wechseln kann und mit Sanktionen bedroht wird, möglicherweise sogar mit der Todesstrafe, da ist die Grenze der Religionsfreiheit überschritten. Oder, wenn eine Religion den Anspruch erhebt und ihre Mitglieder darauf verpflichtet, und dies auch politisch durchsetzen will, dass ein Angehöriger einer Religion keine Angehörige einer anderen Religion heiraten darf, dass also ein Heiratsverbot erteilt wird. Das ist natürlich ein Verstoß gegen die allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 16. Hier ist die Grenze der Religionsfreiheit erreicht. Ich denke, als ein Thema für den Dialog und für den Diskurs wäre es wichtig, dass wir zwischen den Muslimen und auch im Austausch von Muslimen und Nicht-Muslimen genau über drei Begriffe diskutieren sollten, die immer wieder durcheinander geraten in der innermuslimischen Debatte; Säkularität, Säkularisierung und Säkularismus. Ich habe immer den Eindruck, dass Muslime sehr schnell die Säkularität als das friedensverbürgende Rechtsprinzip, das die Gleichberechtigung von Religionen definiert, verwechseln mit Säkularismus. Das heißt, einer Ideologie, einer Weltanschauung, die Religion aus dem öffentlichen Leben verbannen will. Hier gibt es teilweise eine heillose Verwirrung. Ich habe das in einer Reihe von Dialogveranstaltungen, vor allem mit Jugendlichen erlebt. Es ist den Jugendlichen in keiner Weise eine Schuld zuzuweisen, es ist aber genau das, was sie hören und lesen und worüber sie informiert werden im islamischen Milieu und in den Kreisen, in denen sie sich bewegen, etwa in Moschee-Vereinen. Dies ist ein großes Problem und darüber sollten wir diskutieren.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch noch die durchaus positive islamische Charta des Zentralrats der Muslime erwähnen. Ich sage generell positiv, denn es ist wirklich der Versuch gewesen, eine Grundsatzerklärung abzugeben und eine Stellungnahme zu formulieren, wie Muslime sich das Leben in einem nicht-muslimischen Staat vorstellen. Aber auch hier gibt es erhebliche Widersprüche und Unzulänglichkeiten. Etwa wenn in These 8 der Islamischen Charta gesagt wird, der Islam sei Glaube, Ethik, soziale Ordnung und Lebensweise zugleich. Man könnte sagen, das ist der Wahrheitsanspruch, man will ganz öffentlich die Gesellschaft durchdringen, das macht man offen. Aber, verbirgt sich da vielleicht ein politischer Gestaltungsanspruch dahinter? Zumindest diese Frage sollte man stellen. Wenn man in der Islamischen Charta weiter liest, findet man viele positive Bemerkungen zur freiheitlichen Demokratie, zur gewaltenteiligen Demokratie, zum Rechtsstaatsprinzip usw. Dann muss man sich fragen, ist das miteinander stimmig? Wird in These 8 ein politischer Gestaltungsanspruch erhoben, der dann später wieder relativiert und zurückgenommen wird? Hier muss man weiter diskutieren. Ich hoffe sehr, das ist mir von Vertretern des ZMD auch mehrfach versichert worden, dass sich die Islamische Charta in einem Prozess der Erneuerung und Modernisierung befindet. Ich freue mich darauf, wenn es dann ein neues Dokument gibt, mit dem man sich auseinander setzen kann, wo vielleicht die Unzulänglichkeiten bereinigt sind. Vielen Dank!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich bedanke mich und gebe an Herrn Prof. Nagel weiter.

SV **Prof. Dr. Tilman Nagel:** Eine der Fragen, die an mich gerichtet wurden, ging dahin, ob wir den legalistischen Islam unterschätzen. Dieser legalistische Islam kreist natürlich um die Vorstellung, die in Sure 3 Vers 110 zum Ausdruck gebracht wird, wo an die Muslime gerichtet gesagt wird: „Ihr seid die beste Gemeinschaft, die je für die Menschen gestiftet worden ist. Ihr gebietet, was Recht ist und verbietet, was Unrecht ist und glaubt an Allah usw.“ Das ist die Kernvorstellung, die diejenigen, die den legalistischen Islam vertreten, prägt. Diese Kernvorstellung beinhaltet selbstverständlich einen Dominanzanspruch, der ist gegenüber allen anderen hier ganz massiv ausgedrückt, etwa Gesellschaftsformen, Religionen usw. Das heißt, auch der sog. legalistische Islam kann in Wirklichkeit nicht einen Weg finden zur

Anerkennung einer pluralistischen Gesellschaft. Eine pluralistische Gesellschaft anerkennen, bedeutet auch, festzustellen, dass es unterschiedliche Wege gleicher Art gibt, die miteinander ringen. Das ist völlig ausgeschlossen, ich habe noch keine Äußerung aus dem legalistischen Islam gelesen, die in dieser Hinsicht der Gesellschaft, die mit unserer Verfassung zusammenhängt, entgegenkommt.

Zur Frage Zentralrat. Es ist vieles schon gesagt worden durch Herrn Kandel. Ich kann mich erinnern an einen Vortrag, den der genannte Herr Hofmann in Göttingen vor einer islamischen Studentengemeinde gehalten hat, in dem er einfach gesagt hat, es habe ja in Deutschland schon einmal zweierlei Recht gegeben. Das war nicht so ganz richtig. Er meinte im Kaiserreich, da hatte der Adel bestimmte Privilegien, also warum sollte es das nicht wieder geben.

Die weitere Frage nach dem aufgeklärten Islam, ob es den gäbe: Es gibt in der Tat Bestrebungen, den Islam zu definieren als ein System von Ritualen zur Gottesverehrung. Der erste Versuch im 20. Jahrhundert dies zu verwirklichen, liegt in Ägypten unter König Fuad, wo man versucht hat, die Bestimmungen über die Riten und über alles, was mit Moscheen zusammenhängt, zu vereinen und in einer Art Gesetzeskorpus zusammenzufassen und dann verbindlich zu machen. Ein Versuch, bei dem man aber alle Vorschriften der Scharia, die über die Ritenverehrung hinausgehen, weggelassen hat. Das war ein Versuch, eine solche Art von Islam zu etablieren. Im Laufe der Entwicklung ist dieser Versuch aber aufgegeben worden. Schon in den 50er und 60er Jahren bemerken wir, dass man alles das zusammenträgt, was das Scharia-Recht zum Inhalt hat, um es aufzuarbeiten und als einen Gegenentwurf zu präsentieren gegen die Anleihen aus dem europäischen Recht, die in der islamischen Welt üblich geworden waren. Aufgeklärten Islam von Staats wegen einführen, das ist also gescheitert. Dennoch gibt es diese Ideen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Republikanischen Brüder im Sudan verweisen. Eine Gemeinschaft, deren Idee es war, die Koranischen Bestimmungen und die Sunna als historische Dokumente zu betrachten und aus ihnen allgemeine ethische Vorschriften für politisches Handeln abzuleiten. Eine Vorstellung, die auch nicht neu war, sondern wir haben in der Zeit des frühen Islam, vom 8. bis 10. Jahrhundert, eine verhältnismäßig breite Strömung gehabt, die auch diese

Historisierung des Propheten und seines Werkes propagiert hat, das ist aber durch den sunnitischen Islam besiegt worden.

Zur Frage, was können oder sollen wir tun, um die Muslime, die gerne in einer pluralistischen Gesellschaft leben und die sich auch deren Prinzipien zu eigen machen, zu schützen? Ich bin der Auffassung, dass wir es versäumt haben, wirklich inhaltlich mit den verschiedenen islamischen Gemeinschaften, Zentren usw. ins Gespräch zu kommen und diesen auch zu sagen, was wir von ihnen erwarten und uns vorstellen. Es ist in der Tat so, dass in der Regel in den islamischen Zentren und Moscheen ganz seltsame Vorstellungen über das Wesen einer pluralistischen Gesellschaft im Umlauf sind. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass, wenn man in solchen islamischen Zentren einen Vortrag hält und diese Dinge unumwunden benennt, man nicht nur auf Ablehnung stößt, sondern auch auf die Antwort: „Das haben wir alles gar nicht gewusst, es ist zum ersten Mal, dass uns ein Deutscher sagt, was die Deutschen von uns erwarten.“ Hier wäre durchaus ein Feld, das dringend bestellt werden muss, nicht im Rahmen des Dialogs der Kirchen usw., der ja meistens damit endet, dass die nicht-muslimischen Dialogpartner sagen, wie schön sie den Islam finden, sondern hier ist ein Ansatz, der aufgegriffen werden sollte und wo man auch aktiv werbend für unsere Gesellschaft und unser politisches System eintritt.

Damit im Zusammenhang steht natürlich der Religionsunterricht, nach dem ich auch gefragt worden bin. Meine Überzeugung ist, dass man den Religionsunterricht nicht den islamischen Gemeinschaften überlassen kann. Vielmehr muss im Benehmen mit gutwilligen Muslimen detailliert ein Schul- und Unterrichtsprogramm entworfen werden, so, wie wir das in Nordrhein-Westfalen lange Zeit gemacht haben. Ich habe da viele Jahre mitgearbeitet und weiß, dass das sehr schwierig ist. Es ist z. B. schwierig, schon im ersten Schuljahr Grundlagen dafür zu legen, dass die Sure 3 Vers 110 mit dem absoluten Geltungsanspruch nicht erst Wurzeln fassen kann, sondern dass den Kindern beigebracht wird, es gibt nicht nur den Islam als die schönste Gemeinschaft, sondern daneben gibt es eine Reihe anderer, die auch gleiches Recht haben. Das ist eine heikle Problematik, die aber auch im Zusammenhang mit muslimischen Lehrern durchaus gelöst werden kann, wenn man bereit ist, über Jahre daran zu arbeiten.

Zur Frage von Herrn Gewalt, warum es so schwierig ist, dass sich Muslime gegen den Terrorismus erklären. Einmal mag da die Angst vor Repressalien eine Rolle spielen, zum anderen, dass die muslimischen Terroristen durchaus nach den Regeln und Grundsätzen des schariatischen Rechts argumentieren. Ich habe hier von einem Kollegen einen Auszug aus dem Internet, aus der Zeitschrift „Sawt al Jihad“, die Stimme des Dschihad, die bin Laden nahe stehen soll. Darin findet sich vollkommen nach den Regeln des islamischen Rechts dargelegt eine Abhandlung, unter welchen Voraussetzungen der Emir zum Dschihad aufrufen darf. Das heißt also, alle Argumente, die von diesen Gruppierungen vorgetragen werden, haben natürlich ihre Wurzeln im legalistischen Islam und es handelt sich bei diesen Terroristen nicht, wie wir vielleicht meinen, um Personen, deren Gedankenwelt sich vollkommen außerhalb dieses legalistischen Islams bewegt, das wäre ein Irrtum. Ich glaube, damit habe ich alle Fragen, die an mich gestellt worden sind, beantwortet. Vielen Dank!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Vielen Dank! Ich gebe weiter an Herrn Prof. Schiffauer.

SV **Prof. Dr. Werner Schiffauer**: Ich würde gerne zunächst einmal auf das Video eingehen, das Frau Dantschke gezeigt hat und zwar deshalb, weil es zeigt, wie die Debatte vergiftet werden kann und wie argumentiert wird. Das Video, das weiß Frau Dantschke, stammt nicht von einem Vertreter der Milli-Görüs, sondern es war in der Tat jemand, der von Milli-Görüs eingeladen war, der aber einen äußerst interessanten Punkt gemacht hat. Er hat nämlich den Punkt gemacht, dass Islam in Europa in einer nicht-islamischen Gesellschaft praktisch nicht möglich ist. Das ist ein Punkt, von dem sich die Gruppe der Reformer, die die Führungsspitze in der Milli-Görüs inne hat, also keine peripheren Leute, seit ungefähr 1999 absetzt und dies auch dokumentiert, indem sie dem Islame European Council for Fatwa and Research beigetreten ist. Das ist eine Fatwa-Kommission, die explizit einen Islam für Minderheiten begründen will. Dieses Unterfangen war umstritten in der islamischen Welt. Wie wir im Video gesehen haben, wurde die Position vertreten, der Islam ist „eins überall an jedem Ort“. Es gab auch die andere Position, nämlich die Forderung, den Islam in der besonderen Situation in Europa, im Rahmen des säkularen Rechtsstaates weiter zu entwickeln. Das ist die Suche, die interessant ist. Bei den

Gruppen, mit denen ich in den Dialog treten möchte, geht es um Gruppen, die eine schwierige Suche vollziehen. Die nämlich einerseits, das nenne ich orthodox, an der Wahrhaftigkeit der Offenbarung festhalten, an der Absolutheit der Religion, die andererseits aber versuchen zu überlegen, wie man diese Auffassung mit der europäischen Demokratie vereinbaren kann. Diese Suche haben die christlichen Gemeinschaften hinter sich. Die katholische Kirche hat sie mit großen Bauchschmerzen 100 Jahre lang betrieben. Im vatikanischen Konzil hat sie sich schließlich zu einer Position durchgerungen. Ich möchte auch an die letzten Stellungnahmen des Papstes erinnern, zu Gleichwertigkeit der Geschlechter, der Gleichberechtigung sowie auch an die Äußerungen des Kardinals Ratzinger, die ich auch respektiere.

Es gibt also durchaus Gemeinden, in denen gesucht wird, wie man den Absolutheitsanspruch der Religion mit der real existierenden Ordnung in Einklang bringen kann. Das ist aber, Frau Köhler, alles andere als totalisierend. Das ist eine offene Suche mit offenen Fragen und Antworten, betrieben von frommen Menschen. Das sind nicht meine Antworten und das sind auch nicht die Antworten, die ich in meinem Privatraum umsetzen würde, aber ich werbe für Respekt für religiöse Positionen, der hierzulande in einer durch und durch säkularisierten Gesellschaft abhanden gekommen ist. Orthodoxie heißt eigentlich Rechtgläubigkeit und Festhalten an der Offenbarung und der Versuch, dies in Einklang zu bringen mit unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Zum Zweiten: Wo setze ich tatsächlich die Grenzen mit den Sicherheitsfragen? Ich würde den Appell machen, dass man diese Sachen nicht immer nur den Juristen und den Politikwissenschaftlern überlässt. Als Soziologe sehe ich die Konsequenzen der Polizeikontrollen, die in Baden-Württemberg an den Moscheen gemacht wurden. Ich habe mir im Vorfeld die Resultate angesehen; es ist bei den drei Polizeikontrollen, bei denen über 1.000 Beamte im Einsatz waren, nichts herausgekommen, es wurden nur Bagatellen festgestellt. Was aber umgekehrt produziert wird, ist eine extreme Verunsicherung und ein Hass. Die Maßnahmen sind nicht nur reine Ausweiskontrollen. Wenn man vor einer Milli-Görüs-Moschee kontrolliert und der Name notiert wird, kann man damit rechnen, dass der Antrag auf Staatseinbürgerung abgelehnt wird. Das habe ich in einem Protokoll einer Anhörung in Aschaffenburg



gelesen. Der Nutzen dieser Polizeikontrollen ist gleich Null. Was sie aber stiften, ist Wut, vor allem bei jugendlichen Gemeindeangehörigen, die Älteren müssen sie einbinden und zurückhalten. Die Angst, die ich vor solchen Maßnahmen habe, ist, dass junge Leute tatsächlich dann in die Ultraorthodoxie getrieben werden, mit dem Argument, hier wird man sowieso belästigt, es wird uns nachgestellt, es werden Unschuldige in die Islamisten-Ecke gestellt.

Abschließend zur Frage wen man ansprechen kann. Sollte man mit den Gemeindemitgliedern reden, wie Herr Senyurt vorschlägt? Das ist eine schöne aber unrealistische Vorstellung. Es ist genauso, als würde man die Stellung der Kirchen aushandeln wollen indem man mit den Katholiken vor Ort in Deutschland redet aber nicht mit der katholischen Kirche. Die Organisationen sind weniger Verführer des Volkes, wie es immer dargestellt wird, als dass sie Anbieter auf einem Markt sind. Religionssoziologisch handelt es sich um den Mechanismus von Angebot und Nachfrage. Es gibt eine Nachfrage bei den Gläubigen, es wird von den Gemeinden ein Angebot gemacht, das Angebot greift das religiöse Bedürfnis auf und gibt ihm damit eine Form. Das Angebot der Gemeinden kann an den Gläubigen nicht vorbeigehen. Insofern muss man mit denen reden, die sich auf dem religiösen Markt durchsetzen. Sie vertreten die Gläubigen. Es führt kein Weg daran vorbei, man muss den Dialog mit den Gemeinden pflegen. Danke schön!

Vors., **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich wollte eigentlich zügig fortfahren, aber Frau Dantschke drängt darauf, noch einmal ganz kurz zu Wort kommen, da hier zwischen den Experten evtl. Meinungsverschiedenheiten aufgetreten sind. Bitte ganz kurz, Frau Dantschke.

SV **Claudia Dantschke:** Erstens habe ich nie gesagt, dass Engin Noyan Mitglied oder Funktionär oder irgendetwas bei Milli-Görüs ist, deshalb kurz eine Erklärung dazu. Engin Noyan ist ein Einzelkämpfer, er bezieht sich auf Leopold Weiß, einen Mitteleuropäer, der zum Islam konvertiert ist und als Mohammad Asad eine sehr bedeutende mitteleuropäisch-islamische Figur ist. Leopold Weiß lebte in Österreich-Ungarn. Die Position von Münib Engin Noyan ist bekannt. Man hat es gesehen, er hält sie nicht hinterm Berg, nirgendwo, nicht bei mir und auch nicht anderen gegenüber. Was ich gesagt habe ist, dass der Milli-Görüs Landesverband

von Baden-Württemberg trotz Bekanntheit dieser ganzen Positionen, nicht nur in Baden-Württemberg, auch hier in Berlin, ihn als wichtigen Referenten in die Gemeinde hineinbringt. Darum ging es mir.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Als Nächster bitte Herr Senyurt.

**SV Ahmed Senyurt:** Ich habe heute, gerade bei dem Vortrag von Prof. Schiffauer, wo wir zum Teil deckungsgleich sind, viel gelernt. Ich wusste nicht, dass die IGMG beim „European Fatwa Research“ Mitglied ist. Das wirft ja völlig neue Blicke auf, denn der Chef dieses „European Fatwa Research“ ist Dr. Yussuf Qaradawi. Dr. Yussuf Qaradawi ist jener Scheich, jener Geistliche, der momentan maßgeblich die Interpretation des Islam in der arabischen wie auch in der westlichen Welt bestimmt, indem er Selbstmordattentate legitimiert. Er rechtfertigt religiös motivierte Gewalt gegen andere. Und er rechtfertigt auch die Stellung der Frau in einem patriarchalischen Gesellschaftsmodell. Deswegen bin ich Herrn Schiffauer auch dankbar, denn das ist jetzt eine ganz neue Perspektive.

Das Zweite ist zur Sache mit dem Dialog. Es ist nicht so, dass wir heute mit dem Dialog angefangen haben, sondern wir sind seit 15 / 20 Jahren im Dialog und es gibt Erfahrungswerte. Diese Erfahrungswerte führen dazu, dass man das Gefühl hat, dass islamische Organisationen keine Folie für Selbstreflektion haben. Das heißt, die eigene Geschichte in Deutschland wird überhaupt nicht reflektiert. Verbindungen z. B. zum bewaffneten Kampf in Bosnien oder in Tschetschenien werden nicht reflektiert. Die Aktivitäten von humanitären Hilfsorganisationen, bei denen Leute abgezockt werden, das spielt keine Rolle, es wird nicht reflektiert. Deswegen bin ich dafür und bleibe auch dabei, den Dialog mit islamischen Organisationen erst einmal auf Eis zu legen. Was nützt der Dialog mit den Funktionären, wenn an der Basis überhaupt nichts zusammenwächst. Sie können die ganze Zeit am Tisch sitzen und dialogisieren, letztendlich aber in den Vierteln, da wo Politik aktiv gestaltet wird, da gibt es keine Schnittmengen. Die Brücken sind kaputt und wir müssen diese aufbauen, damit wir die Funktionäre in die Pflicht nehmen können, Wir müssen fragen, das was ihr gesagt habt, trifft das tatsächlich an der Basis zu? Sie werden feststellen, das wissen Sie auch, dass das nicht zutrifft.

Der aufgeklärte Islam, so wie Frau Köhler es gesagt hat „der Aufstand der Anständigen“. Der Aufstand der Anständigen wird nur dann kommen, wenn diese Gesellschaft eines akzeptiert, nämlich, Deutschland ist nicht mehr homogen. Sie müssen akzeptieren, dass der Islam ein Bestandteil dieser Gesellschaft ist und er wird es bleiben. Er wird hier auch eine wirtschaftliche Kraft werden. Das müssen wir endlich akzeptieren. Wenn wir dieses akzeptieren, schaffen wir Möglichkeiten für Karrieren, d. h. wir schaffen Identifikation. Es gibt dann Möglichkeiten, wo Leute sagen, seht mal, der hat sich angestrengt und eingebracht und diesem möchte ich nacheifern. Bis jetzt haben wir diese Beispiele leider nicht. Weder in den Medien, vielleicht in der Politik, aber im Großen und Ganzen existiert das nicht.

Sie fragten, ob der Islam, wie Herr Dr. Kandel gesagt hat, kompatibel oder vergleichbar ist mit der Demokratie. Herr Dr. Kandel hat einiges ausgeführt, das möchte ich nicht wiederholen. Eines aber möchte ich Ihnen ganz bescheiden mit auf den Weg geben: Religion wird von Menschen gemacht, der Islam speziell von islamischen Theologen. Jener Dr. Yussuf Qaradawi, von dem ich gerade gesprochen habe, ist einer der einflussreichsten islamischen Gelehrten in dieser Welt, gerade auch in Europa und im Nahen Osten. Ich denke, wir müssen uns mit den Inhalten, die er macht, vor kurzem noch in London gemacht hat, indem er Selbstmordattentate als legitime Mittel des bewaffneten Krieges und Kampfes ausgibt, auseinandersetzen. Das ist eine Frage, bei der wir sagen müssen, diese Verbindung mit Terror kann nicht sein und wir dürfen sie auch nicht stehen lassen. Wir müssen nachhaken und als demokratische Öffentlichkeit gerade bei den Muslimen nachhaken und fragen: Wie steht ihr dazu? Leider gibt es von den Verbänden dazu keinerlei Stellungnahmen. Nicht zum Terror, davon haben sich viele Muslime distanziert. Ich bitte Sie auch, das endlich wahrzunehmen. Es hat unendliche Anzeigen und Aufrufe gegeben. Muslime haben sich vom Terror distanziert und man muss Muslime auch nicht immer wieder über diesen Stock springen lassen. Deswegen sehe ich persönlich überhaupt keine Probleme in der Verbindung zwischen Islam und Demokratie, wenn wir es schaffen und wenn die europäische Öffentlichkeit es schafft, genau jenen Kräften ihr Ohr zu schenken, die das versuchen. Diese Islamgelehrten leben im Asyl in Deutschland oder in anderen europäischen Ländern. Diese Kreise muss man stärken. Solange aber die Politik so ist, dass man z. B. in den Bildungsunterlagen der König-Fahd-Akademie das Erziehungsziel zum Töten

anderer hier in Deutschland hinnimmt – die König-Fahd-Akademie, eine saudische Diplomatenschule – und dann sagt, ja das gehört zu Diplomatie, wie wollen wir dann Vorbilder für den Diskurs mit den Muslimen sein. Müssen wir uns nicht selber hinterfragen, welche Grundwerte haben wir und schaffen wir es, diese Grundwerte mit den islamischen Gemeinschaften – es gibt viele – hier deckungsgleich zu machen. Wenn wir sie deckungsgleich haben, dann sollten wir mit diesen Kreisen diskutieren und dem Rest sagen, kommt wieder, wenn ihr soweit seid. Dafür müssen wir aber natürlich den Mut haben.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Vielen Dank! Bitte Prof. Steinbach.

SV **Prof. Dr. Udo Steinbach:** Ich möchte irgendwo beginnen, nicht systematisch, sondern um die Dynamik in der Diskussion hier zu erhalten. Dr. Yussuf Qaradawi, wieso findet er ein so breites Publikum? Er findet es deswegen, weil er sich in einer Situation artikuliert, in der in der islamischen Welt generell das Gefühl da ist, dass sie in einer Bedrohungssituation ist. Das heißt, wenn Qaradawi in einer Welt lebt, in der die Regeln des Spiels der internationalen Politik, des Völkerrechts, der UNO usw. respektiert würden, wäre die Stimme von Qaradawi marginal. Er findet deswegen Gehör in breiten Teilen der islamischen Öffentlichkeit, weil die Situation nicht so ist. Deswegen können wir diese ganze Diskussion, die wir hier führen, auch über den Islam in Deutschland, gar nicht von einer gewissen Befindlichkeit der islamischen Welt trennen, sie reflektiert sozusagen die globale Dimension. Dr. Yussuf Qaradawi hat nicht generell die Selbstmordattentate gerechtfertigt. Nein, das hat er nicht getan. Er rechtfertigt sie im Kontext des Palästinakonfliktes. Aber das wollen wir hier nicht ...

*Einsprüche aus dem Zuhörerkreis – ohne Mikrophon*

SV **Prof. Dr. Udo Steinbach:** Ich sollte vielleicht etwas vorweg sagen, bevor Sie einen falschen Eindruck bekommen. Heute höre ich, dass der Bundesinnenminister die Islamistenkonferenz verboten hat, die Anfang Oktober stattfinden sollte. Ich habe jedenfalls vom ersten Augenblick an gesagt, dass diese Konferenz verboten werden muss. Da, wo unsere Werte nicht nur in Frage gestellt, sondern auch angegriffen werden, wo ein Grundverständnis der Völkerverständigung verletzt und Hass

gepredigt wird, mit Blick auf das Verhältnis von Muslimen und Nicht-Muslimen in unserer Gesellschaft, da muss der Staat ein Zeichen setzen. Ich sage das, damit Sie mich nicht für einen Verharmloser halten. Wenn wir hier aber über Befindlichkeiten von Muslimen in Deutschland und in der islamischen Welt sprechen, dann können wir nicht nur über diese sprechen, dann müssen wir auch über uns sprechen. Wenn wir über die Frage von Demokratie sprechen, ist das zugegebenermaßen für viele Muslime ein Problem. Verstehen Sie aber bitte, die Masse der Muslime möchte eigentlich, wo immer sie leben, ob in Tunesien, in der Türkei oder in Afrika, einen Wandel der bestehenden politischen Strukturen haben. Das Problem ist, das Thema Demokratie ist zurzeit weithin in der islamischen Welt unten durch. Wir dürfen den Menschen in der Region die Begriffe und Strukturen unserer politischen Systeme nur dann anbieten, wenn wir sie selber davon überzeugen, dass das auch gut ist. Wenn wir der islamischen Welt mit Demokratie usw. kommen, das Erste ist, dass sie auf die doppelten Standards unserer Politik verweisen. Sie zeigen auf die andere Seite und sagen, das ist doch nicht eigentlich die Demokratie. Ist das die Demokratie, die ihr uns bringen wollt? Sie zeigen auf die Besetzung Palästinas und sagen, das soll die einzige Demokratie im Nahen Osten sein? Die Wahrnehmung ist also anders und wir müssen sehen, was machen die Israelis in palästinensischen Lagern oder in Raffa oder sonst wo. Die Situation ist so, dass wir uns im Augenblick der Propagierung unserer Werte, auch mit Blick auf die innere Sicherheit, doch ein bisschen im Wege stehen.

Ich denke, wir brauchen so etwas wie ein Bild von der Großwetterlage. Die Situation den Islam in Deutschland betreffend, die Perspektiven auf Ghettobildung, sogar die Perspektive auf Vehemenz, auf Gewalttätigkeit ist in gewisser Weise ein Teil des Ganzen. Wir haben über das Feindbild Islam gesprochen. Vielleicht haben Sie die Umfrage vor einer Woche gelesen vom Institut Allensbach; da werden Sie feststellen, dass wir vielleicht im Rahmen eines Feindbildes Islam leben. Wir leben jedenfalls in einer Situation, in der sich die Wahrnehmungen verdüstern, auf der einen sowie auf der anderen Seite. Dies muss nicht so sein und war auch nicht so. Wenn wir die islamische Welt betrachten bis zum 11. September, dann stellen wir fest, dass tatsächlich eine Wahrnehmung bestand, dass die alten bestehenden politischen Ordnungen irgendwo überlebt haben. Nur in der Art und Weise und vor dem Hintergrund dessen, was seit dem 11. September geschehen ist, insbesondere mit

Blick auf den Irak, auf Tschetschenien und auf Palästina, da haben diejenigen mit einem mal wieder das Sagen, wie die Dschihadis, die Radikalen. Die sagen: das haben wir doch eigentlich immer gesagt, wollt ihr irgendeinen Kompromiss mit dem Westen machen? Wenn Sie einen aufgeklärten Islam wollen, dann sehen Sie nach Indonesien. 40 Mio. Muslime in der Nahdlatulislam, einer islamischen Reformbewegung. Sehen Sie sich bitte auch die Diskussionen an, die im Iran heute geführt werden. Lesen Sie, was Herr Khatami veröffentlicht hat, die Botschaft der islamischen Republik hat das herausgebracht; oder vergegenwärtigen Sie sich den Dialog zwischen Herrn Herzog und Herrn Khatami.

Mein Plädoyer ist wirklich, dass wir das, worüber wir hier diskutieren, in einen breiten Kontext stellen. Vieles liegt in unserer Hand, manches liegt aber auch nicht in unserer Hand. Die islamische Umma, und das ist hier gemeint, Muslime empfinden sich sozusagen über Dinge betroffen, die weltweit passieren können. Das, was Herr Nagel zu Recht gesagt hat, Sure 3 Vers 110 „Ihr seid die beste Gemeinschaft“, kann man auch anders auslegen. Das kann man auch so auslegen, dass die islamische Welt im Augenblick Lichtjahre entfernt ist von dieser Vollkommenheit, über die der Koran spricht. Das ist das Problem der islamischen Welt und das wird Tag für Tag schlimmer, weil die Gewalttätigkeit größer wird, die wirtschaftlichen Differenzen usw. Das hat seine Auswirkungen in der einen oder anderen Weise bis in unsere Gesellschaft hinein.

Ich würde unter den Muslimen in Deutschland einmal eine Umfrage machen, was sie von der Weltherrschaft des Islam halten. Sie würden genauso müde lächeln, wie bei der Frage nach der Weltherrschaft der katholischen Kirche, der universalen Ausbreitung der katholischen Kirche. Das mag im Prinzip richtig sein, aber in der Realität ist es schlichter Unfug und nicht erst seit 1000 Jahren. Deswegen sind wir hier ständig in einem Dilemma. Wir sehen uns ein Video an und glauben, dass diese blöde Stimme, dieser Kerl da oben, für die Muslime spricht und wir hören uns Herrn Hofmann an, der für niemanden spricht. Zwischen denen, die wir immer zitieren, den Quellen, die wir lesen, das, was wir schriftlich weitergeben, und der gelebten Welt der Muslime, auch der Muslime bei uns, da bestehen etliche Differenzen, da liegen Welten. Wir können Propaganda nicht ignorieren, aber wir müssen so mit ihr umgehen, wie mit ihnen umgegangen werden muss, nämlich immer mit dem Blick

auf den realen Islam, auf den real existierenden Moslem. Die Durchführung einer Konferenz, wie sie für Anfang Oktober geplant war, wäre wahrscheinlich schädlich geworden. Deshalb habe ich auch von Anfang an dafür plädiert, dass sie verboten wird.

Zum Terrorismus, darüber habe ich schon gesprochen. Die Muslime insgesamt (99,9 %) verdammen den Terrorismus. Wenn es heute Menschen gibt, die den Terrorismus rechtfertigen, auch den Selbstmordterrorismus, dann hat das Gründe, die ich nicht gut finde, die ich aber aus einer islamischen Wahrnehmung heraus nachvollziehen kann. Vergessen Sie nicht, der Islam hat keinen, der für ihn spricht. Nicht eine Instanz, einen Papst, sie haben auch keine Kirche. Im Grunde empfindet jeder Moslem auf seine Art und Weise. Deswegen kann es Reaktionen, wie wir sie erwarten und fordern, schon deswegen nicht geben, weil die Strukturen anders sind.

Ich möchte noch auf die konkrete Frage von Herrn Dr. Stadler zurückkommen, die Einbindung von IGMG. Ich habe das in erster Linie mit Blick auf meine Hamburger Erfahrung gemeint. Ich sehe in Hamburg bei IGMG wirklich tief greifende Veränderungen, was das Verhältnis zu der Gesellschaft und zum Staat betrifft. Ich glaube in der Tat, bei allem, was der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz bemerkt hat, man muss sich wirklich überlegen, ob man immer noch mit allem richtig liegt, was man in einem offiziellen Bericht des Bundesamtes über Milli-Görüs usw. schreibt. Die Erfahrungen, die in Hamburg gemacht worden sind, sind die, dass die Leute an der Zentral-Moschee etwas tun wollen. Sie wollen sich um ihre Jugendlichen kümmern. Sie wollen die Problemfälle der dritten Generation in Hamburg durch zusätzlichen Unterricht und weiteres ändern. Sie bieten an: Prof. Steinbach, Sie und andere sind natürlich im Kuratorium. Das alles vollzieht sich unter der Aufsicht deutscher Nicht-Muslime. Dann steht aber die Behörde da und sagt, ihr seid Milli-Görüs, ihr bekennt euch dazu, ihr seid gewissermaßen des Extremismus verdächtig und das ist das Ende der Fahnenstange. Deshalb noch einmal das Plädoyer, was auch Herr Schiffauer vorgetragen hat, dass wir sehr viel offener und sehr viel differenzierter an die Dinge herangehen und uns jeden Einzelnen ansehen und uns nicht durch programmatische Äußerungen von letzten Endes abseitigen Theoretikern in die Irre führen lassen.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich bedanke mich. Ich finde, wir sind trotz dieser sehr lebhaften und sehr engagierten Beiträge immer noch bei der Selbstfindungsdiskussion, was das Verhältnis zum Islam ist und was die Definitionen betrifft. Wir müssten sehen, dass wir im letzten Teil des Hearings noch einmal die Frage nach den islamistischen Einflüssen auf Bildungseinrichtungen sehr dezidiert angehen. Ich bitte alle Anwesenden, sowohl die jetzt Fragenden als auch die Angesprochenen, so zu verfahren. Als Nächster bitte Herr Winkler und dann Herr Grindel und Herr Koschyk.

BE **Josef Philip Winkler:** Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Fromm. Die eher scherzhafte Anmerkung, die sich auf den Art. 3 GG, die Gleichberechtigung von Mann und Frau bezieht, als Ihr Beispiel, warum die IGMG beobachtet werden müsste, wegen der Gleichwertigkeit anstelle der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Ich verweise da auch als Katholik sehr ernsthaft auf die Äußerungen aus dem Vatikan und verbitte mir, dass Sie die Herbstversammlung der Bischöfe in Fulda jetzt beobachten, nur wegen dieser Dokumente aus dem Vatikan. Der ernstere Hinweis bezieht sich auf den Rückzug ins Private, Einzelner – und zwar u. U. eher fortschrittlicherer Kräfte – die mit Repressionen rechnen müssen. Das war eine These, die in den Unterlagen von Herrn Schiffauer stand, dass sich das negativ auswirken könnte. Mir ist aus Ihrer Antwort nicht ganz klar geworden, ob Sie auch eine solche Entwicklung sehen bzw. das Risiko, was daraus erwachsen könnte, dass der Rest der Gemeinschaft sich dann extremer entwickelt. Diese Frage richte ich auch an die Experten, weil sie dazu auch eine eigene Meinung haben.

Zu Bildungseinrichtungen hätte ich auch eine Frage. Sie haben sich sicherlich viele Gedanken gemacht, das war auch der umfangreichste Fragenkatalog. Ihre Vorschläge, wenn Sie welche haben, wie man mit den bereits bestehenden Bildungseinrichtungen umgeht und wie man sie u. U. aus Ihrer Sicht reformieren müsste, damit sie weiter so bestehen bleiben können.

Die letzte Frage an alle, die sich berufen fühlen, darauf zu antworten. Sehen Sie die Gefahr, die z. B. der Kollege Grindel auch regelmäßig formuliert, dass sich aus diesen Bildungseinrichtungen heraus Parallelgesellschaften entwickeln können?



Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** An wen dezidiert geht die Frage geht?

BE **Josef Philip Winkler:** An alle.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Her Kollege Grindel bitte.

BE **Reinhard Grindel:** Ich möchte einen Punkt zu Herrn Prof. Steinbach sagen. Was Sie von Hamburg sagen ist abwegig. Der Innensenator hat bewusst das Gesprächsangebot von IGMG ausgeschlagen, weil das, was sie beschreiben, nicht so ist. Wenn Sie mit der Schulleiterin der Schule Slomanstieg, die den höchsten Ausländeranteil hat, sprechen, dann würde sie Ihnen sagen, wie Integration systematisch von IGMG-Kräften in dieser Schule kaputt gemacht wird, wie sie und andere bedroht werden, insofern ist das nicht so einfach hinzunehmen, was Sie gesagt haben.

Ich hätte auch gerne noch ein paar Handlungshinweise an die Politik, weil wir das auch zum Ziel dieser Anhörung haben. Schließlich haben wir Friedrichshain-Kreuzberg sehr intensiv untersucht und haben dort auch in einer Untersuchung nachgewiesen, wie sich die Möglichkeiten, gerade an junge Frauen und Mädchen heranzutreten, verschlechtern, wenn sie in das Netzwerk von Parallelgesellschaften kommen, die sich nach meiner Einschätzung dort gebildet haben, wie Koranschulen, Freizeitaktivitäten, Islamwochen usw. Was können wir tun, um das aufzubrechen? Das hat ja auch bei der Kopftuchdebatte als politisches Symbol der Kennzeichnung islamisierter Räume eine Rolle gespielt. Eine Frage zu den Ganztagschulen. Mir sagen viele Lehrer, es wäre hilfreich, mit einem Ganztagsschulangebot zeitlich eine Chance zu haben, sich insbesondere mehr mit diesen jungen Mädchen zu beschäftigen. Ist das ein Weg und wie kommen wir dahin?

Eine Frage an Herrn Fromm. Hat der Verfassungsschutz Erkenntnisse über wachsende Propaganda in Moscheen und Koranschulen gegen Andersgläubige und gegen den Westen? Ihr Kollege Irrgang aus Hessen hat neulich gesagt, dass schon Kinder mit Feindbildern aufwachsen, war früher nicht zu spüren. Was heißt das für die Möglichkeit, überhaupt und gerade auch bei jüngeren Menschen Integration zu

praktizieren? Generell würde ich gerne wissen wollen, was wir bei dem Problem Koranunterricht und der Entwicklung von der Moschee zu einer ganzheitlichen, als Kulturzentrum zu bezeichnenden Einrichtung machen können.

Frau Vorsitzende, da es schon 14.30 Uhr ist, würde ich auch eine Frage aus dem dritten Teil stellen, die jedoch nach dem Motto, alles hängt mit allem zusammen, auch hierzu gehört. Wie bewerten Sie, Herr Präsident Fromm, die Einbürgerungskampagne, die gerade in einigen extremistischen Organisationen läuft? Die natürlich auch unsere Möglichkeiten verändert, uns von dem einen oder anderen Rädelsführer zu trennen und dadurch auch besonders gegen Integration gerichtete Aktionen zu beenden. Meinen Sie, dass wir hier auch auf gesetzgeberischen Wegen etwas tun müssten? Es ist mittlerweile ja auch so weit, dass wir wissen, dass etwa die Hälfte der Schüler an der König-Fahd-Akademie in Bonn deutsche Staatsbürger sind. Auch das hat natürlich Konsequenzen.

Eine letzte Frage an Prof. Nagel in Bezug auf die Auswahl von Imame. Wir waren mit einer Delegation des Innenausschusses in der Türkei und haben sehr dafür geworben, dass, wo immer es geht, Imame ausgewählt werden, die Deutsch sprechen können, die vielleicht sogar hier in Deutschland aufgewachsen sind und hier ausgebildet werden. Haben Sie den Eindruck, dass man dort die Chance hat, tatsächlich über diplomatische Vertretungen so etwas zu organisieren und hinzubekommen? Es ist eine Erfahrung, wenn man in der Türkei ist und mit Regierungsvertretern spricht, dann sagen sie, dass gerade zu diesem Thema eine neue Gesetzesinitiative auf dem Weg sei und dass sich nun alles bessern würde. Wenn man dann die Realität sieht, dann sieht doch manches anders aus. Ich glaube, dass die Frage Imam-Ausbildung und Vermittlung von Imame eine zentrale Bedeutung hat. Was kann man dazu unternehmen?

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Danke schön! Herr Koschyk bitte und dann Frau Akgün.

Abg. **Hartmut Koschyk:** Ich habe noch eine Frage zu dem Komplex, den Prof. Nagel angesprochen hat, der von dem Bemühen gesprochen hat, jungen Menschen, auch von frühester Jugendzeit an und im Hinblick auf den Religionsunterricht, stärker

integrative Ansätze zu vermitteln. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie sich für einen islamischen Religionsunterricht unter staatlicher Schulaufsicht ausgesprochen. Sie haben aber gesagt, wie wir das in Nordrhein-Westfalen hatten, Sie haben in der Vergangenheitsform gesprochen. Was hat sich hier geändert? Es ist jetzt nicht die unmittelbare Aufgabe des Bundestages, es geht mehr in die Länderhoheiten rein, aber was würden Sie an wichtigen Grundlagen formulieren, für eine solche islamische Religionsunterweisung junger Menschen unter staatlicher Schulaufsicht? Ich bin auch bei Gesprächen mit muslimischen Gemeindeangehörigen meines Wahlkreises auf eine Entwicklung aufmerksam gemacht worden, deshalb frage ich in den Kreis, ob es eine Tendenz gibt, dass vor allem Jugendliche teilweise aus Gemeinden sehr stark angeworben werden, an solchen ergänzenden Religionsunterweisungen internatsmäßig an Wochenenden teilzunehmen. Kinder und Jugendliche verlassen also am Freitag das Elternhaus, kommen Sonntagabend zurück. Eltern und andere Angehörige der Gemeinde sind etwas beunruhigt, was dann fernab vom Elternhaus in solchen internatsmäßigen Wochendend-Religionsunterweisungen an Inhalten vermittelt wird.

Nachdem Prof. Steinbach den heute vom Berliner Innensenator verbotenen sog. Islamistenkongress angesprochen hat, möchte ich dazu noch etwas sagen. Wir haben hier nur Medieninformationen, aber die Medieninformationen machen ja einiges deutlich. Es hat eine Information über dieses Vorhaben gegenüber dem Bundesinnenminister gegeben, es hat aber schon vor Monaten eine Information der inzwischen getrennt von ihrem Mann lebenden Frau eines der Initiatoren gegeben. Ich frage mich, was kann man tun, dazu will ich diesen Kongress nur exemplarisch nennen, und wie kann man bei Muslimen in Deutschland dafür werben, dass sie auch, wenn ihnen Vorgänge bekannt werden, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung dieses Landes und auch gegen Gesetze dieses Landes gerichtet werden, das zu tun, was wir von jedem Staatsbürger unseres Landes verlangen, dass er solche Erkenntnisse auch den Sicherheitsbehörden unseres Landes meldet? Ich habe den Eindruck, dass Zusammenarbeit aus muslimischen Gemeinden heraus mit staatlichen Einrichtungen unseres Landes auch mit einer Art belegt wird, d. h. ein Muslim verrät nicht, wenn ein anderer Muslim irgendwelche Vorhaben plant, die gegen Gesetze unseres Landes gerichtet sind. Was kann man tun, um diesen Kreis aufzubrechen, dass man sagt, es ist

staatsbürgerliche Pflicht, wenn Vorgänge bekannt werden, die gegen die Gesetze dieses Landes gerichtet werden und dass man dann auch mit den Sicherheitsbehörden dieses Landes zusammenarbeitet und auch Hinweise gibt. Etwas, worauf wir generell angewiesen sind und bei denen uns die Sicherheitsbehörden immer sagen, dass die muslimischen Gemeinden in Deutschland teilweise abgeschottete Gemeinschaften sind, wo die Sicherheitsbehörden im Hinblick auf extremistische gewaltbereite Bestrebungen nur sehr schwer an Erkenntnisse gelangen.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Vielen Dank! Als Nächste bitte Frau Akgün.

BE **Dr. Lale Akgün**: Ich habe eine Frage an Frau Dantschke und Herrn Senyurt, weil beide aus dem Medienbereich kommen. Es ist so, dass sich die islamistischen Gruppierungen auch sehr gerne in den eigenen Medien ausführlich darstellen. Ich möchte als Beispiel die „Islamische Zeitung“ benennen. Von Ihnen möchte ich gerne wissen, wie groß ist der Einflussbereich dieser islamistischen Medien und welche Zielgruppen werden angesprochen? Schaffen es diese Medien, junge Leute zu missionieren? Wenn ich im Internet bin, lande ich vielleicht auf der Seite von Muslim-Markt. Kann es sein, dass ich als Jugendlicher dann an dieser Gruppe hängen bleibe oder auch missioniert werden kann? Was kann man gegen diese Dinge machen? Dazu würde ich auch noch gerne Herrn Fromm fragen, weil die Inhalte von Muslim-Markt ja oft auch den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen, der Artikel wird dann am nächsten Tag aber wieder ganz schnell herausgenommen. Kann man gegen solche Dinge vorgehen? Wenn ja, wie?

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Danke schön! Als Nächste bitte Frau Köhler.

BE **Kristina Köhler (Wiesbaden)**: Herzlichen Dank! Ich habe zwei kurze Fragen. Es wurde eben schon die Frage angesprochen, wie das mit den Imamen läuft und wie diese rekrutiert werden. Die Frage geht an Herrn Prof. Nagel, Herrn Senyurt und Frau Dantschke. Wäre es Ihrer Meinung nach eine Lösung, zu sagen, Imame müssen in Zukunft bei uns in Deutschland an zu schaffenden islamisch-theologischen Fakultäten ausgebildet werden? Die zweite Frage dazu: Könnten Sie kurz umschreiben, inwiefern es auch innerhalb der Muslime in Deutschland Repressionen

gegen die nicht-islamistischen Muslime gibt und welche Mechanismen es gibt und wem sie ausgesetzt sind? Danke schön!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Danke schön! Bitte Herr Reichenbach noch.

Abg. **Gerold Reichenbach**: Meine erste Frage geht an Herrn Fromm und diejenigen, die das auch noch beantworten können. Es geht um die Finanzierung dieser Aktivitäten. Es ist doch so, dass das alles nicht unentgeltlich ist, oder dass dies ohne Geld passiert. Bei Druckschriften und auch bei diesen Internaten und Schulen sind durchaus erhebliche Geldströme mit im Spiel. Gibt es Erkenntnisse über diese Finanzierungsquellen, wohin erstrecken sie sich und wie findet die Finanzierung statt?

Zur zweiten Frage: Wir kennen aus der Diskussion über den internationalen Terrorismus, dass sozusagen eine dieser Grundlagen der Radikalisierung immer wieder die auch mit Geldmitteln zusammenhängende Verbreitung des Wahabismus in Verbindung gebracht wird. Meine Frage geht an diejenigen, die sich mit dem Islam und den Strömungen auseinandersetzen. Inwieweit spielt das auch bei uns eine Rolle und inwieweit ist dann auch die Kombination mit Finanzquellen eine Strömung, die einer offenen Diskussion mit dem Inhalt Islam eher entgegensteht?

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Damit beschließe ich diese Fragerunde. Ich habe festgestellt, dass einige zwar alle angesprochen hatten, aber mehrmals und intensiv wurden Frau Dantschke, Herr Fromm, Herr Prof. Nagel und Herr Senyurt um Stellungnahmen gebeten. Wir nehmen diese vier und danach die übrigen Sachverständigen in dieser Reihenfolge. Frau Dantschke, fangen Sie bitte wieder an.

SV **Claudia Dantschke**: Vielleicht zu der einen Geschichte ganz kurz und plakativ - zu den Imamen. Die Fragen gingen da in mehrere Richtungen. Was ich herausgehört hatte, es ging immer wieder in Richtung Sondergesetze. Davor kann ich nur warnen. Es darf kein Sondergesetz geben für den Kontext Islam. Wenn natürlich im Schulbereich bestimmte Gesetze und Anforderungen an das Lehrpersonal bestehen, man kann da nicht auf jedes Thema eingehen, weil gerade der Bildungsbereich sehr föderal strukturiert ist, d. h. wir haben natürlich hier in Berlin eine Gesetzeslage, die

dem Staat überhaupt keine Einflussmöglichkeit ermöglicht, während wir in anderen Bundesländern eine ganz andere Struktur haben – also, ich plädiere dafür, so lange bestimmten religiösen Gemeinschaften hier in Deutschland auch innerhalb der Gotteshäuser die Erziehung der Kinder ermöglicht ist, ich spreche hier auch von Scientology und von den Zeugen Jehovas, dann muss das möglich sein. Ich halte nichts davon, das zu ignorieren, weil es kleiner, marginal ist, also nur eine kleine Gruppe betrifft, während es sich hier in diesem Kontext um einen größeren Einfluss handelt, dass dann mit einer Sondergesetzgebung explizit anders zu bewerten. Wir haben in Berlin den Diskurs um den Moscheebau ein bisschen in diese Richtung, wo der Fakt Moschee an sich thematisiert wird und nicht der Träger. Das ist in der Kürze natürlich sehr plakativ formuliert. Wichtig ist aber, dass wir auf die Einflussmöglichkeiten bezogen, bestimmte Sachen zur Kenntnis nehmen. Die Zeitungen, die angesprochen sind, da brauchen wir nicht Muslime, die das in der Gemeinschaft zur Kenntnis nehmen, das können Sie auch an ganz normalen Kiosken sehen. Das hängt am Kiosk neben dem „Neuen Deutschland“, „Süddeutsche“, „FAZ“ und anderen. Man muss sich nur ein bisschen kundig machen. Ich habe es hier mitgebracht, die Zeitung „Vakit“ - da steht dann auf der Titelseite (die Zeitung wird hochgehalten und gezeigt) „Lanet sana yahudi“ – „Verflucht seiest du, Jude“, oder z. B. „Hitler hatte recht“, auch in der Zeitung „Vakit“. (Zeitung wird ebenfalls hochgehalten und gezeigt). Das ist also nicht nur die „Milli Gazette“, das hängt an deutschen Kiosken und wird da auch verkauft. Das ist eine erste Möglichkeit, und das gibt es dann auch in den Gemeinden. Wir kennen den Einfluss dieser Zeitung nicht, die tatsächlich verkaufte Auflage ist das Geheimnis der Verleger. Ich habe hier eine Stichprobe von einer kleinen – sorry, es ist nun wieder ausnahmsweise Milli-Görüs – es ist eine kleine Milli-Görüs-Jugendgemeinde im Internet, die unter sich im Internet eine Umfrage gemacht hat. Überschriften mit „Hangi gazeteye en çok güveniyorsunuz?“ – „Welcher von den aufgelisteten Zeitungen vertraust du am meisten?“ Dann sind alle türkischen Zeitungen aufgelistet und dabei kommt die „Milli Gazette“ mit 58,25 v. H. weg und „Vakit“ mit 26 v. H. Teilgenommen haben 285 Personen. Das ist nicht repräsentativ, das ist ganz wichtig. Das ist nur ein Einblick, den man bekommt. Bei dem man sich aber dann fragen muss, wie sieht es realistisch aus mit den Inhalten, die in diesen Zeitungen stehen? Bei „Muslim-Markt“, dem „Forum“ dort usw., das ist insofern jetzt interessant, dass die Diskussionen, die da stattfinden, zurzeit eher interessant sind für linksradikale,

quasi Konvertiten, die ihre kommunistisch-stalinistische Alternative inzwischen islamisch legitimieren. Die Diskurse sind fast nicht mehr bei „Muslim Markt“ unter Muslimen, sondern über alle möglichen Heils-Konzepte. Trotzdem ist der „Muslim Markt“ als Vernetzungsorgan wichtig, mit Rundmails usw., als ein Organ, das faktisch in die Gemeinschaft hinein bestimmte Vernetzungen übernimmt. Ansonsten ist es sehr wichtig, dass man sich mit der virtuellen Gemeinschaft auseinandersetzt. Wir haben sozusagen die gelebte Gemeinschaft, die Organisation. Wir haben aber auch eine sehr große, zum Teil organisierte, zum Teil freilaufende, internet-virtuelle muslimische Gemeinschaft, wo intensive Diskussionen stattfinden – übrigens inzwischen längst auf Deutsch, man braucht also auch keine Fremdsprachenkenntnisse. Dabei erfährt man, was die Jugendlichen eigentlich beschäftigt und was für Diskurse da laufen. In solchen virtuellen Gemeinschaften docken dann natürlich immer wieder Extremisten an, die versuchen, die Jugendlichen, die auf der Sinn-Suche sind, in bestimmte Richtungen zu lenken.

Bezugnehmen auf den Kiez und was können wir konkret tun im kommunalen Kontext. Das ist, glaube ich, eine ideologische Debatte, die Frage nach Ganztagschule oder nicht. Ich greife trotzdem den Aspekt Ganztagschule auf, weil damit der Nachmittag, also der Freiraum, thematisiert wird. Ob man das über die Ganztagschule macht, oder über niedrig-schwellige Angebote im Jugendfreizeitbereich im Kiez, wie z. B. hier in Berlin, wo ganz gezielt in bestimmten Milieus ein Common-Sens erreicht werden soll durch Gruppendruck, wo auch islamistische Organisationen „ihr Gutes“ dazu tun, wo praktisch Muslime wie junge Frauen unter einem bestimmten verhaltens-ethischen Druck geraten, in solchen Kiezen gibt es aber auch niedrig-schwellige Sozialangebote. Wir haben einen Integrationspreis, der in Berlin vom Integrationsbeauftragten gerade jetzt erst an zwei solcher Mädchenprojekte verliehen wurde. Das sind Angebote, die brauchen eine lange Laufzeit, d. h. das sind Angebote, die erst bei der direkten Wohnbevölkerung Vertrauen aufbauen müssen, also auch Angebote, wenn es nicht nur Mädchenangebote sind, sondern wenn Mädchen und Jungen zusammen diese Jugendfreizeiteinrichtung frequentieren wollen. In diesen Einrichtungen muss man sich mit solchen Themen systematisch auseinandersetzen. Antisemitismus ist heute hier viel zu wenig thematisiert worden als Feindbild. Es ist ein sehr gravierendes Feindbild und hat nichts mit Israel zu tun. Der Israel- oder Palästina-Konflikt ist die

ideale Basis für Populisten, um Jugendliche vor diesem Hintergrund plakativ zu radikalisieren, zu emotionalisieren. Hier muss viel tiefer in dieses Themenspektrum hineingegangen werden. Dabei können themenspezifische Angebote im Jugendfreizeitbereich ein wichtiger Punkt sein, auch die Schule oder die Zivilgesellschaft. Es gibt zahlreiche Kleinorganisationen. Ich denke, man sollte verhindern, dass eine Einstellung dominant wird.

**Vors. Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Danke schön! Herr Prof. Nagel bitte.

**SV Prof. Dr. Tilman Nagel:** Zunächst zur Frage, welcher Form die Repressalien sein können. Was ich erlebt habe ist, dass Gemeinden ihre Imame wegschicken, wenn sie sich nicht entsprechend den Vorstellungen dieser Gemeinde geäußert haben. Das sind aber Einzelfälle, ich kann daraus keine weiteren Dinge ableiten. Was viel wichtiger ist, war die Frage nach der Auswahl der Imame. Dieses Problem gibt es nicht nur in Deutschland, sondern bspw. auch in Ägypten, wo man versucht, irgendeine Kontrolle über diejenigen zu erlangen, die in zahlreichen Privat-Moscheen ihre Meinungen als Freitagspredigt zum Besten geben. Das Problem haben wir auch in den 90er Jahren gehabt in den islamischen Teilen der russischen Föderation. Hier stellte man auch fest, dass die Imame, die dorthin gelangt waren, im Grunde eine Propaganda gegen den bestehenden Staat und seine Rechtsordnung betrieben haben. In Deutschland sieht es so aus, dass in der Tat sehr viele Imame von der türkischen Organisation DITIP hierher geschickt werden, in Wahrheit aber auf ihre Aufgaben in Deutschland vollkommen unvorbereitet sind. Sie können meistens nicht einmal ein Wort Deutsch und haben nicht das geringste Verständnis für die Fragen, die ihre Gemeindemitglieder im Verhältnis zur deutschen Gesellschaft bewegen könnten. Die Antworten, die die Imame erteilen können, das sind die Antworten, die wir zum allgemeinen Feld des legalistischen Islam zuordnen können. Der jetzige zuständige Minister in Ankara hat aber Schritte unternommen, um diesem Übel ein wenig abzuhelpen. Mir hat ein Beamter des Ministeriums, den ich als meinen Schüler in Göttingen noch betreut habe, versichert, dass man versucht, die Imame, die hierher kommen, etwas auf ihre Aufgaben vorzubereiten, indem man sie nicht nur in der deutschen Sprache unterrichtet, sondern auch in Schnellkursen in den Grundlagen der deutschen Verfassung, der deutschen Gesellschaft unterweist. Ich meine, dass es z. B. ein konkreter Schritt wäre, dass man sich hier mehr engagiert,



nicht nur einen Schnellkurs von drei Tagen zu machen, sondern möglicherweise eine etwas längere Veranstaltung, da könnte man einige konkrete Dinge in Bewegung setzen. Wenn man diese Initiativen aufgreift, die es auf der türkischen Seite gibt, muss man bedenken, dass diese Zeit vielleicht bald vorbei sein kann. Ich habe nicht den Eindruck, dass die große Masse der türkischen Imame und Beamten der DITIP große Begeisterung für dieses Vorhaben zeigt.

Zur Frage nach dem Religionsunterricht. Die Problematik in Nordrhein-Westfalen war die, dass man zwar dieses Programm unter Mitarbeit von türkischen Lehrern entwerfen und auch verabschieden konnte, indem man es dem Islam-Institut der Universität Konja vorgelegt und auch Zustimmung eines bedeutenden Azhar-Gelehrten eingeholt hat. In der stand, dass der Inhalt nicht gegen den Islam verstoße. Das war alles ganz gut, aber das große Problem war die Ausbildung der türkischen Lehrer. Die große Masse der türkischen Religionslehrer, das wurde damals noch in muttersprachlichem Unterricht gemacht, war auf diese Aufgaben überhaupt nicht vorbereitet. Islamischer Religionsunterricht sah in den 80er Jahren in der Regel in Nordrhein-Westfalen so aus, dass einzelne Teile auswendig gelernt und abgefragt wurden. Gerade das aber, was den Religionsunterricht im evangelischen und katholischen Bereich auszeichnet, nämlich eine gewisse argumentative Durchdringung des Stoffes, fand überhaupt nicht statt. Für die türkischen Lehrer war die Aufforderung dies zu tun auch ein Ansinnen, das gar nicht richtig verstanden wurde. So sind damals diese Pläne versendet, weil man nicht auch noch eine Lehrerausbildung bezahlen wollte. Ich muss leider dazu sagen, dass bestimmt zwei Jahrzehnte verschenkt wurden. Das war eine sehr schlimme Entwicklung, die jetzt auch durch das in Niedersachsen anlaufende Vorhaben eigentlich nicht ausgeglichen wird. Dort beschränkt man sich darauf, dass man eine Reihe freiwilliger Lehrer von zum Teil aus dem islamischen Ausland herangezogenen islamischen Professoren unterweisen lässt, was denn Islam sei. Dies ist gerade nicht die Thematik, die wir hier in Deutschland brauchen.

Ich bin noch nach der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz oder anderen Sicherheitsorganen gefragt worden. Dazu kann ich wieder nur eine allgemeine Beobachtung äußern, die dahin geht, dass ein starkes Solidaritätsgefühl unter diesen

muslimischen Gemeinschaften vorhanden ist, zumal wenn es Muslime derselben Nationalität und Muttersprache sind – arabische, türkische usw.

Zur Frage der Finanzierung. Da sollte wohl der Verfassungsschutz besser Bescheid wissen. Ich weiß, dass man leider nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre, die Herkünfte von Geldern auf Konten von Studenten überprüfen kann.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Danke schön! Das ist eine Übergabe an den Präsidenten Fromm, der jetzt zu Wort kommt. Herr Fromm bitte als Nächster.

SV **Heinz Fromm**: Vielen Dank! Ich sollte vielleicht versuchen, etwas zum Bildungsangebot zu sagen und möglicherweise beantworten sich somit viele Fragen, die an mich gerichtet worden sind. Was wir sehen, ist, dass es ein sehr ausgeprägtes Bildungsangebot gibt, gerade der legalistischen islamistischen Organisationen in der Bundesrepublik. Natürlich konzentriert sich das Bildungsangebot vor allem auf Kinder und Jugendliche, aber durchaus auch auf Frauen, die eine wichtige Zielgruppe sind für solche Angebote. Es ist nicht ganz leicht, im Einzelnen die dort betriebene Bildungsarbeit zu kennen und zu beurteilen. Dieses Bildungsangebot ist aber sehr vielfältig und natürlich islamistisch-religiös geprägt. Wir sehen, dass es Angebote von einzelnen Moschee-Vereinen und auch von großen Organisationen gibt, wobei Milli-Görüs hier eine bedeutende Rolle spielt. Es wird geradezu als eine Kernaufgabe der Organisation begriffen, diese Bildungsarbeit zu machen. Man muss, das wird vielfach übersehen, erkennen, dass über das Internet auch eine Menge Angebote gemacht werden, die nicht nur aus Deutschland kommen, sondern, dem Charakter dieses Mediums entsprechend, auch durchaus von weit her in allen möglichen Sprachen. Ich hatte schon erwähnt, dass Milli-Görüs sich besonders hierauf konzentriert und es gibt nicht nur Bildungsangebote, sondern auch ausgeprägte Freizeitaktivitäten, das ist schon erwähnt worden. Man gibt sich sehr viel Mühe. Unbestreitbar ist, dass durch die Beschäftigung von Kindern, und gerade von Jugendlichen, natürlich auch abweichendes Verhalten verhindert wird. Man kann davon ausgehen, dass einige der Kinder, die sich selbst überlassen wären, sich in unerwünschter Weise verhalten würden. Darauf weist die Organisation auch immer wieder hin. Es gibt auch noch andere vom Verfassungsschutz beobachtete Organisationen, ich möchte aber keine unzulässigen Vergleiche ziehen, die auch darauf verweisen, dass sie etwas für

Jugendliche tun und diese von der Straße geholt werden. Das ist hier sicherlich auch der Fall, das ist eine positive Wirkung. Aber, die Bildungsinhalte bestärken unsere Befürchtung, dass eine Parallelgesellschaft entsteht bzw. sich verfestigt. Man lehnt im Grunde die Wertevorstellungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft ab. Bedenklich ist, dass die Integrationsbemühungen von deutscher Seite als Assimilationspolitik bezeichnet werden. Mit der Folge, dass solche Tendenzen stärker sichtbar sind, wie Sie es unter Berufung auf ihren Kollegen aus Hessen genannt haben. Ich kann das zurzeit nicht bestätigen, werde das aber gerne noch einmal überprüfen, ob wir auch derartige Erkenntnisse haben. Ich kann es jetzt nicht bestätigen, aber auch nicht völlig ausschließen.

Ich hatte schon gesagt, dass die Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche geeignet sind, Entwicklungen zu einer Parallelgesellschaft zumindest zu verstärken; die Wohn- und Lebenssituation vieler Muslime ist so, dass auch durch die Zusammenballung in bestimmten Wohngebieten, Wohnquartieren und Stadtteilen schon eine Ursache gesetzt ist, die dann durch solche besonderen Bildungsangebote noch verstärkt werden kann. Nicht-Integration ist grundsätzlich auch ein Problem für die innere Sicherheit, insbesondere dann, wenn sie einhergeht mit einer Relativierung der deutschen Rechts- und Werteordnung. Insofern ist das für uns ein relevantes Thema. Soviel zur Bildung im Zusammenhang mit der Frage der Entstehung und Wirkung von Parallelgesellschaften.

Was die Erkenntnisübermittlung oder die Hinweise in sicherheitsmäßiger Hinsicht angeht, ist es in der Tat ganz offensichtlich ein Problem, weil es als Verrat empfunden wird, als ein Verrat gegenüber Brüdern. Im Übrigen stellen wir gelegentlich fest, dass auch das Verständnis dafür, was problematisch und gefährlich ist, nicht vorhanden ist. Wenn in einem Freitagsgebet gegen Juden gehetzt wird, wird das weder als ungewöhnlich noch als berichtenswert empfunden. Das Hauptproblem dürfte sein, dass man sich vielfach scheut, diesen Schritt zu gehen und zu sagen, hier entwickelt sich etwas, was bedrohlich sein kann, das muss ich mitteilen und darüber muss ich informieren. Das ist eine Schwierigkeit, die man möglicherweise nachvollziehen kann, die aber gefährlich ist und gegen die man angehen muss. Man muss erwarten, dass zumindest dann, wenn es um Militanz und Gewaltausübung

geht, die Verpflichtung gesehen wird, dieses auch der Polizei oder auch dem Verfassungsschutz mitzuteilen.

Es ist noch nach der Website „Muslim-Markt“ gefragt worden. Das kontrollieren wir sehr sorgfältig, wie übrigens viele andere einschlägige Interneteinstellungen auch. Dieses Arbeitsgebiet haben wir sehr ausgeweitet, wir bewerten das fortlaufend. Wenn es strafrechtlich relevante Inhalte geben sollte, die von Deutschland ausgehen, dann wird das selbstverständlich sofort an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben. Wir übermitteln diese Erkenntnisse an die Polizei oder Staatsanwaltschaft, damit dem nachgegangen werden kann. Das ist aber keine Besonderheit im Bereich des Islamismus. Es ist generell im Bereich der Extremismusbeobachtung so, dass, wenn strafrechtlich relevante Seiten erkannt werden, die Strafverfolgungsbehörden eingeschaltet werden.

Eine letzte Bemerkung zu der Frage von Abg. Reichenbach, Finanzierung und was wissen wir über die Finanzierung solcher Angebote. Nicht genug, um das zunächst kurz zu sagen, aber doch einiges. Organisationen wie Milli-Görüs finanzieren sich durch Spenden- und Mitgliedsbeiträge, weniger durch Zuflüsse von außen. Jedenfalls ist uns das nicht bekannt. Etwas anderes gilt für andere Organisationen. Wenn Sie die Fahd-Akademie nehmen, da ist bekannt, dass der saudische Staat von Beginn an finanziert hat. Wir sehen auch finanzielle Unterstützung nicht nur in Deutschland, sondern überall durch saudische NGOs, wie El Haramain oder World Assembly of Muslim News, das sind Organisationen, die über sehr viel Geld verfügen und die weltweit solche Bemühungen finanzieren. Das hat man nicht nur in Deutschland gesehen, sondern, um ein weiteres Beispiel zu nehmen, auch in Bosnien, wo solche Gelder nicht nur für Bildungszwecke gegeben worden sind, sondern auch noch für anderes. So viel zunächst von meiner Seite.

**BE Reinhard Grindel:** Darf ich an meine Frage zur Einbürgerungskampagne erinnern.

**BE Josef Philip Winkler:** Ich würde dann auch noch an meine Frage erinnern.

**SV Heinz Fromm:** Was die Einbürgerung angeht, liegt das Konzept klar auf der Hand: Es geht darum, sich politisch zu beteiligen und stärkeren Einfluss auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu gewinnen. Dazu ist die Einbürgerung ein probates Mittel, weil man dann, nicht nur bei Kommunalwahlen, sondern auch bei Bundestags- und Landtagswahlen, wahlberechtigt ist. Weil man auch die Möglichkeit hat, in deutschen Parteien stärker mitzuwirken, als man das als ausländischer Staatsbürger kann. Das passt ganz gut zu dem Konzept, stärkeren Einfluss zu gewinnen, sich Freiraum zu schaffen, um die eigenen Vorstellungen besser leben zu können.

**Vors. Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Bitte Herr Kollege, nur ganz kurz.

**BE Josef Philip Winkler:** Es ging uns darum, ob die Verfassungsschutzämter der Länder, weil die Praxis bei Einbürgerungsverfahren sehr unterschiedlich sind, sich dabei genug einbezogen fühlen in diese Verfahren.

**SV Heinz Fromm:** Das wird von den Ländern administriert und von daher ist es in erster Linie Sache der Landesbehörden, die Zugriff auf den gesamten Datenbestand des Verfassungsschutzes haben. Vor der Entscheidung über eine Einbürgerung wird hierbei mittlerweile in allen Ländern eine Regelabfrage bei den Verfassungsschutzbehörden vorgenommen. Sofern hierbei Erkenntnisse über extremistische Bestrebungen vorliegen, werden diese an die Einbürgerungsbehörden weitergegeben. Ob das schon alles perfekt funktioniert, ist eine andere Frage. Soviel ich weiß, gibt es eine ganze Reihe von Fällen, wo Einbürgerungsbegehren zurückgewiesen worden sind, weil seitens des Verfassungsschutzes solche Erkenntnisse zugeliefert wurden. Ich kann zurzeit nicht mit Statistiken dienen, das müsste erst noch erhoben werden.

Ich hatte mir noch die Notiz über Rückzug ins Private gemacht und ob das als gefährlich eingeschätzt wird. Habe ich Sie da richtig verstanden?

**Vors. Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Herr Winkler, war das so?

**BE Josef Philip Winkler:** Ich habe die Frage schon zweimal gestellt, aber ich stelle sie noch einmal. Der Rückzug ins Private, den Prof. Schiffauer in seiner

Stellungnahme als Risiko bezeichnet hat, z. B. durch Repression in einzelnen Bundesländern, oder dass generalisiert gesagt wird, IGMG-Mitglieder können nicht eingebürgert werden und sich deshalb bestimmte Gruppierungen, ich nenne es einmal ungeschützt liberale Gruppen oder Personen daraus zurückziehen, damit sich die ursprüngliche Organisation radikalisiert. Meine Frage wäre, ob Ihnen ein solches Risiko vorschwebt und ob Sie das billigend in Kauf nehmen oder anders einschätzen?

**SV Heinz Fromm:** Ich halte nicht für zwangsläufig, dass das eintritt. Wenn man die These vertritt, dass durch staatliche Kontrolle, wenn Sie wollen, auch staatliche Repression, zwangsläufig solche Reaktionen eintreten, dann würde ich das in Frage stellen. Umgekehrt könnte es durchaus auch sein, dass staatliche Kontrolle die Organisation und diejenigen, die sich darin betätigen, zu veranlassen, sich noch stärker als bisher zu integrieren, oder unsere politische Werteordnung noch stärker zu akzeptieren. Ich wage folgende These: Wenn diese Kontrollen nicht stattgefunden hätten, wäre all das, was wir in den letzten Jahren an Veränderungen gerade bei Milli-Görüs erlebt haben, so nicht geschehen.

**Vors. Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Danke schön! Herr Senyurt bitte als Nächster. Ich erinnere auch noch einmal an die Frage über die Wirkung der Medien.

**SV Ahmed Senyurt:** Wenn ich darf, würde ich anders anfangen. Ich habe gerade ein déjà vue-Erlebnis gehabt, ich möchte kurz etwas Privates von mir erzählen: Ich weiß, vor zwanzig Jahren hat mein Vater schon die Diskussion geführt, wo bekommen wir einen Imam her. Vor zwanzig Jahren! Seitdem ist dieses Land und die Politik nicht in der Lage, letztendlich dafür zu sorgen, dass dieses Land über die Bildungsstrukturen, die wir hier haben, selber Imame auszubilden. Nein, man ist die Strategie des geringsten Widerstandes gegangen und hat gesagt, wir holen aus der Türkei die Imame nach Deutschland. Damit haben wir aber ein Problem, das keiner angesprochen hat, auch wenn ich jetzt hier an die DITIP herangehe, wir haben diesbezüglich darüber einen Konfliktimport bekommen. Das heißt, in den Zeiten der jeweils unterschiedlichen politischen Ministerpräsidenten sind unterschiedliche Ideologien auch nach Deutschland geflossen. Wir haben jetzt in Münster eine Einrichtung, in der Imame ausgebildet werden. Das sind 10, wir brauchen aber

wahrscheinlich 200 bis 500 Imame in den Moscheen. Wie soll diese Differenz in dem Zeitraum von 10 Jahren aufgefüllt werden? Das heißt, wir doktern weiter, sehenden Auges. Ich kann Sie als Politiker nur dazu auffordern, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass genau dieses endlich geschieht.

Zur Frage von Frau Akgün, bezüglich Medien: Ich weiß nicht, wie es rezipiert wird, weil es keine vernünftigen Untersuchungen dazu gibt. Meine Meinung ist äußerst subjektiv dazu. Ich glaube, die einzige Chance, die wir in dieser Propagandaschiene haben, ist die, indem wir sie thematisieren. Wir dürfen sie nicht tolerieren, was wir bisher immer gemacht haben, nach dem Motto „die meinen das gar nicht so“, wir müssen den israelischen Kontext sehen, wir müssen Kaschmir und Afghanistan sehen. Wir müssen letztendlich sehen, wie es an der Basis durchschlägt. Ich glaube, dass wir es nur schaffen, indem wir noch einmal personenbezogene Netzwerke an der Basis in der Kommunalpolitik schaffen. Indem Ahmat zu Klaus geht und sagt: „Sieh mal, in der Welt am Sonntag steht ‚Hetze gegen Muslime‘“ und der Klaus geht zu Ahmat und sagt: „In der Vakit steht die Schlagzeile, die Frau Dantschke gerade bekannt gemacht hat“. Nur so schaffen wir es und das muss transparent in der Öffentlichkeit gemacht werden. Nur so setzen wir die Funktionäre unter Druck. Alles andere ist meiner Meinung nach eine Illusion. Wir haben sonst keine anderen Möglichkeiten, diese Propaganda, die über die Medien und über diese Bücher läuft, die gerade vorhin noch relativiert wurde nach dem Motto, das kennt die katholische Kirche auch. Das ist richtig, nur das ist ein paar hundert Jahre her. Hier haben wir aktuelle Bücher, die am Wochenende gekommen sind und verteilt und verkauft wurden auf einer Veranstaltung der Islamischen Gemeinde in Deutschland – die wichtigste Mitgliedsorganisation des Zentralrats der Muslime. Deswegen muss man da die entsprechenden Fragen stellen und nicht sagen, die meinen das nicht so.

Zur Finanzierung. Ich glaube, Sie müssen sich eines klar machen, Geld ist in diesem Bereich des Islamismus kein Problem, überhaupt nicht. Das Geld stammt nicht aus einer Straftat, das sind Spenden. Damit sind die Behörden mit ihren Ermittlungen aber außen vor. Es gibt unglaublich viele Möglichkeiten Geld zu sammeln, z. B. der Moscheebau, das Kulturzentrum hier in Berlin, Inssan, macht es deutlich. Es ist überhaupt kein Problem, große Beträge plötzlich über merkwürdige Konstruktionen nach Deutschland zu ziehen. Das Problem, was wir hier haben, ist nicht so sehr,

dass Geld kommt, sondern wie dieses Geschäft gemacht wird. Es ist nicht transparent, sondern es wird bewusst verschleiert. Spätestens da gibt es ein öffentliches Interesse zu fragen, warum verschleiert ihr eigentlich, woher das Geld kommt? Kein normaler Geschäftsmann, weder in Deutschland noch in der Türkei, würde die Geschäfte so abschließen, wie gewisse islamische Funktionäre z. B. den Kauf einer Moschee oder den Kauf von Grund und Boden abwickeln. Es heißt dann immer wieder, wir haben Angst vor Stigmatisierung. Die Stigmatisierung kommt, weil es schon seit Jahrzehnten so ist. Weil es seit Jahrzehnten eines der Maxime ist, zu tricksen, zu täuschen und zu tarnen. Damit werden die Geldquellen und Verbindungen vertuscht, weil man über das Geld die Verbindungen zu den Mutterorganisationen und Hintermännern nachweisen kann.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Herr Prof. Steinbach bitte. Es standen allgemeine Fragen im Raum, wobei derjenige antworten sollte, der sich dazu berufen fühlt. Sie möchten sich jetzt noch nicht äußern, gut. Herr Prof. Schiffauer? Bitte schön!

SV **Prof. Dr. Werner Schiffauer:** Es wurden einige Punkte angesprochen, aber ein großes Anliegen für mich ist, noch einmal auf eine Struktur der Debatte zurückzukommen, die ich für die Integrationsbemühungen katastrophal halte. Ich meine das, was wir eben erlebt haben, als es um den European Council for Fatwa and Research ging. Hier handelt es sich um die komplexe Fragestellung, dass Muslime versuchen, in Europa einen Minderheiten-Islam zu etablieren und versuchen, was in einer Rechtsreligion selbstverständlich ist, Rechtsgelehrte zu finden, die in der Lage sind, eine neue Position zu definieren, nämlich den Minderheiten-Islam. Die Frage des Minderheiten-Islam ist in Bezug auf die islamische Welt eine progressive Position, die sich absetzt gegen die Position, wie Sie es auf dem Video gesehen haben. Was dann passiert ist, sagt Herr Senyurt, Qaradawi.

SV **Ahmet Senyurt:** Nein, Sie haben das doch gesagt ...

SV **Prof. Dr. Werner Schiffauer:** Das ist wahr. Der Punkt ist, dass das die Debatte hier kennzeichnet. Es wird ein Name genannt und schon ist eine Position und eine



ganze Suche diskreditiert, ob sie ursprünglich mit diesem Namen zu tun hatte oder nicht. Qaradawi ist ein äußerst vielschichtiges Phänomen. Ich lehne sein Fatwa zu Selbstmordattentätern ab. Es ist problematisch. Dennoch hat er aber auch andere Facetten. Die Sachen, die die Muslime hier beschäftigt haben, als sie sich an den Council gewandt haben, haben gar nichts mit dem Fatwa über Israel zu tun. Es war die Suche nach der theologischen Begründung eines Minderheiten-Islam, d. h. eine Frage, die einem gläubigen Menschen unter den Nägeln brennt. Dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft dafür kein Verständnis hat, kann ich nachvollziehen. Aber man muss ja wohl einer Orthodoxie, der jüdischen wie der islamischen, ein Recht auf Existenz zugestehen.

Zweitens: Hamburg, die Frage von Herrn Grindel. Die ganze Diskussion krankt daran, dass auf der Ebene der Institutionen das Gleiche passiert wie ich es jetzt auf der Ebene des Diskurses dargestellt habe. Anstatt dass der Hamburger Senator, wenn ihm Missstände in einer Moscheegemeinde bekannt werden oder von einer Schule an ihn herangetragen werden, dann den Kontakt mit den Spitzen der Gemeinden und nach Lösungswegen sucht, zusammen mit den Personen, die sich darauf festgelegt haben, für eine demokratische Grundordnung einzustehen, wird die Organisation als Ganze verurteilt. Niemand leugnet, dass in Milli-Görüs-Gemeinden vor Ort die Uhren oft anders ticken. Es gibt aber Eliten in der Gemeinde, und das ist mein ganzer Punkt, bei denen man ansetzen und die man einbinden kann, um Missstände anzugreifen. Wenn die Hamburger nicht reagieren, dann kann man zum Zentrum nach Kerpten hingehen, um dort diejenigen auf ihre Äußerungen festzulegen, die sich eindeutig festgelegt haben. So aber wird auch hier wieder ein Vorfall genommen und eine Organisation abgehakt. So kommen wir in der Suche nach einer Co-Existenz nicht weiter.

Drittens: Die Überwindung des Islamismus von unten. Es wird immer so getan, als ob es keine Entwicklungsgeschichte des Islam in Deutschland gegeben hätte. Der Höhepunkt des Islamismus war Anfang der 80er Jahre. Damals herrschte eine Iran-Begeisterung und es herrschte eine starke Tendenz zur Parallelgesellschaft, getragen von Muslimen, die in die Türkei zurückgehen wollten. Damals war eine revolutionäre Grundstimmung, damals ist der Kalifatstaat entstanden. Der Kalifatstaat wurde von islamischen Gemeinden von innen und von unten

überwunden, ohne dass die deutsche Gesellschaft seinerzeit nennenswerten Druck ausgeübt hat, das wissen wir alle. Das heißt, es hat Bewegungen aus den Gemeinden gegeben, einen zivilgesellschaftlichen Prozess, der zwischen den Muslimen stattgefunden hat. Die neue Führungsspitze der Milli-Görüs hat sich zu einem europäischen Islam vor dem 11. September geäußert, bevor nennenswerter Druck ausgeübt wurde. Ich kann Ihnen auch den Beweggrund nennen. Der Beweggrund ist nicht der Druck, sondern es ist die kollektive Biografie einer Generation, die in der Moscheegemeinde aufgewachsen ist und die ein positives Verhältnis zu dieser Gesellschaft an den Schulen erworben hat, nun aber soziologisch vor der Herausforderung steht, wie sie Elternhaus, Moschee und deutsche Gesellschaft zusammenbringen soll. Oder theologisch formuliert, wie sie freiheitlich demokratische Grundordnung und islamische Offenbarung zusammenbringen soll. Das ist das Existenzproblem einer ganzen Generation. Diese Generation arbeitet an Lösungen, die sicher nicht perfekt sind, die man aber als Suche wahrnehmen und nicht immer gleich auf richtig/falsch, akzeptabel/nicht akzeptabel hin abtasten sollte.

Zum Bildungsangebot. Ich war, nehme ich an, als Einziger auf dem Podium in Sommerschulen der Milli-Görüs. Die Sommerschulen werden immer als Beispiel für eine problematische Bildungsarbeit genannt. Was passiert in den Sommerschulen? In den Sommerschulen wird ein relativ religiös orthodoxes Bildungsangebot gemacht. Ich bin als eingeladener Gast hinzugekommen. Ich habe nicht alles gesehen, das ist auch nicht möglich, man wusste, dass ich komme. Man merkt aber deutlich, ob etwas verborgen wird, etwas unter den Tisch gekehrt wird oder ob einfach alles seinen Gang läuft. Letzteres war der Fall. Diese Sommerschulen erinnerten mich an die Angebote, die ich aus der Literatur kenne, von jüdisch-orthodoxen Gemeinden in den USA in den 40er Jahren, wo die Juden diskriminiert waren, sich zurückzogen und sozusagen ein Freizeitangebot formuliert haben, das sowohl religiös war, als auch Ähnlichkeiten mit gewissen Pfadfinderbewegungen hatte. So einen Charakter strahlten diese Sommerschulen aus. Sie waren nicht abgeschottet, das war ganz wichtig. An den Wochenenden kamen die Eltern zu Besuch. 30 v. H. der Eltern, die dort teilnahmen waren nicht Milli-Görüs Anhänger oder Mitglieder, sie kamen von anderen Gemeinden. Die Sommerkurse waren keineswegs so abgeschottet wie behauptet wird. Sie finanzierten sich selber, die Kurs- oder Sommerschulgebühren

betragen 400 €. Die Lehrer waren keineswegs klassische Geistliche, sondern Lehrer aus der Türkei, Grundschullehrer, ein Professor, der für die AK-Partei gearbeitet hat, ein Student der Islamwissenschaft, der hier weiter studieren wollte, um danach islamische Kunst zu studieren. Der Versuch seitens der Organisatoren war es, wegzukommen von klassischer Geistlichkeit und zwar deshalb, weil die Jugendlichen weggelaufen sind. Das war die frühere Erfahrung. Also hin zu Leuten, die Weltlichkeit und Glauben verbinden können. Das Problem, dass die Lehrer alle nicht in Deutschland ausgebildet sind und Deutschland nicht kennen, wurde als Problem gesehen und mit einer gewissen Hilflosigkeit konstatiert. Es wurde aber das Bedürfnis geäußert, mit den deutschen Schulen in Kontakt zu treten und sich über Schüler auszutauschen. In diese Richtung geht ein zweiter Aspekt des Bildungsangebots, der hier überhaupt nicht erwähnt wird, nämlich, dass von Milli-Görüs Gemeinden Nachhilfeunterricht auf Deutsch angeboten wird. Flächendeckend und mit dem Appell verbunden, die Jugendlichen an die deutschen höheren Schulen zu bringen und zwar Jungen und Mädchen explizit gleichermaßen. Es gibt auch hier das Bedürfnis, die Moscheen zu öffnen. Es gibt das Bekenntnis von Führungsspitzen „lasst uns doch mit den Arbeitsämtern kooperieren“. Das hätte den Vorteil, dass die Moscheen transparenter werden. Es kommen Kräfte von außen in die Moschee herein und das ist durchaus wünschenswert im Sinne der Kontrolle und Einbindung. Hier bestehen verbale Äußerungen, die man Ernst nehmen kann und an denen man die Führungsspitze messen kann, ob sie das ausführen oder nicht.

Der letzte Punkt betrifft den Sicherheitsaspekt und die Tatsache, dass Gemeindemitglieder sehr unwillig sind, jemanden anzuzeigen, der sich islamistisch äußert. Das stimmt. Das ist zum Teil ein Migrationsphänomen, wir kennen das von anderen Einwanderungsgesellschaften, zum Teil aber auch eine Folge des Drucks. Die Polizeiaktionen, die ich erwähnt habe, sind deswegen so kontraproduktiv, weil sie die Stimmung verschlechtern und zuspitzen. Mein Appell ist, dass man die Fronten aufbricht, anstatt sie durch polizeiliche Maßnahmen, auch Maßnahmen des Verfassungsschutzes weiter zu verhärten. Es geht um ein Denken in Prozesse und nicht um ein Denken um des Überführens und des Festlegens, des Kategorisierens und Einteilens. Wir müssen das Schubladendenken überwinden, wenn wir zu einer friedlichen Co-Existenz kommen wollen.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Es gibt wieder einige Anzeichen, dass es noch dringenden Diskussionsbedarf gibt. Trotzdem muss ich mit meinen Kollegen und den Experten beraten, denn Herr Dr. Kandel wollte in dieser Runde auch noch etwas sagen. Wir haben noch eine halbe Stunde, sind allerdings in den Antworten schon auf Aspekte des dritten Teils eingegangen, wie z. B. die Auswahl der Imame oder auch der Einfluss in den Gebetsräumen. Vielleicht können die Berichterstatter nach den beiden Sachverständigen noch einmal gezielt zum dritten Komplex fragen, damit wir mit der Zeit auskommen und dann die Schlussrunde etwa ab 15.45 Uhr einleiten könnten. Ich denke vor allem an Fragen wie wachsender Fundamentalismus von Moschee-Gemeinden oder Bedeutung islamistischer Kräfte in Asylbewerberunterkünften, das sind zwei konkrete Fragen, auf die vielleicht noch in der Schlussrunde eingegangen werden sollte. Auch die Frage Einfluss auf das wirtschaftliche und kulturelle Leben, das war, wie ich aus den Vorgesprächen weiß, ein spezielles Interesse von Kollegen. Bitte ganz kurz noch Frau Dantschke, danach Herr Dr. Kandel. Anschließend gebe ich noch einmal die Möglichkeit zu ein oder zwei Wortmeldungen. Bitte schön!

SV **Claudia Dantschke:** Nur ganz kurz noch, weil der Vergleich mit den jüdisch-orthodoxen Kreisen aus den 40er Jahren angesprochen wurde. Ich würde noch einen anderen Vergleich vorschlagen, der dem ganzen System näher kommt. Ich selbst bin in der DDR sozialisiert worden, ich war im FDJ-Ferienlager, ich war 27 Jahre alt bei der Wende und ich weiß, was es heißt, in einem komplexen System zu leben, wo diese ganzen Freiheiten und Diskurse, die ähnlich, wie Sie es geschildert haben, ebenfalls stattgefunden haben. Wo auf subtile Weise trotzdem alles unter einer Einheitsideologie lag, wo es so subtil vonstatten gegangen ist und ich sehr viel Mühe hatte, das zu reflektieren, in was für einem System ich gelebt habe. Ich denke, dieser Vergleich funktioniert eher als Ihr Vergleich mit dem orthodoxen Judentum in den 40er Jahren.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Danke schön! Herr Dr. Kandel bitte.

SV **Dr. Johannes Kandel:** Ich glaube, es ist kein Angriff auf den Diskurs des Minderheiten-Islam, wenn man auf die überragende Gestalt von Qaradawi aufmerksam macht. Was aber verwunderlich ist, dass andere Positionen in diesem

Diskurs, jedenfalls so, wie ich das hier in Deutschland wahrnehme, nicht auftauchen. Wo bleiben denn Figuren wie Gelehrte, wie Farid Esack, Nasr Abu Zayd, Abdullahi Na'im, Muhammad Shahrur, die Sisters of Islam für die Frauenseite, Rifat Hassan z. B. für den feministischen Diskurs, Abou El Fadl und viele andere? Wo sind sie mit ihren Positionen in diesem Diskurs vertreten? Darüber müsste man diskutieren. Ich denke schon, dass Qaradawi da eine sehr besondere und herausragende Position und Funktion hat. Man muss sich einmal die Mühe machen, in die Internet-Chat-Foren zu schauen, welche praktischen Fragen da verhandelt werden, etwa wie Frauen sich zu kleiden haben, wie das Verhältnis von Mann und Frau sein soll oder wie bestimmte Gebetsvorrichtungen sein sollen, wie das Verhältnis auch zum säkularen Staat sein soll. Da stößt man immer wieder, für mich ist das nicht verwunderlich, auf Qaradawi. Die Position ist massiv vertreten. Es ist auch kein Angriff auf den Diskurs generell, wenn man hervorhebt, hier gibt es jemand, der in der Art eine ganz wichtige Funktion und Einfluss hat.

Zu den Fragen nach politischen Handlungsanweisungen und Hilfen wollte ich mich noch kurz äußern. Ich denke, wir haben doch ein ganz breites Netz an Erwachsenen- und Jugendbildung sowie politische Bildung in diesem Staat, wo wir die Themen Multikulturalismus, interkultureller Dialog, Islam aufgreifen können und auch aufgreifen. Ich habe es sehr begrüßt, dass sowohl die Bundeszentrale für politische Bildung als auch viele andere Träger dieses Thema in den letzten Jahren verstärkt aufgegriffen und zugänglich für alle gemacht haben. Jeder kann an diesen Veranstaltungen teilnehmen. Sie sind im Internet greifbar, Positionspapiere stehen darin, Chat-Foren gibt es im Internet, es ist also möglich, sich zu beteiligen. Das ist ein großartiges Angebot, was wir nutzen und ausbauen sollten. Auch im Hinblick auf Zielgruppenarbeit mit muslimischen Gruppen.

Ein weiterer Punkt, ist die Lehrerbildung zu verstärken. In der Lehrerbildung ist das Interkulturelle ein Aspekt. Ich denke, auch hier bedarf es noch großer Bemühungen, um den Aspekt Islam in die Lehrerbildung verstärkt einzubringen.

Ich will zum Schluss ganz kurz von einer konkreten Initiative berichten, die in den letzten zwei Jahren doch zu einem interessanten Ergebnis geführt hat. Es ist eine Muslimische Akademie gegründet worden, ich war auch beteiligt, die

Gründungsmitglieder dieser Akademie waren überwiegend Muslime, als Berater fungierten eine Reihe von Nicht-Muslimen. Eine Muslimische Akademie, angelehnt an das, was man an Strukturen, Inhalten und Themen von evangelischen und katholischen Akademien kennt. Diese Muslimische Akademie ist ein offenes Angebot für alle Muslime in Deutschland, über die Verbände und Vereine hinaus. Hier kann ein offener Diskurs geführt werden. Die Anschubfinanzierung wird von der Bundeszentrale für politische Bildung geleistet. Ich kann mit gutem Gewissen sagen, da ich in das Kuratorium der muslimischen Akademie gewählt worden bin, dies ist eine höchst unterstützenswerte Initiative. Das ist ein großartiges Angebot und wir sollten es nutzen. Ich hoffe, dass die Akademie bis Ende des Jahres mit einer ersten Auftaktveranstaltung stärker in die Öffentlichkeit eintritt. Das ist, wie ich finde, auch nachahmenswert.

Abschließend noch eine Bemerkung zum islamischen Religionsunterricht. Ich denke, solange es nicht möglich ist, aufgrund der Struktur der islamischen Religionsgemeinschaften wirklich zu einem Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 GG zu kommen, dass es legitim ist und weiterverfolgt werden sollte, dann eine Platzhalterfunktion einzunehmen und über andere Modelle nachzudenken, etwa über Islamkunde. Das erscheint mir zumindest als Übergang wichtig zu sein. Ich sage aber und habe damit durchaus nicht das Einverständnis aller meiner Freundinnen und Freunde aus der politischen Richtung, aus der ich komme, ich halte nach wie vor den bekennenden Religionsunterricht für die beste Lösung. Weil er unter staatlicher Schulaufsicht stattfindet und es in diesem Religionsunterricht einen breiten Erfahrungsschatz gibt, sowohl pädagogisch als auch in die didaktischen Feinheiten hinein, den man nutzen kann. Dort sind religions-pädagogische Standards formuliert, die dann auch für einen Religionsunterricht aus islamischer Sicht natürlich absolute Geltung hätten. Das sollte man sich zu Nutzen machen. Aber solange das nicht passiert, müsste man einen Übergang zu anderen Stellen finden. Vielen Dank!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich bedanke mich. Das war so etwas, was man sich als Moderator für die Schlussrunde wünscht, den Ausblick und die Perspektiven. Ich frage trotzdem noch die Kollegen, bevor wir noch einmal die beiden Aspekte, die ich angesprochen hatte, von den Experten beantworten lassen: „Gibt es noch spezielle Fragen“? Herr Grindel und Frau Akgün haben noch eine

Nachfrage. Wir nehmen Sie als die beiden Berichterstatter auf, wenn es Ihnen Recht ist. Danach integrieren wir in die Schlussrunde die Beantwortung Ihrer speziellen Fragen. Bitte schön, Frau Akgün und Herr Grindel.

**BE Dr. Lale Akgün:** Ich würde gerne noch ein wenig zum Thema Dialog wissen. Es ist heute mehrfach gesagt worden, der Dialog müsse an der Basis geführt werden, oder es hieß, nein das geht nicht, Dialog muss oben auf der Funktionärs Ebene geführt und gebunden werden. Wir haben nicht einmal eine Definition dessen, was Dialog ist. Die Kirchen führen Dialog, die Politik soll Dialog führen. Ich möchte von den Experten noch einmal kurz dargestellt haben, was sie sich unter Dialog mit den Islam-Führungspolitikern wünschen würden.

**Vors. Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Danke schön! Bitte Herr Kollege Grindel.

**BE Reinhard Grindel:** Ich kann an einem Punkt anschließen, der Dialog zwischen dem Zentralrat der Muslime und Herrn Huber im Zuge der Frage, ob man sich zu Beslan deutlicher hätte äußern müssen, hat offenbar nicht so gut funktioniert. Ich möchte noch einmal von Herrn Senyurt und Herrn Dr. Kandel wissen, der Zentralrat der Muslime, das wurde von der Kollegin Köhler auch schon angesprochen, wer hat da das Sagen? Ist das etwas, womit man umgehen kann, sind das Ansprechpartner für uns? Dazu hätte ich gerne einen Hinweis.

Das Zweite hat Frau Vorsitzende bereits angesprochen. Ich würde gerne wissen, was Sie uns über die Lage der Asylbewerberunterkünfte sagen können. Einmal wird berichtet, dass dort extremistische Organisationen versuchen Muslime anzusprechen, gerade auch aufgrund einer besonders sozialen Benachteiligung, die man dort vielleicht verspürt. Zum anderen aber auch, dass Flüchtlinge, die bestimmten Häschern in ihren Heimatländern entkommen sind, dort in diesen Asylbewerberunterkünften wieder auf die treffen, denen sie eigentlich entkommen wollten und dort auch Gewalt ausgeübt wird. Wir beurteilen Sie das? Die Frage geht auch an Herrn Fromm, inwieweit der Verfassungsschutz hiervon Kenntnis hat, sonst würde ich es gerne von Herrn Senyurt, Frau Dantschke und Herrn Dr. Kandel wissen.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Ich bedanke mich für die Fragen und bitte die Experten in der Schlussrunde auf diese Aspekte einzugehen. Dabei natürlich immer im Hinterkopf zu haben, dass wir als Innenausschuss natürlich fragen, welche Auswirkungen so etwas auf die innere Sicherheit hat, damit wir das nicht ganz im religions-philosophischen Disput enden lassen. Ich ..

Abg. **Dr. Ole Schröder**: Frau Vorsitzende, darf ich Sie daran erinnern, dass wir auch Religionsausschuss sind.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**: Natürlich, das ist klar. Ich bin froh, dass wir auch für Religionen zuständig sind. Vielen Dank noch einmal für den schönen mahnenden Hinweis. Jetzt beginnen wir die Schlussrunde in der umgekehrten Reihenfolge, bitte Herr Prof. Seinbach.

SV **Prof. Dr. Udo Steinbach**: Aus meiner Perspektive dazu drei Bemerkungen, alles ein bisschen heruntergenommen von den großen Dimensionen und Emotionen. Ich komme eigentlich aus einer anderen Ecke, denn ich betrachte ständig die islamische Welt beruflich, weniger die Entwicklung des Islams in Deutschland. Meine Erfahrung in den letzten 7 bis 10 Jahren im Umgang mit Muslimen ist: jeder Einzelne ist aufgerufen, ein Vertrauensverhältnis zu islamischen Gruppierungen, Moscheen usw. herzustellen. Das heißt, vielmehr sollten gerade die Leute, die politisch sichtbar sind, auch Abgeordnete, mit den Muslimen sprechen, in die Moscheen gehen und wenn Missstände und negative Wahrnehmungen bestehen, dann dieses auch offen vortragen. Ich kenne das aus meiner eigenen Erfahrung. Wir haben vor etwa 8 oder 10 Jahren als Institut die erste Studie für das Bundesamt für Verfassungsschutz gemacht, völlig unvorbereitet, da wir uns mit Muslimen in Deutschland über die Jahrzehnte nicht befasst hatten. Diese Studie war die reine Konfrontation. Ein Kollege ging in die Moscheen, hat wenig mit den Leuten gesprochen, hat sich aus dem Bücherregal die Bücher und Videos genommen und dann kam eine Studie heraus, die so unsäglich war, dass sie vom damaligen Bundesinnenminister sofort in den Giftschränk gelegt wurde, weil sie geeignet war, die ohnehin bestehenden Emotionen und Sensibilitäten eher noch zu verschärfen. Ich habe das gespürt und gehe seither in die Moscheen. Ich wurde eingeladen in die Ali Moschee in Hamburg, die sicher nicht den besten Ruf hat, aber wir diskutieren jetzt über Amerika, Anti-



Amerikanismus, Säkularität und diese Dinge. Sie haben in der Regel ein großes Publikum, wenn Sie jemand sind, von dem man voraussetzt, dass er gutwillig ist. Sie reden mit Ihnen und hören auf Sie. Was am Ende dabei herauskommt, das weiß man nicht, denn es sind keine kurzfristigen Probleme, über die wir sprechen.

Zum besagten Muslim Markt: Einer der Betreiber ist straffällig geworden wegen Volksverhetzung, weil er eine Rede des Ajatollah Chamene´i ins Netz gestellt hat. Er ist verurteilt worden, ging in die Berufung. Hinterher fragte er mich per Brief – ich hatte mit ihm bisher überhaupt keinen Kontakt –, soll ich das Urteil annehmen oder nicht, halten Sie das für Volksverhetzung, ja oder nein? Ich sagte zu ihm, das halte ich auch für Volksverhetzung und ich glaube, der Richter hat Recht getan, wenn ich diese Rede des Ajatollah Chamene´i lese. Ich habe ihm hinterher einen zweiten Brief geschrieben und mich darin auf die Schrift "Wir Fundamentalisten" bezogen, die er und sein Bruder veröffentlicht hatten. Ich habe ihm geschrieben, im Prinzip finde ich es gut, dass er sich outet. In einem Punkt aber habe ich ein großes Problem, nämlich an dem Punkt, da er die Demokratie im Iran, die Demokratie des Herrn Charmene´i anpreist als die eigentliche Demokratie. Ich habe geschrieben, was haben Sie denn eigentlich in dieser, unserer Gesellschaft noch zu suchen, gehen Sie doch nach Teheran und dann leben Sie in einer preiswerten Demokratie, hier müssen Sie doch ständig ein schlechtes Gewissen haben. Sie müssen dahin gehen, wo Sie hingehören, nämlich in die islamische Republik. Hier ist ein Graben zwischen Ihnen und der Gesellschaft und der Graben wird sich auch noch fortsetzen zwischen Ihren Kindern und der Gesellschaft, eigentlich gehören Sie gar nicht hier hin. Ich glaube, wenn man diese Form der direkten offenen und konstruktiven Auseinandersetzung wählt, und jeder ist dazu aufgefordert, das hat eine Wirkung. Herrn Senyurt lobe ich für seine Berichterstattung, aber Sie kommen nicht gut an bei vielen Muslimen, das wissen Sie. Es ist eine Frage des Vertrauens und der Zuneigung. Oder St. Georg, wir hatten ein Problem, die Moschee wollte bauen und erweitern. Da hat sich der gesamte Stadtteil St. Georg, die muslimische Gemeinde, Ausländerbeiräte, die Pfarrer, Priester und alle haben sich an einem Abend zusammengesetzt und die Frage der Baumaßnahmen und Genehmigung diskutiert, einschließlich Bezirksamt. Sie glauben gar nicht, was das für eine positive Wirkung auf alle Beteiligten hatte. Das hat Ängste und Verdachtsmomente genommen. Die Muslime hatten das Gefühl, die Behörde verweigere Ihnen aus ideologischen weltanschaulichen Gründen die

Baugenehmigung. Das konnte am Ende nicht mehr aufrechterhalten werden. Dies halte ich, wenn Sie, Frau Akgün, nach dem Dialog fragen, für eine Angelegenheit von uns allen. Nicht nur ein Stichwort für ein staatliches oder durch Stiftungen gelegentlich gefördertes Unternehmen. Wir brauchen auf unserer Seite eine grundsätzliche Dialogattitüde. Damit meine ich, dass die Muslime in unserer Gesellschaft das Gefühl haben müssen, respektiert zu werden und dass wir uns bei allem was wir tun, die Frage stellen, wie wird das von Muslimen wahrgenommen.

Eine letzte Bemerkung. Ich denke, dass, wenn die Türkei sich weiter an Europa annähert – und wir werden sehen, ob das der Fall ist ab Dezember 2004 –, dann ist das ein wesentlicher Schritt in Richtung Abbau von negativen Gefühlen bei Muslimen hierzulande. Eine Annäherung der Türkei und der Europäischen Union bedeutet auch eine unterstützende Maßnahme in Sachen der Integration von Muslimen und der Entschärfung der Gefahr, dass die Muslime aus der Türkei sich hier in die fundamentalistische Ecke begeben.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich bedanke mich bei Prof. Steinbach und wir können gleich von Herrn Senyurt hören, ob er schlechter oder besser bei den Muslimen ankommt. Bitte schön!

SV **Ahmet Senyurt:** Ich danke Prof. Steinbach, weil er mir etwas gesagt hat, was mir schon bekannt ist. Aber interessant fand ich, dass er genau die gleiche Sprache führt wie die Islamisten auch. Er redet von "den Muslimen". Es sind nicht "die Muslime", die mich verurteilen, sondern es sind Teile des organisierten Islams. Ich als Journalist decke Missstände auf, wenn Kinder unter Druck geraten, wenn nicht die Integration, sondern das Teilende im Vordergrund steht, das wissen Sie, dass diese Ideologen drin sind. Deswegen finde ich das nicht nett.

SV **Prof. Dr. Udo Steinbach:** Es war aber nett gemeint.

SV **Ahmet Senyurt:** Danke schön! Aber zurück zum Thema Dialog. Meine persönliche Erfahrung ist, dass ich glaube, es gibt verschiedene Vorstellungen von Dialog. Beim organisierten Islam habe ich das Gefühl, unter Dialog verstehen die Herren Funktionäre das Festschreiben ihrer Positionen und davon weichen sie nicht

ab. Ich glaube, wir verstehen unter diesem Dialog das Austauschen von Argumenten. Das ist auch die Erfahrung, die ich in den letzten 10 Jahren gemacht habe, dass nämlich der Austausch der Argumente gar nicht stattfindet. Es heißt immer im Dialog: Gut, dass wir darüber geredet haben. Stimmt, gebracht hat es aber nichts. Das ist das Problem. Zum Zentralrat der Muslime muss ich sagen, seitdem der ZMD als Delegierte für Rabita, für die islamische Weltliga, auf Platz 10 der Liste stand, sozusagen als Mitglied der Rabita und auch so beim Innenminister aufgetaucht ist, seitdem muss ich feststellen, dass es offensichtlich so ist, dass der ZMD Verbindungen zu Saudi-Arabien hat. Da muss man die Frage stellen, um welche Loyalitäten geht es eigentlich? Geht es um den saudischen Islam oder geht es um den Islam in Deutschland? Da habe ich meine ganz großen Bedenken, denn ich glaube nicht, dass es um den Islam in Deutschland geht, sondern um die Vertretung des Wahabismus hier in Deutschland.

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich bedanke mich. Wir machen mit Herrn Prof. Schiffauer weiter. Bitte schön!

SV **Prof. Dr. Werner Schiffauer:** Herr Fromm hat gesagt, dass ich fromme Bitten äußere und Wunschvorstellungen in Bezug auf die Integration der Muslime in Deutschland habe. Ich glaube nicht. Es gibt Beispiele, bei denen man sieht, dass sich Dialogpolitik auszeichnet und zwar eine Politik des ehrlichen Dialogs, die sich durchaus auszeichnet, als man auf die anderen hört, die Positionen beim Wort nimmt, den Positionen vertraut und auf Druck verzichtet. Beispiel eins ist Holland. Die Milli-Görüs in Holland ist einer der Ansprechpartner der holländischen Regierung und hat sich zum liberalen Vorreiter der Milli-Görüs Gemeinden in Europa entwickelt und zwar deshalb, weil sie eingebunden ist. Beispiel zwei ist Bremen. Hier gibt es wünschenswerte Entwicklungen in der Bremer Gemeinde, gerade weil der Bremer Bürgermeister tatsächlich die Größe hat, sich nicht in diese Klischees hineinreiten zu lassen, sondern gut lutheranisch die Position vertritt, dass er sich von seinen Gesprächspartnern ein eigenes Bild macht. Hier hat das zu einem lebhaften Dialog zwischen Milli-Görüs und Rathaus geführt, wo dann auch problematische Positionen, das habe ich selber erlebt, von Mitarbeitern aus dem Rathaus angesprochen und geklärt wurden – in diesem Fall hier ein Flugblatt mit antisemitischen Tendenzen. Hier findet ein Austausch statt und werden Korrekturen möglich. Die Entwicklungen

sind durchaus wünschenswert. Umgekehrt gibt es, überall dort, wo die Kontakte abgebrochen sind, Verhärtungen und Rückzug bis zur Konfrontation. Es gibt tatsächlich auch die Tendenz bei vielen Gemeinden, sich in Wagenburgen zurückzuziehen, sich auf Inseln im Meer einer feindlich gesonnenen Mehrheitsgesellschaft zu sehen. Diese Tendenzen gibt es, aber sie lassen sich aufhalten. Mein ganzes Plädoyer lautet: Wenn Stimmen aus der Gemeinde da sind, die das aufgreifen, nehmen Sie sie Ernst. Lassen Sie es nicht an sich vorbei gleiten. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass der Vorwurf der Doppelzüngigkeit der islamischen Gemeinden falsch ist. Die Vertreter des Kalifatstaats haben mit aller Offenheit gesagt wofür sie stehen. Ich habe auch noch nie das Gefühl gehabt, bewusst angelogen worden zu sein. Die Positionen, die mir gegenüber vertreten worden sind, also nach außen, habe ich auch intern in Diskussionen, bei denen ich nur als Beobachter anwesend war, gehört. Ich weiß tatsächlich nicht, wo dieser Vorwurf, dass nach innen anders geredet wird als nach außen, herkommt. Ich kann das nicht bestätigen. Bei internen Veranstaltungen, bei denen ich zum Teil der Einzige war, war das nicht der Fall. Es wäre absurd zu meinen, dass 500 Funktionäre aus ganz Europa zusammenkommen um vor einem einzigen deutschen Professor eine Show abzuziehen. Danke schön!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich bedanke mich und gebe an Prof. Nagel weiter.

SV **Prof. Dr. Tilman Nagel:** Es wurde gefragt was der Inhalt des Dialogs sein soll. Bis jetzt haben wir eigentlich immer nur davon geredet, dass er stattfinden müsse, das ist unbestritten. Was kann und muss aber der Inhalt sein? Ich meine, dass der Inhalt des Dialogs zunächst einmal wirklich eine klare Zuspitzung der gegenseitigen Positionen zu Recht, Staat und Gesellschaft sein muss. Erst wenn man die gegenseitigen Positionen wirklich kennen gelernt hat, kann man zu einer Art Respektierung kommen und das Problem, dass man sich getäuscht hat, meiden. Ich meine, dass eine klare Gegenüberstellung, die von Respekt getragen ist, ein sehr hohes und fernes Ziel ist, es ist aber vielleicht das einzige Ziel, dass uns zu einer friedlichen Gesellschaft führt und sie auch erhält. Eines ist klar, es muss nach Kenntnis dieser klaren Positionen, die ich beschrieben habe, deutlich werden, dass wir aufgrund dieser Positionen bestimmte Forderungen zu stellen haben, die ich in

meinen Beiträgen beschrieben habe. Ich glaube und bin davon überzeugt, dass wir den Dialog nur führen dürfen und sollten, indem wir ganz klar die gegensätzlichen Positionen herausarbeiten und durchdenken. Das wäre meiner Ansicht nach wichtiger als ein Dialog, der nur Betriebsamkeit ist. Vielen Dank!

**Vors. Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Danke schön! Herr Dr. Kandel bitte.

**SV Dr. Johannes Kandel:** Der katholische Kardinal Arinze hat einmal gesagt und unterschieden, es gäbe einen Dialog des Glaubens, den Dialog des Handelns und den Dialog des Lebens. Eine, wie ich finde, ganz treffende Unterscheidung. Die Frage ist aber, was hat der Dialog des Glaubens, vor allem der interreligiöse Dialog, in erster Linie für Ergebnisse vorzuweisen, außer dass man sich gegenseitig freundlich die Positionen sagt und hinterher wieder nach Hause geht, mehr oder weniger im Sinne eines Diplomatendialogs. Man hat Noten ausgetauscht, ist aber doch kein Stück weitergekommen. Hier müsste sicher noch viel gearbeitet werden. Ich denke an den Dialog des Handelns. Gehen wir in einen Berliner Kiez, z. B. Soldiner- oder Rollberg-Kiez. Hier würde Dialog des Lebens heißen, dass Muslime und Nicht-Muslime und auch diejenigen, die sich nicht irgendwo religiös zuordnen, in praktischen Fragen miteinander arbeiten, etwa Nachbarschaftshilfe, Hausaufgabenhilfe, Entwicklung des Quartiers, Kampf gegen Verslummung und zunehmende Verwahrlosung von Kindern, Armut usw. Es gibt eine Fülle von Projekten, wo man gemeinsam anpacken kann. Aus dieser gemeinsamen Arbeit erwächst Vertrauen, aus Vertrauen erwachsen möglicherweise auch gemeinsame Wertvorstellungen, wie das Leben organisiert werden kann. Daraus kann sich etwas entfalten. Ansonsten bin ich sehr mit dem einverstanden, was Herr Prof. Nagel gesagt hat, denn wir müssen in der Tat die Ziele definieren, wir müssen die Ebenen auseinander halten und wir müssen die Themen benennen. Das müssen aber genau die Themen sein, auf die er hingewiesen hat, nämlich klare Standpunkte, Menschenrechte, Demokratie, säkularer Staat, Stellung der Frau, da dürfen wir nicht nachlassen, das muss klar formuliert werden.

Zum Zentralrat der Muslime, da kann ich Herrn Senyurt nur zustimmen. Ich halte aber den Dialog mit Verbänden und bestimmten Funktionären nicht für völlig verfehlt. Ich denke, man sollte ihn in jedem Fall fortsetzen. Jedenfalls habe ich vor, das

fortzusetzen. Es macht Sinn, wenn man klar umrissene Themen diskutiert. Klar umrissene Themen, die man systematisch aufbereitet. Man muss sich über die Struktur des Dialogs verabreden, wie soll es weitergehen, eine Ergebnisorientierung vereinbaren. Wir haben da doch vielfältige Erfahrungen in der Organisation solcher Dialoge und wissen, wie wir so etwas machen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, ich will auch auf jeden Fall an diesem Punkt weitermachen. Es muss natürlich kontrovers diskutiert werden und es muss nachhaltig sein. Dann bleibt auch meine Hoffnung. Vielen Dank!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich bedanke mich und gebe weiter an Frau Dantschke.

SV **Claudia Dantschke:** Kurz zu den Ausführungen von Prof. Steinbach. Ihr kritischer Dialog mit Bruder Yavuz Özoguz hat nicht dahin geführt, dass er in den Iran ausgewandert ist, im Gegenteil. Das Problem bei ihm ist auch nicht nur, dass er die Positionen beschreibt, die er in seinem Buch veröffentlicht, sondern das Problem liegt auch darin, dass er eine wichtige zentrale Vernetzungsfigur ist, die sich dann manifestiert und zwar jedes Jahr einmal hier in Berlin mit einer islamistisch antisemitischen Demonstration. Wir haben letztes Jahr sehr viel Mühe gehabt, in der Öffentlichkeit eine Sensibilisierung dafür herzustellen, was da gerufen und demonstriert wird. Inzwischen hat diese öffentliche Ächtung dazu geführt, dass Herr Özoguz gemeinsam mit den anderen Organisatoren seinen Anhängern verboten hat, Parolen zu rufen. Dass sie vorsorglich auf Anweisung der Polizei, die ihnen klargemacht hat, dass das volksverhetzende Parolen sind, auf die Schilder verzichtet haben, dass er versucht hat, sich im Ton zu mäßigen. Es war Strategie, keine Verinnerlichung der veränderten Position, es war Strategie, um diese Demonstration trotzdem durchführen zu können. Das war aber nicht der Verfassungsschutz oder eine Verbotsdebatte, sondern ein breites gesellschaftliches Bündnis in dieser Gesellschaft, das gesagt hat, wir wollen das auf unseren Straßen nicht. Ich denke, das ist das Wichtige.

Zur Islamistenkonferenz noch eine Bemerkung. Trotz aller, schon lange vorhandener Erkenntnisse, dass es von Anfang an eine virtuelle Konferenz war, die nie richtig Hand und Fuß hatte und fraglich war, ob sie jemals überhaupt stattfinden wird, die

Kreise arabisch-nationalistische Kreise sind, die zusammen mit Hisbollah aus Libanon agieren, wenn wir da nicht konkret werden, sondern immer bei dem Stigma Islamistenkonferenz bleiben, so dass sich dann auch noch der Zentralrat und der Islamrat, die damit nichts zu tun haben, von dieser ominösen Konferenz distanzieren müssen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, dass diese Organisationen populistisch Diskriminierung nutzen. Das macht jede Lobby-Organisation, dass sie populistisch versucht, Realitäten zu nutzen und aufzubauschen, um Anhänger zu bekommen. Wir haben den Populismus in meinem Heimatland Sachsen zurzeit kräftig vorgeführt bekommen. Insofern müssen wir die Sachen klar benennen, klar in Wort, Thema und Realität. Wir müssen Diskriminierungen benennen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Milli-Görüs sich hinstellen und sagen kann, flächendeckend wird nicht mehr eingebürgert, wenn jemand zu Milli-Görüs gehört hat und keiner hat diesen Fakt an sich zur Kenntnis genommen und sich damit auseinandergesetzt. Das heißt, es steht im Raum. Ich muss diese Behauptung „flächendeckend“ erst einmal stehen lassen. Ich kann dem nur erwidern, wenn ich Fakten habe. Das heißt, ich muss mich auch mit Diskriminierung auseinander setzen. Bei der Kopftuchdebatte haben wir diese Pauschalisierungen auch gehabt, keine muslimische Frau bekommt mehr einen Arbeitsplatz usw. Wenn es aber konkrete Fälle gibt, dass Arbeitsplätze angeboten werden, etwa Arzthelferin – aber bitte ohne Kopftuch – dann ist das ein konkreter Fall. Dann sollte man sich an diesem konkreten Fall anhängen und deutlich machen, dass es eine rechtsstaatliche Basis gibt, die für alle Bürger dieses Landes gilt. Wenn es ein Gesetz gibt, wo in manchen Bereichen, etwa im Schulbereich, dieses Kopftuch verboten ist, dann ist die Rechtsbasis klar. Wenn es aber kein Gesetz gibt, dann ist es eine Diskriminierung und die Gesellschaft muss sich damit auseinander setzen, d. h. reale Diskriminierung auch zur Kenntnis nehmen, natürlich nicht nur diese Diskriminierung. Damit kommen wir zu dem anderen Aspekt, der von den Kollegen noch nicht direkt angesprochen wurde, aber ich würde es jetzt nicht nur auf die Asylbewerberunterkünfte reduzieren. Was direkt in Asylbewerberunterkünften passiert, kann ich Ihnen leider nicht sagen, dazu fehlen mir jegliche Erkenntnisse. Jedoch der Fakt, der hinter dieser Frage steht, der ist ein Fakt, der nicht nur auf diese Unterkünfte reduziert ist, sondern es gab eine rechtsstaatliche Grundlage in diesem Land, die quasi staatlich Verfolgten Asyl gegeben hat. In diesem Kontext sind auch syrische Muslimbrüder hier und haben Asyl bekommen, oder auch aus Algerien. Andererseits gibt es hier auch eine große

Menge von Menschen, die aus diesen Ländern geflüchtet sind, genau vor dem Hintergrund, wie Sie es gesagt haben. Oder auch aus Gemeinden, wie wir es selber erlebt haben – ich habe es in einem Text in der BMI „Islamismus-Broschüre“ beschrieben – wo auch in den Gemeinden Muslime sanktioniert werden. Es gibt Sanktionierungsmechanismen in diesen hierarchisch strukturierten Gemeinden. Es gab einen Fall, der an die Öffentlichkeit kam, es war aber von der Mehrheitsgesellschaft nur Ignoranz da. Das heißt, wir müssen Opferperspektiven zur Kenntnis nehmen und zwar nicht muslimisch oder anderes, sondern Opferperspektiven in jeglicher Hinsicht. Dann kann man sich auch kritisch damit auseinandersetzen. Was mich verwunderte, da sind Sie in einem Vorteil, Herr Prof. Schiffauer, dass Sie noch nie bemerkt haben, bewusst angelogen worden zu sein. Ich habe es sogar schriftlich vom Gericht, dass ich angelogen worden bin. Weil wir immer nur von Milli-Görüs sprechen, es ist einfach eine große Organisation aber nicht die einzige. Es gibt Organisationen, bei denen wir auch noch ganz genau hinsehen sollten, ich spreche hier nur die VIKZ an. Wir müssen diese Organisationen in ihrer Komplexität wahrnehmen – die positiven Aspekte, die es durchaus gibt und die ich gar nicht wegredden will, aber sie müssen immer in den Kontext gesetzt werden und zwar entsprechend ihrer Relevanz und die negativen dürfen auch nicht unter den Tisch gekehrt werden. Das erwarte ich von einem Dialog, nicht draufhauen, sondern sich auseinandersetzen, aber im Dialog. Auch nicht mit „dem Islam“ und „den Muslimen“ und auch nicht die Menschen unter die Identität „Muslime“ subsumieren, denn genau dann gehen wir in die Falle des ganzheitlichen Anspruchs. Wenn ich einen Wirtschaftsdiskurs mache, dann mache ich einen Wirtschaftsdiskurs mit Leuten, die sich wirtschaftlich engagieren. Ob die nun zusätzlich noch Muslime, Christen oder sonst etwas sind, ist völlig egal. Wenn es um die islamischen Fragen geht, wirklich fokussiert auf Islam, etwa Religionsunterricht, dann gehören natürlich Religionsgemeinschaften an den Tisch. Das kann ich nicht mit einer Organisation machen, die laizistisch ist, Religion muss mit einer Religionsgemeinschaft diskutiert werden. Aber dann diskutiere ich eben mit dem VIKZ oder mit Milli-Görüs und mit dem oder dem. Es gibt nicht „den Islam“ und es wird ihn auch nicht geben. Wir sollten auch verhindern, hier an „dem Islam“ zu arbeiten, das machen die islamistischen Gruppen schon selber, also die Umma zu errichten. Es gibt im Islam eine religiöse Pluralität, das ist die Vielfalt und das ist das



Schöne am Islam. Die Aufgabe dieser Gesellschaft ist es auch, diese religiöse Pluralität zu schützen.

**Vors. Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Danke schön! Herr Präsident Fromm bitte.

**SV Heinz Fromm:** Herzlichen Dank! Ich will versuchen, einen Beitrag zu leisten, der das Zeitbudget nicht allzu sehr strapaziert. Ich mache kurz ein paar Bemerkungen zu der Frage Asylbewerberunterkünfte und Wertung von Islamisten. Es gibt einen Fall, der über die Presse bekannt geworden ist, im Zusammenhang mit den Anschlägen in Madrid. Im Nachhinein ist festgestellt worden, dass jemand, der damit in Verbindung zu stehen scheint, vor einigen Jahren in einer saarländischen Asylbewerberunterkunft als selbsternannter Imam gewirkt und dort durchaus auch Resonanz erfahren hat. Er hatte einen Gebetsraum eingerichtet, die Mitbewohner in Verwaltungsangelegenheiten unterstützt und betreut und auf diesem Wege einen erheblichen Einfluss gewonnen. Das ist, soweit wir wissen, kein flächendeckendes allgemeines Phänomen. Aber das sind sicher nicht nur Einzelfälle, d. h. es gibt Personen, die mit einer solchen Einstellung und solchen Vorstellungen auch in Gemeinschaftsunterkünften zu wirken versuchen. Wir müssen versuchen, an diesen Stellen die Dinge zu erkennen und rechtzeitig Kontrollmaßnahmen einzuleiten. Es gibt noch ein weiteres Thema, über das in der Öffentlichkeit geschrieben wurde, nämlich, dass es in Gefängnissen ähnliche Erscheinungsformen geben könnte. Auch darum muss man sich kümmern, dass in solchen besonderen Situationen des Zusammenlebens islamistische Einflüsse zum Tragen kommen. Insbesondere dann, wenn es sich um militanten Islamismus handelt.

Eine letzte Bemerkung: Der Verfassungsschutz hat sicherlich nicht die vorrangige Aufgabe, Dialog zu führen. Wir stehen aber dafür zur Verfügung und haben das auch, wenn gewünscht, immer wieder getan. Eine Aufgabe von uns ist auch die Aufklärung der Öffentlichkeit. Das geschieht im Wesentlichen durch den jährlichen Verfassungsschutzbericht, der vom Bundesinnenministerium herausgegeben wird und durch eine Vielzahl anderer Publikationen. Auch durch Gespräche mit Vertretern muslimischer Organisationen; ich habe solche Gespräche selbst geführt. Insofern stimme ich dem zu, was gesagt worden ist, dass ein Dialog nützlich und weiterführend ist. Wir sind allerdings im Hinblick auf die legalistisch-islamistischen

Organisationen, über die hier geredet wurde, noch nicht so weit, dass wir Kontrolle durch Vertrauen ersetzen können. Danke schön!

Vors. **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:** Ich bedanke mich ganz herzlich. Zu dem Letztgenannten kann ich noch sagen, dass lange vor dem 11. September 2001 der Verfassungsschutz die Frage des Islamismus und möglicher Gefährdungen immer problematisiert hat, zu einem Zeitpunkt, als mancher unserer Abgeordneten-Kollegen das noch nicht so sehr im Zentrum des Bewusstseins hatte, aber immer wieder hartnäckig diese Problematik beim Namen genannt hat. Für mich ist das Resümee: Dialog ja, aber ohne Illusionen und mit klaren Benennungen der Themen, mit denen man sich beschäftigt. Nicht nach dem Motto irgendwie und irgendwo und dann nicht weiter kommen. Das Zweite ist, themenorientiert auch Alternativangebote zu bieten, um fundamentalistische Neigungen zu stoppen. Drittens finde ich die Verquickungen mit dem, was wir neuen Antisemitismus nennen, also die antisemitischen Publikationen, die sich wie ein roter Faden durch das Thema ziehen und an Kiosken erhältlich sind, ohne dass wir die Sprache so kennen und wir das so wahrnehmen, dass das immer unsere Aufmerksamkeit verdient.

Ich möchte mich bei allen Teilnehmern, vor allem bei den angereisten Sachverständigen, bei meinem Innenausschuss-Sekretariat für die Vorbereitungen und bei meinen Kollegen sehr herzlich für die aktive Teilnahme bedanken und denjenigen, die immer noch auf den Zuschauerrängen ausharren auch für ihr gesteigertes Interesse vielen Dank sagen. Vielen Dank und eine gute Heimfahrt.

Ende der Anhörung 16.10 Uhr

# Islam und Muslime in Deutschland

- Breites Spektrum von säkular bis orthodox, von praktizierend bis formal religiös
- 70-75% der „3,3 Mio Muslime“ in Deutschland würden sich selbst als mehr oder weniger religiös bezeichnen
- Schnittmengen im Übergang von Orthodoxie (streng gläubig) zu legalistischem Islamismus

## **Unterschiedlichste Glaubensrichtungen (starke Abgrenzungen untereinander)**

- Ahmadis (pakistanisch und dt. Konvertiten),
- Anatolische Aleviten (Türken und Kurden),
- Türkische Sunniten (türkisch-islamische Synthese: Verbindung von Religion und ethnisch definiertem „Türkentum“),
- Sunnitisch-panislamische Gruppierungen (türkisch und/oder arabisch dominiert, z.T. multinational einschließlich dt. Konvertiten),
- Schiiten (türkisch, arabisch, persische Gruppierungen),
- Verschiedene kleine Sufigemeinden
- weitere Kleingruppen (z.B. Ahbash)

# Islamismus

- Ideologisierung (-ismus) einer Religion (Islam) als gesellschaftliche Alternative für das 21. Jahrhundert
- Konzept einer Gesellschaftsordnung, deren politische, wirtschaftliche, soziale, juristische, religiöse und kulturelle Grundlage der Islam bildet, also Koran und Sunna
- Gegenentwurf zu den beiden großen Weltideologien: a) Kapitalismus/ Imperialismus/westliche Demokratie und b) Sozialismus/ Kommunismus
- Antagonie der Gesellschaftsideologien: Gegenüber stehen sich die zwei materialistischen Gesellschaftssysteme (säkular und von Menschen geschaffen) und das islamische Gesellschaftsmodell auf der Grundlage religiöser Vorschriften
- Die Aufklärung und die Französische Revolution von 1789 sind deshalb die neuralgischen Punkte aller islamistischen Bewegungen
- „Die Juden als geheime Macht“, die angeblich hinter der Aufklärung und der Französischen Revolution stehen, mit dem Ziel „die Weltherrschaft zu erlangen“. Konstituierendes Element des Islamismus: Die Aufklärung – ein „jüdisch-freimaurerisches Komplott“
- Nach dem Niedergang des Sozialismus/Kommunismus gilt das „islamische“ Gesellschaftsmodell als einzig verbliebene Alternative zu dem als „dekadent und im Untergang“ begriffenen Weltimperialismus unter Führung der USA

# Charakteristika des Islamismus

- Dogmatische Islaminterpretation verbunden mit einer anti-individualistischen Homogenisierung nach innen bei gleichzeitiger Abgrenzung nach außen**
- Die Zugehörigkeit zur fiktiven Gemeinschaft aller Muslime (Umma) ist allein identitätsstiftendes und damit verbindendes Element in Abgrenzung und Aufwertung zu allem „Nicht-Islamischen“ (kafir, kuffar/gavur - „Ungläubige/r“)**
- Idealisierung der eigenen Tradition, Absolutheits- und Überlegenheitsanspruch und dadurch Abwertung des Anderen: Aus den Idealen des Islam (Wahrheit, menschliche Brüderschaft und gesellschaftlich-politische Gerechtigkeit) folgt die Höherwertigkeit des Gesellschaftssystems auf rein islamischer Grundlage**
- Minderwertigkeit der nicht-islamischen Gesellschaftskonzepte wird begründet mit der Säkularisierung als Ursache für Dekadenz, Ungerechtigkeit, Ausbeutung und schließlich den Niedergang des „Westens“**
- Aufgrund des geschlossenen Gesellschafts- und Staatsentwurfes: Intoleranz, Uniformität und Totalitarismus**
- Legitimation der autoritären Führungsrolle durch entsprechende Koraninterpretationen oder durch aus dem Kontext gelöste Teile von Koran und Sunna**
- Islamistische Ideologen sichern sich somit „göttliche“ Unfehlbarkeit, die keine Kritik und vor allem keine rationale Auseinandersetzung zulässt.**

